



# Bayern in Zahlen

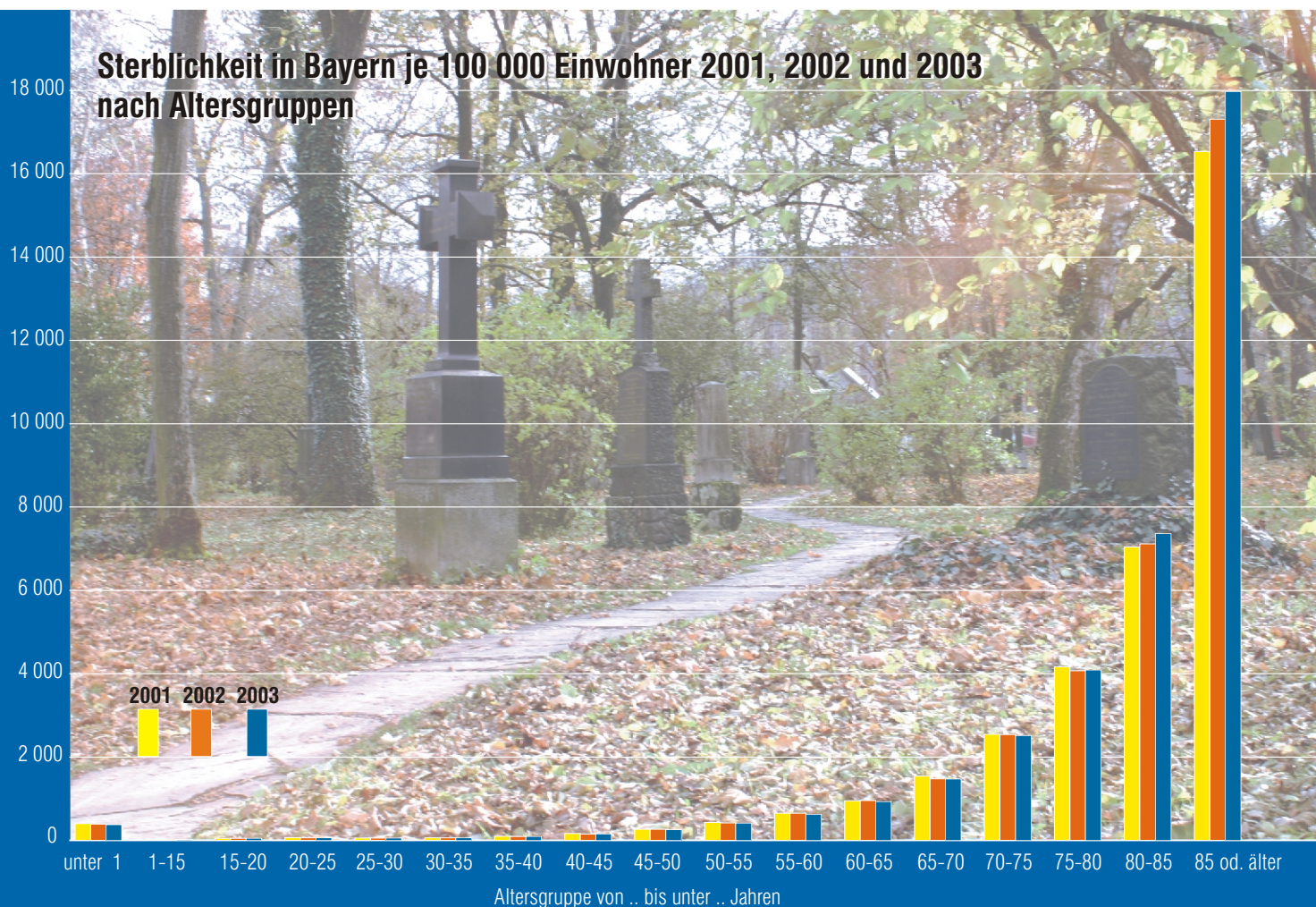
11 | 2004

Sterblichkeit in Bayern 2003

Auswirkungen der Neuordnung des Meister-BAföG

Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern

Staatsverschuldung in Bayern 2003



# Impressum

---

Bayern in Zahlen  
Fachzeitschrift für Statistik und  
Informations- und Kommunikationstechnik

Jahrgang 135. (58.)

Artikel-Nr.: Z10001  
ISSN 0005-7215

Herausgeber, Druck und Vertrieb:  
Bayerisches Landesamt für  
Statistik und Datenverarbeitung  
Neuhauser Straße 8  
80331 München

Kontakt:  
E-Mail [redaktion@statistik.bayern.de](mailto:redaktion@statistik.bayern.de)  
Internet [www.statistik.bayern.de](http://www.statistik.bayern.de)  
Telefon 089 2119-255  
Telefax 089 2119-607

Redaktion:  
Peter Englitz  
(Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Preis:  
Einzelheft 4,80 €  
Jahresabonnement 46,— €  
Zuzüglich Versandkosten

Bestellungen:  
E-Mail [vertrieb@statistik.bayern.de](mailto:vertrieb@statistik.bayern.de)  
Telefon 089 2119-205  
Telefax 089 2119-457  
webshop: [www.statistik.bayern.de/webshop](http://www.statistik.bayern.de/webshop)

Auskunft:  
E-Mail [info@statistik.bayern.de](mailto:info@statistik.bayern.de)  
Telefon 089 2119- 218  
Telefax 089 2119-1580

© Bayerisches Landesamt für  
Statistik und Datenverarbeitung  
München, 2004  
Für nicht gewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung  
und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise,  
mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch  
auszugsweise, über elektronische Systeme/Daten-  
träger bedarf der vorherigen Zustimmung.  
Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

---

## Erläuterungen

0	mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten in der Tabelle nachgewiesenen Einheit	.	Zahlenwert unbekannt, geheimzuhalten der nicht rechenbar	p	vorläufiges Ergebnis
-	nichts vorhanden	X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	r	berichtigtes Ergebnis
...	Angabe fällt später an	()	Nachweis unter dem Vorbehalt, dass der Zahlenwert erhebliche Fehler aufweisen kann	s	geschätztes Ergebnis
/	keine Angaben, da Zahlen nicht sicher genug			D	Durchschnitt
				▲	entspricht

Gelegentlich auftretende Differenzen in den Summen sind auf das Runden der Einzelposition zurückzuführen.

# Inhalt

---

## Statistik aktuell

406 Kurzmitteilungen

## Nachrichten

410 Bayerisches Landesamt für Statistik und  
Datenverarbeitung auf der Systems als Partner  
der Fa. Imperia

## Beiträge aus der Statistik

411 Sterblichkeit und Todesursachen in Bayern im Jahr 2003

419 Die Auswirkungen der Neuordnung des  
„Meister-BAföG“ zum 1. Januar 2002

424 Versorgungsempfänger des  
Freistaates Bayern

427 Die Staatsverschuldung in Bayern 2003

## Bayerischer Zahlenspiegel

433 Tabellen

442 Graphiken

Neuerscheinungen 3. Umschlagseite

# Kurzmitteilungen

## Zahl der Gewerbeanmeldungen weiter auf hohem Niveau

Im August 2004 wurden in Bayern rund 11 800 Gewerbeanmeldungen angezeigt. Dies sind knapp 900 bzw. acht Prozent

### Gewerbeanmeldungen in Bayern von Januar bis August 2004 nach der Staatsangehörigkeit des Einzelunternehmers

Staatsangehörigkeit des Einzelunternehmers	Januar bis April	Mai bis August
	Anteil in %	
Deutscher .....	87,4	84,0
Staatsangehöriger eines bisherigen EU-Mitgliedsstaates (ohne Deutschland)* .....	4,0	3,9
dar. Griechenland .....	0,7	0,7
Italien .....	1,3	1,3
Österreich .....	1,2	1,2
Staatsangehöriger eines EU-Beitrittsstaates** .....	0,8	4,9
dar. Polen .....	0,3	3,6
Tschechische Republik .....	0,2	0,4
Ungarn .....	0,2	0,5
Sonstige Staatsangehörigkeit, ohne Angabe .....	7,8	7,2
dar. Bosnien und Herzegowina .....	0,3	0,3
Kroatien .....	0,5	0,5
Jugoslawien, Serbien und Montenegro .....	0,7	0,7
Türkei .....	2,8	2,6
<b>Insgesamt</b> .....	<b>100</b>	<b>100</b>

\* EU 15; Stand bis Ende April 2004

\*\* EU 25; Stand ab 1. Mai 2004

mehr als im August 2003. In den ersten acht Monaten des Jahres 2004 zusammen wurden rund 104 600 Gewerbeanmeldungen gezählt, darunter waren über 87 600 Einzelunternehmen.

85,8% der angemeldeten Einzelunternehmer waren Deutsche; in den ersten vier Monaten des Jahres lag ihr Anteil unter den gut 45 900 Gewerbetreibenden mit 87,4% etwas über dem Durchschnitt, in den Monaten Mai bis August mit 84,0% darunter (bei über 41 700 Anmeldungen). Der Anteil der Gewerbetreibenden aus den bisherigen EU-Staaten (ohne Deutschland; Stand vor dem 30.04.2004) lag mit 4,0 bzw. 3,9% jeweils annähernd gleich hoch. In den vier Monaten vor dem Stichtag 1. Mai kamen 0,8% der anmeldenden Einzelunternehmer aus einem der zehn EU-Beitrittsstaaten, in den Folgemonaten waren es 4,9%. Mit 3,6% bildeten die Polen von Mai bis August auch die stärkste ausländische Gruppe; unter den Beitrittsstaaten folgten die Ungarn mit 0,5% und die Tschechen mit 0,4%. Damit stieg der Anteil der Anmeldungen von Einzelunternehmen durch Staatsangehörige der

neuen EU-Länder im Berichtszeitraum um rund vier Prozentpunkte. Mit einem Anteil von 2,7% bilden die Türken im Jahresverlauf noch die zweitstärkste Gruppe unter den anmeldenden Einzelunternehmern nach den Deutschen.

Im Gastgewerbe war der Anteil der Anmeldungen von Einzelunternehmen durch ausländische Mitbürger in den ersten acht Monaten 2004 mit rund einem Drittel tendenziell hoch. Den relativ kleinen Wirtschaftsabschnitt „Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden“ dominierten die Ausländer; hier stammten nur 43% der Anmeldungen von Deutschen, aber 52% von Türken. 10% der Anmeldungen im Baugewerbe kamen von Polen.

Weitere Informationen zu den Gewerbeanzeigen im August enthält der Statistische Bericht „Statistik der Gewerbeanzeigen in Bayern im August 2004“ (Best.-Nr. D12013, Preis 3,50 €).\*

## Ein Zehntel Bayerns Siedlungs- und Verkehrsfläche

Zum Stichtag 31.12.2003 waren in Bayern 755 100 Hektar (ha) mit Siedlungs- und Verkehrsfläche bedeckt. Dies entspricht 10,7% der Gebietsfläche insgesamt (Stand: 01. Januar 2003: 7 054 900 ha).

Allein knapp 94% der Siedlungs- und Verkehrsfläche nahmen Gebäude- und Freiflächen mit 378 900 ha bzw. 50,2% sowie Verkehrsflächen mit 328 700 ha bzw. 43,5% ein. Die Erholungsfläche betrug 32 100 ha (4,3%) und die Betriebsfläche (ohne Abbau- und Freifläche) 12 400 ha (1,6%). Gegenüber Ende 2002 nahm die Siedlungs-

### Siedlungs- und Verkehrsfläche in Bayern 2001, 2002 und 2003 nach Art der tatsächlichen Nutzung

Nutzungsart	31.12.2001		31.12.2002		31.12.2003		Veränderungen 2003 gegenüber 2002	
	ha	%	ha	%	ha	%	ha	%
Gebäude- und Freifläche .....	371 210	50,0	375 221	50,1	378 897	50,2	3 676	1,0
Betriebsfläche ohne Abbau- und Freifläche .....	1 1970	1,6	12 206	1,6	12 394	1,6	188	1,5
Erholungsfläche .....	30 783	4,2	31 302	4,2	32 062	4,3	760	2,4
Verkehrsfläche .....	325 295	43,8	327 043	43,7	328 690	43,5	1 647	0,5
Friedhöfe .....	3 049	0,4	3 102	0,4	3 100	0,4	- 2	- 0,1
<b>Siedlungs- und Verkehrsfläche insgesamt</b> .....	<b>742 307</b>	<b>100</b>	<b>748 874</b>	<b>100</b>	<b>755 143</b>	<b>100</b>	<b>6 269</b>	<b>0,8</b>

und Verkehrsfläche um 6 270 ha bzw. um 0,8% zu. Dabei vergrößerte sich die Gebäude-

und Freifläche um 3 700 ha (+1,0%), die Verkehrsfläche um 1 647 ha (+0,5%),



die Erholungsfläche um 760 ha (+2,4%) und die Betriebsfläche (ohne Abbauland) um knapp 190 ha (1,5%).

Pro Tag hat sich damit 2003 die Siedlungs- und Verkehrsfläche um 17,2 ha vergrößert. Gegenüber 2002 (18,0 ha/Tag) und 2001 (21,6 ha/Tag) verlangsamte sich deren

Zuwachs zum dritten Mal in Folge.

Die Ermittlung der Siedlungs- und Verkehrsfläche erfolgt jährlich nach dem Agrar-statistikgesetz im Rahmen der im Vierjahresturnus durchgeführten „Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung“ zum 31.

Dezember. Ihr liegen Auswertungen der Vermessungsämter zugrunde, die auf den im Liegenschaftskataster vorliegenden Angaben basieren.

Weitere Ergebnisse zu diesem Thema können beim Bayerischen Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung erfragt werden (Tel. 089/2119-767).\*

## 78 % der deutschen Studenten in Bayern sind „Landeskinder“

Im Wintersemester 2003/04 studierten bundesweit an den Hochschulen insgesamt 213 600 junge Deutsche, die ihr Abitur oder ihre Fachhochschulreife in Bayern erworben hatten. Davon waren 167 400 oder 78,4% an einer bayerischen und 46 200 oder 21,6% an Hochschulen anderer Bundesländer immatrikuliert. An der Spitze der Beliebtheitsskala standen hier Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, wo rund 12 000 bzw. 10 300 Studierende aus Bayern eingeschrieben waren. Mit weitem Abstand folgten Hessen mit 5 900 und Berlin mit 4 300 bayerischen Studenten.

Demgegenüber stammten von den 214 800 deutschen Studenten an Bayerns Hochschulen 47 400 oder 22,1% aus einem anderen Bundesland, wobei 16 650 aus Baden-Württemberg, 7 000 aus Nordrhein-Westfalen, 5 100 aus Hessen, 3 600 aus Niedersachsen und 3 500 aus Sachsen kamen. Im Saldo ergab sich für Bayern vor allem mit Baden-Württemberg ein erheblicher Importüberschuss von 4 700 Studenten, mit Berlin und Nordrhein-Westfalen jedoch ein Exportüberschuss von jeweils rund 3 300. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich die Zahl der Studenten, die aus anderen Bundesländern nach Bayern strömten, um 2 300 oder fünf Prozent erhöht. Gleichzeitig stieg die Zahl der bayerischen Studenten, die „auswärts“ studierten, um 2 500 oder knapp sechs Prozent. Der „Importüberschuss“, der vor Einführung der Studiengebühren für Zweitstudenten noch bei rund 10 000 Personen gelegen hatte, danach im

**Studentenaustausch<sup>1</sup> zwischen Bayern und den übrigen Bundesländern im Wintersemester 2003/2004 und 2002/2003**

Tab. 1

Land	Deutsche Studenten an den bayerischen Hochschulen, die in dem in der Vorspalte genannten Land ihre Hochschulzugangsberechtigung (HZB) erworben haben		Deutsche Studenten aus Bayern, die in dem in der Vorspalte genannten Land immatrikuliert sind		Wanderungssaldo zwischen Bayern und dem in der Vorspalte genannten Land (Sp. 1 minus Sp. 3)
	Anzahl	%	Anzahl	%	+ bei Importüberschuss - bei Exportüberschuss
	1	2	3	4	5
WS 2003/2004					
Baden-Württemberg .....	16 650	7,8	11 970	5,6	+ 4 680
Bayern .....	167 359	77,9	167 359	78,4	-
Berlin .....	1 075	0,5	4 314	2,0	- 3 239
Brandenburg .....	1 019	0,5	646	0,3	+ 373
Bremen .....	298	0,1	453	0,2	- 155
Hamburg .....	753	0,4	1 427	0,7	- 674
Hessen .....	5 128	2,4	5 870	2,7	- 742
Mecklenburg-Vorpommern .....	492	0,2	401	0,2	+ 91
Niedersachsen .....	3 756	1,7	1 951	0,9	+ 1 805
Nordrhein-Westfalen .....	6 981	3,3	10 327	4,8	- 3 346
Rheinland-Pfalz .....	2 207	1,0	2 480	1,2	- 273
Saarland .....	443	0,2	308	0,1	+ 135
Sachsen .....	3 497	1,6	2 595	1,2	+ 902
Sachsen-Anhalt .....	934	0,4	878	0,4	+ 56
Schleswig-Holstein .....	1 216	0,6	718	0,3	+ 498
Thüringen .....	2 956	1,4	1 840	0,9	+ 1 116
Insgesamt	214 764	100	213 537	100	+ 1 227
WS 2002/2003					
Baden-Württemberg .....	15 776	7,8	11 279	5,6	+ 4 497
Bayern .....	157 546	77,7	157 546	78,3	-
Berlin .....	912	0,4	4 278	2,1	- 3 366
Brandenburg .....	909	0,4	621	0,3	+ 288
Bremen .....	287	0,1	385	0,2	- 98
Hamburg .....	731	0,4	1 267	0,6	- 536
Hessen .....	5 034	2,5	5 253	2,6	- 219
Mecklenburg-Vorpommern .....	461	0,2	380	0,2	+ 81
Niedersachsen .....	3 648	1,8	1 944	1,0	+ 1 704
Nordrhein-Westfalen .....	6 920	3,4	10 205	5,1	- 3 285
Rheinland-Pfalz .....	2 227	1,1	2 360	1,2	- 133
Saarland .....	434	0,2	305	0,2	+ 129
Sachsen .....	3 155	1,6	2 325	1,2	+ 830
Sachsen-Anhalt .....	887	0,4	705	0,4	+ 182
Schleswig-Holstein .....	1 132	0,6	690	0,3	+ 442
Thüringen .....	2 637	1,3	1 704	0,8	+ 933
Insgesamt	202 696	100	201 247	100	+ 1 449

1 Ohne Studenten, für die kein HZB-Ort angegeben war bzw. die die HZB im Ausland erworben haben.

**Deutsche Studenten im Bundesgebiet nach dem Land ihres Studienorts sowie ihres Wohnsitzes bei Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung im Wintersemester 2003/04**

Tab. 2

Land	Deutsche Studenten, die in dem in der Vorspalte genannten Land immatrikuliert sind <sup>1</sup>				Deutsche Studenten, die in dem in der Vorspalte genannten Land ihre Hochschulzugangsberechtigung erworben haben				Wanderungssaldo
	insgesamt		darunter mit Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung in einem anderen Land "Studentenimport"		insgesamt		darunter mit Studienort in einem anderen Land "Studentenexport"		Spalte 1 minus Spalte 5 (bzw. Sp. 3 minus Sp. 7)
	Anzahl	Anteil	Anzahl	Sp.3:Sp.1	Anzahl	Anteil	Anzahl	Sp.7:Sp.5	
	1	2	3	4	5	6	7	8	9
		%		%		%		%	
Baden-Württemberg .....	193 944	11,1	53 107	27,4	206 112	11,8	65 275	31,7	- 12 168
Bayern .....	214 764	12,2	47 405	22,1	213 537	12,2	46 178	21,6	+ 1 227
Berlin .....	121 633	6,9	60 406	49,7	83 292	4,7	22 065	26,5	+ 38 341
Brandenburg .....	34 164	1,9	17 794	52,1	48 916	2,8	32 546	66,5	- 14 752
Bremen .....	28 242	1,6	16 476	58,3	20 278	1,2	8 512	42,0	+ 7 964
Hamburg .....	60 319	3,4	30 626	50,8	43 841	2,5	14 148	32,3	+ 16 478
Hessen .....	150 360	8,6	52 918	35,2	150 581	8,6	53 139	35,3	- 221
Mecklenburg-Vorpommern ..	29 989	1,7	10 927	36,4	34 446	2,0	15 384	44,7	- 4 457
Niedersachsen .....	134 021	7,6	45 465	33,9	163 897	9,3	75 341	46,0	- 29 876
Nordrhein-Westfalen .....	459 217	26,2	94 052	20,5	441 108	25,1	75 943	17,2	+ 18 109
Rheinland-Pfalz .....	84 323	4,8	42 950	50,9	80 688	4,6	39 315	48,7	+ 3 635
Saarland .....	16 070	0,9	5 178	32,2	22 296	1,3	11 404	51,1	- 6 226
Sachsen .....	94 299	5,4	32 690	34,7	88 651	5,1	27 042	30,5	+ 5 648
Sachsen-Anhalt .....	44 834	2,6	17 285	38,6	49 967	2,8	22 418	44,9	- 5 133
Schleswig-Holstein .....	41 480	2,4	16 880	40,7	51 912	3,0	27 312	52,6	- 10 432
Thüringen .....	46 362	2,6	15 906	34,3	54 499	3,1	24 043	44,1	- 8 137
<b>Insgesamt</b>	<b>1 754 021</b>	<b>100</b>	<b>560 065</b>	<b>31,9</b>	<b>1 754 021</b>	<b>100</b>	<b>560 065</b>	<b>31,9</b>	<b>-</b>

1 Ohne Studenten, für die kein HZB-Ort angegeben war bzw. die die HZB im Ausland erworben haben.

Wintersemester 1999/2000 aber auf 3 500 zurückgegangen war, reduzierte sich weiter auf nur noch 1 200.

Ausführliche Ergebnisse zu den Studierenden im Wintersemester 2003/04 enthält der Statistische Bericht „Die Studenten an den Hochschulen in Bayern – Endgültige Ergebnisse – Wintersemester und Studienjahr 2003/04“ (Best.-Nr. B31203, Preis 24,40 €).\*

## Immer mehr Frauen machen ihren Doktor

Die 14 Hochschulen in Bayern mit Promotionsrecht haben im Prüfungsjahr 2003 insgesamt 3 459 Dokortitel verliehen, darunter 1 364 an Frauen (-3,6 % ggü. dem Vorjahr; Männer -8,6 %, Frauen +5,1 %). Die Frauenquote betrug 2003 bei den bestandenen Doktorprüfungen 39 %, 2002 hatte sie bei 36 % und Mitte der 90er Jahre erst bei 31 % gelegen.

Im Berichtszeitraum beschäftigten sich 29 % der Promotionsschriften mit einem Thema aus der Humanmedizin sowie fast 27 % mit dem Bereich Mathematik, Naturwissenschaften. Weitere 14 % hatten einen rechts-, wirtschafts- oder sozialwissenschaftlichen

Inhalt. Gut 11 % der Arbeiten behandelten ein Gebiet aus dem Bereich Sprach- und Kulturwissenschaften, Kunst und sieben Prozent widmeten sich den Ingenieurwissenschaften. Ein längerfristiger Rückblick zeigt, dass der Anteil der Mediziner unter den Doktoranden, der vor zehn Jahren noch bei einem Drittel gelegen hatten, zugunsten der übrigen Fächergruppen gesunken ist.

Mit Abstand die meisten Dokortitel, und zwar 1 057, wurden im Prüfungsjahr 2003 wieder von der Universität München vergeben. Es folgen die Universität Erlangen-Nürnberg mit rund 600, die TU München

mit 571 sowie die Universität Würzburg mit 547 Ernennungen.

Das durchschnittliche Promotionsalter der erfolgreichen deutschen Kandidaten betrug 32,3 Jahre. Etwas jünger waren die Mathematiker mit im Schnitt 31,8 Jahren, besonders alt hingegen die Sprach- und Kulturwissenschaftler mit 36,0 Jahren. Zwischen dem Zeitpunkt der Erstimmatrikulation und dem Promotionsabschluss vergingen im Schnitt 9,2 Jahre, wobei die Mediziner in der Regel nur 8,1 Jahre, die Sprach- und Kulturwissenschaftler aber 11,6 Jahre bis zur erfolgreichen Doktorprüfung benötigten.

## Exporte Bayerns auf Wachstumskurs

Nach vorläufigen Ergebnissen wurden im 1. Halbjahr 2004 von Bayern Waren im Wert von 58,3 Milliarden Euro ausgeführt und nach Bayern Waren im Wert von 45,5 Milliarden Euro eingeführt. Die Ausfuhren lagen damit um 12,1 % und die Einfuhren um 3,3 % über dem Vorjahresniveau.

Die bayerische Außenhandelsbilanz schloss in den ersten sechs Monaten 2004 mit einem Überschuss von 12,8 Milliarden Euro ab. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres war ebenfalls ein Überschuss verzeichnet worden, der aber mit 7,9 Milliarden Euro wesentlich niedriger gewesen war.

Den wichtigsten Exportgüterbereich stellten die Fertigwaren mit einem Wert von 51,3 Milliarden Euro dar, gefolgt von der Ernährungswirtschaft mit 2,3 Milliarden Euro. Die Fertigwaren spielten auch bei den Importen die größte Rolle, und zwar mit einem Wert von 34,8 Milliarden Euro. Dahinter lagen – mit deutlichem Abstand – die Rohstoffe mit einem Wert von 3,7 Milliarden Euro.

In die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union wurden in der ersten Jahreshälfte 2004 Waren im Wert von 35,1 Milliarden Euro exportiert und von dort Waren im Wert von 27,1 Milliarden Euro importiert. Gegen-

über dem 1. Halbjahr 2003 erhöhten sich die Lieferungen in die EU-Länder somit um 10,6 %, die Eingänge aus diesen Ländern jedoch lediglich um 0,1 %. Dies bedeutet einen Anteil der EU-Länder von 60,2 % an der gesamten Ausfuhr Bayerns und von 59,5 % an der Einfuhr. In die Länder der Euro-Zone wurden in den ersten sechs Monaten 2004 Waren im Wert von 22,9 Milliarden Euro (+10,4 %) versandt und von dort Waren im Wert von 18,1 Milliarden Euro (+1,8 %) bezogen.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juni 2004“ (Best.-Nr. G30003, Preis 8,10 €).\*

## Im August Umsatzsprung bei Bayerns Verarbeitendem Gewerbe

Im August 2004 konnte das Verarbeitende Gewerbe Bayerns, das auch den Bergbau und die Gewinnung von Steinen und Erden umfasst, eine Umsatzsteigerung von 13,4 % gegenüber dem August 2003 verzeichnen. Von den 21,7 Milliarden Euro Gesamtumsatz entfielen 9,4 Milliarden Euro auf Umsätze mit dem Ausland (+12,5 %) und darunter rund 3,6 Milliarden Euro auf Umsätze mit den Ländern der Eurozone (+7,8 %). Der Anteil der Auslandsumsätze am Gesamtumsatz des Verarbeitenden Gewerbes betrug 43,3 %, der Anteil der Umsätze mit den Ländern der Eurozone 16,4 %.

Aufgrund dieser Umsatzerfolge hat sich im August 2004 der Personalabbau im Ver-

arbeitenden Gewerbe Bayerns etwas verlangsamt. Die Mitarbeiterzahl vom August 2003 wurde dennoch um 1,4 % unterschritten; im Juli 2004 waren es noch -1,9 %. Den höchsten Rückgang der Beschäftigtenzahl hatten die Gebrauchsgüterproduzenten zu verzeichnen (-5,3 %).

Die preisbereinigten Auftragseingänge des Verarbeitenden Gewerbes stiegen im August 2004 um 11,0 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresmonat, wobei die Auslandsbestellungen mit +11,8 % die Inlandsorder (+10,2 %) geringfügig übertrafen. Spitzenreiter waren hier die Vorleistungsgüterproduzenten mit +17,0 %, wobei die Inlandsbestellungen mit 18,9 % deutlich über den

Auslandsbestellungen (+15,0 %) lagen. Die Produktionstätigkeit erhöhte sich im selben Zeitraum um 9,5 %, bei Vorleistungs- und Investitionsgütern sogar um 11,3 bzw. 11,0 %.

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthalten die in Kürze erscheinenden Statistischen Berichte „Verarbeitendes Gewerbe in Bayern im August 2004“ (Best.-Nr. E11013, Preis 12,90 €), „Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im August 2004“ (Best.-Nr. E13003, Preis 4,20 €) und „Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe in Bayern im August 2004“ (Best.-Nr. E12003, Preis 3,30 €).\*

\* Alle Statistischen Berichte sind auch kostenlos als Datei erhältlich (außer Verbraucherpreisindex für Bayern und Deutschland), Bestellmöglichkeit (für alle Veröffentlichungen): s. Umschlagseite 3

## **Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung auf der Messe „Systems“ als Partner der Fa. Imperia**

---

Erstmals war das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung in der Funktion des Partners einer Softwarefirma auf der Systems 2004 vertreten. Auf dem Stand der Fa. Imperia präsentierten sich, neben dem Landesamt, verschiedene weitere Partner aus unterschiedlichen Geschäftsbereichen. Ziel des Landesamts war es, sich als kompetenter Ansprechpartner der Behörden des Freistaates Bayern in Zusammenhang mit der zur Basiskomponente erklärten CMS-Software<sup>1</sup> Imperia darzustellen.

Die Messebesucher konnten sich eingehend über die Leistungen des Landesamts in Zusammenhang mit Imperia und den bisher gewonnenen Erfahrungen mit dem System, auch an Hand von bereits umgesetzten Projekten (z. B. Internetangebot des Bayerischen Staatsministeriums des Innern, Intranetangebot des LfStaD), informieren. Die Leistungen umfassen dabei alle Phasen eines Webprojektes, von der Beratung während der Grundkonzeption bis hin zur technischen Umsetzung und Bereitstellung der notwendigen technischen Infrastruktur zum Hosten der Intra-, Extra- und Internetangebote. Neben verschiedenen Vertretern aus dem öffentlichen Bereich konnte das Landesamt seine Leistungen auch gegenüber Firmen und interessierten Bürgern deutlich machen.

Insbesondere durch die vorgeschriebene Umsetzung der elektronischen Angebote der Behörden auf Grund der Änderung der Gleichstellungsverordnung ergibt sich in den nächsten Jahren ein erhöhter Bedarf an Erneuerung von bestehenden Webangeboten. Gerade hier kann mit einem Content Management System auf der einen Seite diese Umsetzung gezielt unterstützt werden, gleichzeitig die Aktualität verbessert und der Pflegeaufwand verringert werden. Durch den Einsatz eines solchen Systems als zentrale Basiskomponente können Synergieeffekte durch den Einsatz bei verschiedenen Behörden erwirtschaftet werden. Bereits entwickelte Lösungen sind für verschiedene Ressorts flexibel einsetzbar und können so durch eine kongruente Userführung auf der Webseite die Anwenderfreundlichkeit und Beliebtheit steigern. Im Rahmen des E-Government-Projekts des Freistaates Bayern gewinnt die internetgestützte Umsetzung von Leistungen der Behörden stark an Bedeutung.

Ebenso war ein Ausblick auf die weitere Entwicklung des Systems möglich. Hier finden sich Entwicklungen im Bereich der Userführung wie auch in der Einbindung und Schnittstellendefinition zu anderen Softwareprodukten. Der Status als Partner erlaubt es dem Landesamt auch, Wünsche der Kunden weiterzugeben und die Entwicklung auf diese Weise konkret zu beeinflussen.

Durch den Kontakt mit weiteren Partnern, die bereits langjährige Erfahrung mit der Software besitzen, konnten interessante Erweiterungen des Systems kennengelernt werden, deren Einsatz auch im öffentlichen Bereich möglich ist.

Michael Buckreus

1 CMS = Content Management System; Software zur redaktionellen Verwaltung von Inhalten elektronischer Systeme, z.B. Internet-Auftritte.



# Sterblichkeit und Todesursachen in Bayern im Jahr 2003

Dipl.-Kfm. Christoph Hackl

Im Jahr 2003 ist die Sterblichkeit in Bayern erneut angestiegen. Es wurden 121 778 Todesfälle verzeichnet, um 1,7 % mehr als im Jahr davor. Die Sterbeziffer erhöhte sich von 969 auf 982 je 100 000 Einwohner. Erneut starben mehr weibliche als männliche Personen. Die Mortalitätsziffer für erstere betrug 1 030, für letztere 931 – bezogen auf jeweils 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts. Die altersspezifischen Sterberaten waren allerdings für die weibliche Bevölkerung in sämtlichen Altersgruppen niedriger als für die männliche. Unterstellt man eine gegenüber 1987 unveränderte Altersstruktur, so ergibt sich für die Gesamtsterblichkeit folgendes Bild: Im Berichtsjahr hätten sich die Sterbefälle von 837 auf 844 je 100 000 Einwohner erhöht. Je 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts hätte sich ein Anstieg der Sterbefälle in der weiblichen Bevölkerung auf 871 und in der männlichen ein Rückgang auf 784 ergeben. – Die Zahl der Sterbefälle, die durch eine Krankheit des Kreislaufsystems bedingt waren, hat sich 2003 gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht; darunter nahm auch die Zahl der akuten Herzinfarkte zu; ebenfalls traten Todesfälle aufgrund von Hirngefäßkrankheiten vermehrt auf. Die Zahl der Sterbefälle aufgrund einer bösartigen Neubildung nahm insgesamt dagegen ab, bei den männlichen Personen gab es hier jedoch einen leichten Anstieg. – Trotz nahezu unveränderter Zahl der bei Kraftfahrzeugunfällen getöteten Menschen kam es insgesamt zu einem spürbaren Rückgang der tödlichen Unfälle. 2003 nahmen sich 1 345 männliche und 477 weibliche Personen das Leben. Dabei ging die Selbstmordziffer bei der männlichen Bevölkerung weiter zurück und erreichte auch insgesamt den niedrigsten Stand während der letzten 50 Jahre.

## Gesamtsterblichkeit

Im Jahr 2003 starben 121 778 Menschen mit Wohnsitz in Bayern, um 1,7 % mehr als im Jahr zuvor. Dies bedeutete gegenüber dem Vorjahr eine erneute Zunahme. Die Sterbeziffer für 2003 lag bei 982 je 100 000 Einwohner. Sie war damit höher als in den vorangegangenen drei Jahren. Der seit Beginn der 90er Jahre zu beobachtende nahezu kontinuierliche Rückgang konnte sich somit in den letzten Jahren nicht fortsetzen.

Nach  
Geschlecht

Von den 121 778 verstorbenen Personen waren 65 283 weiblichen und 56 495 männlichen Geschlechts. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutete dies 1,5% mehr männliche und 1,8% mehr weibliche Personen. Die Sterbeziffer erhöhte sich bei der weiblichen Bevölkerung von 1 016 auf 1 030, bei der männlichen etwas weniger von 920 auf 931. Damit hat sich die Differenz der geschlechtsspezifischen Mortalität im Berichtsjahr wieder etwas vergrößert.

Rohe vs. alters-  
standardisierte  
Sterbeziffern

Die bislang präsentierten Sterbeziffern erlauben Aussagen über die Sterblichkeit einer Bevölkerung in Abhängigkeit von der Altersstruktur des Jahres, in dem die Sterbefälle auftraten. Man spricht

## Sterblichkeit in Bayern seit 1984 nach Geschlecht

Jahr	Gestorbene					
	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt	männ- lich	weib- lich	ins- gesamt
	Anzahl			auf 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts		
1984 .....	58 290	63 767	122 057	1 111	1 116	1 113
1985 .....	57 723	64 218	121 941	1 099	1 124	1 112
1986 .....	56 695	63 794	120 489	1 075	1 114	1 095
1987 .....	56 237	63 425	119 662	1 074	1 120	1 098
1988 .....	55 613	62 837	118 450	1 051	1 101	1 077
1989 .....	56 755	64 588	121 343	1 057	1 121	1 090
1990 .....	57 494	66 232	123 726	1 048	1 133	1 092
1991 .....	56 931	65 345	122 276	1 017	1 103	1 061
1992 .....	56 365	64 388	120 753	991	1 074	1 034
1993 .....	56 853	65 796	122 649	986	1 087	1 038
1994 .....	56 574	65 007	121 581	975	1 067	1 022
1995 .....	56 807	65 185	121 992	974	1 064	1 020
1996 .....	57 079	66 250	123 329	973	1 076	1 026
1997 .....	56 234	65 207	121 441	956	1 056	1 007
1998 .....	55 907	64 540	120 447	950	1 044	998
1999 .....	55 564	63 955	119 519	939	1 031	986
2000 .....	55 194	63 652	118 846	927	1 020	975
2001 .....	54 780	63 150	117 930	913	1 006	960
2002 .....	55 640	64 115	119 755	920	1 016	969
2003 .....	56 495	65 283	121 778	931	1 030	982

Tab. 1

dann von sogenannten rohen Sterbeziffern. Um beim Vergleich verschiedener Bevölkerungen (z. B. regional, zeitlich) die Verzerrung aufgrund eines unterschiedlichen Altersaufbaus auszuschalten, stehen zwei Methoden zur Auswahl. Einerseits kann man einen direk-

doppelt so hoch wie für die Frauen. Die geringsten Differenzen gab es in den beiden ersten und den beiden letzten Altersgruppen der Tabelle 2.

**Sterblichkeit in Bayern 2001 bis 2003 nach Alter und Geschlecht**

Tab. 2

Altersgruppe in Jahren	Gestorbene					
	männlich			weiblich		
	auf 100 000 Einwohner gleichen Alters und Geschlechts					
	2001	2002	2003	2001	2002	2003
unter 1 .....	460	420	426	340	357	326
1 bis unter 15 .....	18	16	17	14	13	13
15 bis unter 20 .....	71	73	63	29	24	29
20 bis unter 25 .....	96	92	91	33	25	30
25 bis unter 30 .....	78	76	79	30	29	26
30 bis unter 35 .....	82	81	79	32	38	35
35 bis unter 40 .....	129	121	117	67	61	63
40 bis unter 45 .....	209	198	193	115	106	107
45 bis unter 50 .....	357	345	336	179	188	174
50 bis unter 55 .....	569	560	527	290	280	293
55 bis unter 60 .....	871	871	815	432	427	434
60 bis unter 65 .....	1 318	1 310	1 274	597	616	588
65 bis unter 70 .....	2 141	2 044	2 078	1 011	971	918
70 bis unter 75 .....	3 510	3 482	3 444	1 792	1 789	1 763
75 bis unter 80 .....	5 630	5 462	5 426	3 391	3 294	3 289
80 bis unter 85 .....	8 821	9 118	9 266	6 261	6 236	6 524
85 oder mehr .....	17 796	18 343	18 765	16 094	16 947	17 693
Insgesamt	913	920	931	1 006	1 016	1 030

ten Vergleich der Sterbeziffern in den einzelnen Altersgruppen vornehmen oder aber andererseits altersstandardisierte Sterbeziffern ermitteln.

Nach Alter  
und Geschlecht

Tabelle 2 zeigt die altersspezifische Sterblichkeit nach dem Geschlecht in den Jahren 2001, 2002 und 2003. Umgerechnet auf 100 000 Einwohner gleichen Alters und Geschlechts lagen bei der männlichen Bevölkerung in den 17 nachgewiesenen Altersgruppen die Sterbeziffern für 2003 in sechs Fällen über denen des Vorjahres und gegenüber 2001 nur in drei Fällen. Bei der weiblichen Bevölkerung lag die Sterblichkeit im Jahr 2003 in jeweils acht bzw. vier Altersgruppen gegenüber 2002 bzw. 2001 höher. Dass die Gesamtsterblichkeit dennoch angestiegen ist, liegt an der relativ starken Zunahme in der höchsten Altersgruppe (85 oder mehr) sowohl bei den männlichen als auch den weiblichen Personen

Die Gliederung nach Altersgruppen zeigt jedoch für die weibliche Bevölkerung ganz allgemein eine niedrigere Sterblichkeit als für die männliche – im Gegensatz zur Gesamtsterbeziffer, die für erstere 2003 höher war als für letztere<sup>1</sup>. Die größten Unterschiede bestanden einerseits in den Altersgruppen von 15 bis unter 35 Jahren. Hier kommt zum Tragen, dass deutlich mehr junge Männer bei Kraftfahrzeugunfällen ums Leben kamen als junge Frauen. Andererseits war auch in den Altersgruppen von 60 bis unter 70 Jahren dieser Unterschied in der Sterblichkeit für die Männer jeweils gut

Altersstan-  
dardisierung

Um die Entwicklung der Sterblichkeit unter Ausschaltung des Einflusses der Altersstruktur der Bevölkerung in einer einzigen Zahl ausdrücken zu können, berechnet man sogenannte altersstandardisierte Sterbeziffern. Hierzu werden die altersspezifischen Sterbeziffern mit den jeweiligen Anteilen der Altersgruppen einer Standardbevölkerung gewichtet (hier: Bevölkerung Bayerns im Jahr 1987). Als Ergebnis erhält man eine hypothetische Zahl von Sterbefällen, die bei identischem Altersaufbau in den zu vergleichenden Jahren zu erwarten gewesen wäre.

Da die altersstandardisierte Sterbeziffer im Berichtsjahr bei 844, im Jahr 2002 bei 837 lag, bedeutet dies wie auch bei den rohen Sterbeziffern einen Anstieg der Sterblichkeit, wenn unterstellt wird, der Altersaufbau hätte sich zwischenzeitlich nicht verändert. Im langfristigen Vergleich ist dagegen – bei Altersstandardisierung – ein bemerkenswerter Rückgang festzustellen. Im Zeitraum von 1987 bis 2003 sank die rohe Sterbeziffer von 1 098 je 100 000 Einwohner auf 982, die altersstandardisierte aber von 1 098 auf 844. Wäre der Altersaufbau seit 1987 also unverändert geblieben, hätte es 254 Sterbefälle je 100 000 Einwohner weniger gegeben. Mehr noch als in der männlichen Bevölkerung findet der zunehmende Anteil älterer Personen bei der weiblichen Bevölkerung seinen Niederschlag in den altersstandardisierten Sterbeziffern: So verminderte sich die rohe Sterbeziffer von 1 120 je 100 000 Einwohner weiblichen Geschlechts im Jahr 1987 vergleichsweise geringfügig auf 1 030 im Jahr 2003, die altersstandardisierte jedoch von 1 120 auf 871. Im gleichen Zeitraum war bei der männlichen Bevölkerung die rohe Sterbeziffer von 1 074 auf immerhin 931 je 100 000 Einwohner männlichen Geschlechts abgesunken, während bei der altersstandardisierten ein Rückgang von 1 074 auf 784 zu verzeichnen war.

Nach Deutschen  
und Ausländern

Infolge der unterschiedlichen Altersstruktur<sup>2</sup> zwischen den in Bayern lebenden Deutschen und Ausländern gab es bei den Sterbeziffern deutliche Unterschiede. Auf 100 000 Einwohner der gleichen Staatsangehörigkeit bezogen, wurde für die deutsche Bevölkerung im Jahr 2003 eine rohe Sterbeziffer von 1 062 ermittelt; dem stand eine Sterbeziffer für die ausländische Bevölkerung in Höhe von 213 gegenüber. Auch im Verhältnis der geschlechts-

<sup>1</sup> Dieses Phänomen ist auf die sehr unterschiedlichen geschlechtsspezifischen Altersstrukturen zurückzuführen, wobei die männliche Bevölkerung im Vergleich zur weiblichen wesentlich stärker auf die jüngeren Altersgruppen mit relativ niedrigen Sterbeziffern verteilt ist bzw. die weibliche Bevölkerung im Vergleich zur männlichen mit deutlich größeren Anteilen in den oberen Altersstufen vertreten ist, die ihrerseits relativ hohe Sterbeziffern aufweisen.

<sup>2</sup> Ende 2003 lag der Anteil der Personen mit 65 Jahren oder mehr in der deutschen Bevölkerung bei 18,4%, in der ausländischen dagegen bei 6,3%.

### Sterblichkeit an ausgewählten Todesursachen in Bayern 1987, 2002 und 2003

- bereinigt von den Einflüssen der Veränderungen im Altersaufbau -

Tab. 3

Todesursache (Nr. der ICD 10) <sup>1</sup>	Ge- schlecht	Sterbefälle auf 100 000 Einwohner standardisiert a. d. Altersaufbau 1987 <sup>2</sup>		
		1987	2002	2003
Bösartige Neubildungen (C00-C97)	männlich	268,7	222,7	217,2
	weiblich	255,3	209,5	202,5
	insgesamt	261,7	220,1	214,2
Krankheiten des Kreis- laufsystems (I00-I99)	männlich	488,1	319,9	314,9
	weiblich	593,3	416,9	424,7
	insgesamt	542,8	375,9	378,3
Krankheiten des Atemungssystems (J00-J99)	männlich	75,4	53,7	56,0
	weiblich	53,5	45,1	52,2
	insgesamt	64,0	50,3	55,3
Krankheiten des Verdauungssystems (K00-K93)	männlich	58,3	44,1	42,9
	weiblich	44,4	42,3	42,6
	insgesamt	51,1	43,9	43,6
Verletzungen, Vergiftungen, best. and. Folgen außer- er Ursachen (S00-T98)	männlich	79,5	55,2	54,3
	weiblich	48,0	26,7	24,7
	insgesamt	63,1	40,7	39,5
<b>Todesursachen</b>	<b>männlich</b>	<b>1 073,8</b>	<b>788,9</b>	<b>783,8</b>
	<b>weiblich</b>	<b>1 119,5</b>	<b>856,2</b>	<b>871,4</b>
	<b>insgesamt</b>	<b>1 097,6</b>	<b>836,9</b>	<b>844,1</b>

<sup>1</sup> ICD = Internationale statistische Klassifikation der Krankheiten und verwandter Gesundheitsprobleme.

<sup>2</sup> Bevölkerung 1987: Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987.

spezifischen Sterbeziffern gab es grundlegende Unterschiede zwischen in- und ausländischer Bevölkerung. Während bei den Deutschen die Sterblichkeit der weiblichen Personen (1 116) höher lag als die der männlichen (1 006), war bei den Ausländern die Sterbeziffer für die männliche Bevölkerung (261) bei weitem höher als die der weiblichen (161).

#### Tod durch Kreislaufkrankheiten

Fast die Hälfte aller Sterbefälle (46,2 %) war auch im Jahr 2003 auf eine Krankheit des Kreislaufsystems als Todesursache zurückzuführen. Unter der Todesursache versteht man in diesem Zusammenhang das Grundleiden, das den Ablauf der direkt zum Tode führenden Krankheitszustände auslöst. Die Zahl der an Kreislaufkrankheiten Gestorbenen nahm mit 56 320 um 549 gegenüber dem Vorjahr zu. Die auf 100 000 Einwohner berechnete rohe Sterbeziffer wurde mit 454 ermittelt, nachdem im Jahr zuvor ein entsprechender Wert von 451 festgestellt worden war. Die altersstandardisierte Sterbeziffer erhöhte sich in ähnlicher Weise, und zwar von 376 auf 378. Wenn also der Altersaufbau der Bevölkerung in beiden Jahren identisch mit demjenigen in der Standardbevölkerung gewesen wäre, hätte dies sich nur geringfügig auf die Sterblichkeit in diesem Bereich ausgewirkt. Der Einfluss eines wachsenden Anteils älterer Menschen in der Gesamtbevölkerung auf die Entwicklung der Sterbeziffern wird aber bei einem längerfristigen Vergleich deutlich. So ist die rohe Sterbeziffer zwischen 1987 und dem Berichtsjahr von 543 auf 454 zurückgegangen, die altersstandardisierte dagegen von 543 auf 378 deutlich stärker.

Bei 33 143 weiblichen und 23 177 männlichen Personen verursachte eine Krankheit des Kreislaufsystems den Tod. Daraus errechnete sich eine jeweils auf 100 000 gleichen Geschlechts errechnete rohe Sterbeziffer von 523 für die weibliche, aber nur von 382 für die männliche Bevölkerung. Bei Altersstandardisierung unterschritt die Sterblichkeit der männlichen Personen die der weiblichen mit einer Sterbeziffer von 315 gegenüber 425 je 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts.

Nach Geschlecht

Sterbefälle, die durch Krankheiten des Kreislaufsystems hervorgerufen werden, nehmen mit höherem Alter immer mehr zu (vgl. Tabelle 4). So wurde in der Altersgruppe von 35 bis unter 40 Jahren im Jahr 2003 eine Sterbeziffer von 14 je 100 000 Einwohner ermittelt, in den Altersgruppen von 40 bis unter 50 erhöhte sie sich bis auf 57; auch in den folgenden Altersgruppen nahm sie jeweils annähernd um den Faktor 2 zu und erreichte für die Gruppe der 70- bis unter 75-Jährigen 1 006. In der höchsten Altersgruppe stieg die Sterbeziffer dann sprunghaft an auf 4 549. Im Vergleich zum Vorjahr verringerte sich die Mortalität der Kreislaufkrankheiten im Jahr 2003 in allen Altersgruppen außer in der niedrigsten und der höchsten. Ein längerfristiger Vergleich der Sterblichkeitsverhältnisse des Jahres 2003 mit denen des Jahres 1991 zeigt, dass in allen Altersgruppen ein deutlicher Rückgang stattgefunden hat. So verminderte sich die Sterbeziffer bei den Gruppen der 55- bis unter 65-Jährigen in diesem Zeitraum sogar um jeweils deutlich mehr als ein Drittel. Den schwächsten Rückgang der Sterbeziffer mit knapp 20 % verzeichnete die Gruppe der Personen mit 75 oder mehr Jahren.

Nach Alter

Auf 100 000 Einwohner gleichen Alters und Geschlechts bezogen wurden für die männliche Bevölkerung mit Ausnahme der höchsten Altersgruppe höhere altersspezifische Sterbeziffern ermittelt als für die weibliche Bevölkerung. Im Alter zwischen 45 und 70 Jahren war das Risiko für Männer, an einer Kreislauferkrankung zu sterben, rund dreimal höher als für Frauen in der jeweils gleichen Altersgruppe. Mit zunehmendem Alter wurden allerdings die Abstände der Sterbeziffern von Männern und Frauen immer geringer. In der obersten Altersklasse war die Sterbeziffer mit einer Differenz von 1,7 % bei den Männern sogar etwas niedriger.

Nach Alter  
und Geschlecht

Unter den Krankheiten des Kreislaufsystems findet man als bedeutendste Unterpositionen die Herzkrankheiten und die zerebrovaskulären Krankheiten. An Herzkrankheiten starben im Jahr 2003 geringfügig mehr Personen als im Jahr zuvor, auch die Zahl der durch Krankheiten des zerebrovaskulären Systems verursachten Todesfälle – darunter fallen z. B. Gehirnblutungen und Schlaganfälle – verzeichnete eine leichte Zunahme. Innerhalb der Herzkrankheiten gab

Wichtige  
Unterpositionen

## Sterblichkeit an Krankheiten des Kreislaufsystems in Bayern seit 1991

Tab. 4

Jahr	Gestorbene insgesamt	darunter im Alter von ... Jahren								
		35	40	45	50	55	60	65	70	75 oder mehr
		bis unter								
		40	45	50	55	60	65	70	75	
auf 100 000 Einwohner gleichen Alters und Geschlechts										
Männlich										
1991 .....	457,4	26,9	63,4	125,1	199,0	390,2	703,1	1 211,0	2 006,0	6 114,7
1992 .....	437,0	29,3	63,1	109,6	196,0	391,9	701,7	1 162,5	1 905,4	5 944,7
1993 .....	436,0	30,6	57,1	109,7	183,4	366,4	683,6	1 131,7	1 943,3	6 172,1
1994 .....	428,6	25,3	58,3	105,5	183,3	347,7	634,5	1 087,6	1 916,4	6 156,5
1995 .....	432,4	28,3	57,1	103,9	190,1	327,0	635,8	1 122,1	1 992,4	5 991,5
1996 .....	430,3	31,1	55,0	105,7	195,3	327,9	597,2	1 105,2	1 842,3	5 868,6
1997 .....	420,1	26,0	57,2	100,9	176,8	320,3	558,0	1 049,5	1 781,8	5 584,0
1998 .....	416,3	23,1	55,5	94,1	177,4	299,4	525,0	1 017,5	1 665,4	5 498,4
1999 .....	411,9	19,8	52,2	101,8	168,6	279,3	511,9	976,7	1 625,8	5 328,7
2000 .....	396,1	26,3	53,8	92,4	161,4	284,8	484,7	859,9	1 545,9	4 999,6
2001 .....	387,4	24,2	46,7	91,2	167,3	247,4	457,3	837,6	1 507,4	4 749,1
2002 .....	381,5	18,9	43,7	86,2	153,0	258,4	441,7	773,5	1 435,1	4 589,7
2003 .....	381,8	18,7	40,3	84,6	143,5	226,2	404,2	782,6	1 391,5	4 496,3
Weiblich										
1991 .....	595,8	14,0	22,1	36,0	57,0	110,4	257,9	496,8	1 027,3	5 379,1
1992 .....	574,7	11,1	18,7	35,4	60,6	111,7	233,9	496,6	974,8	5 325,3
1993 .....	576,1	11,7	21,4	35,2	53,4	99,6	231,8	466,1	1 015,8	5 495,5
1994 .....	567,0	12,0	23,5	35,4	49,6	108,7	224,2	471,8	987,5	5 449,3
1995 .....	571,0	14,9	19,8	32,4	59,7	96,6	205,9	454,4	959,4	5 444,0
1996 .....	577,3	11,6	17,5	36,6	58,3	99,1	203,2	446,0	949,2	5 379,8
1997 .....	565,9	8,5	21,3	33,8	53,6	91,1	210,1	423,3	934,8	5 157,3
1998 .....	560,7	9,4	20,1	32,9	53,0	94,9	178,0	400,4	894,5	4 568,1
1999 .....	544,4	11,7	16,9	31,3	54,1	84,4	175,6	371,4	798,9	4 855,9
2000 .....	534,7	9,2	16,5	29,6	52,1	74,6	156,7	375,0	765,5	4 719,6
2001 .....	522,5	9,8	15,5	29,6	48,8	71,7	135,9	309,2	740,1	4 599,4
2002 .....	518,1	7,1	15,9	27,3	51,9	74,7	144,3	310,4	712,9	4 520,0
2003 .....	523,1	9,3	16,0	28,2	46,4	76,7	130,2	269,8	694,8	4 575,3
Insgesamt										
1991 .....	528,6	20,6	43,3	82,0	129,2	249,4	469,5	775,1	1 379,3	5 608,1
1992 .....	507,6	20,5	41,4	73,7	129,6	251,1	458,6	764,0	1 309,5	5 516,3
1993 .....	507,7	21,5	39,6	73,5	119,7	232,5	449,4	744,3	1 348,9	5 702,3
1994 .....	499,5	18,9	41,2	71,3	117,8	227,9	422,2	739,8	1 320,7	5 664,1
1995 .....	503,4	21,8	38,8	68,9	126,2	211,7	413,9	754,5	1 333,0	5 610,1
1996 .....	505,5	21,7	36,6	71,7	128,1	213,6	394,4	748,7	1 279,2	5 528,3
1997 .....	494,8	17,5	39,6	67,7	116,2	206,0	379,4	713,9	1 257,9	5 287,4
1998 .....	490,3	16,4	38,1	63,7	116,1	197,6	347,2	687,8	1 201,3	4 833,2
1999 .....	479,7	15,9	35,0	66,7	111,9	182,4	339,9	654,1	1 142,2	5 000,4
2000 .....	467,0	17,9	35,6	61,2	107,2	180,4	317,4	602,4	1 100,4	4 805,8
2001 .....	456,5	17,2	31,4	60,7	108,4	160,1	293,8	558,0	1 076,9	4 646,1
2002 .....	451,3	13,1	30,1	57,1	102,6	167,0	290,8	529,4	1 033,7	4 542,2
2003 .....	454,0	14,2	28,4	56,8	94,9	151,7	265,4	513,3	1 005,9	4 549,5

es mehr akute und rezidivierende Herzmuskelinfarkte, chronische ischämische Herzkrankheiten, d. h. Krankheiten, bei denen fehlende Blutzufuhr im Herzmuskel eine Blutleere hervorruft, führten dagegen weniger häufig als im Vorjahr zum Tode. Eine leichte Zunahme war bei den Todesfällen aufgrund sonstiger Formen der Herzkrankheit, wozu als wichtigste Position auch die Herzinsuffizienz zählt, festzustellen.

Die Herzkrankheiten hatten mit einem Anteil von 66% eine herausragende Stellung innerhalb der Todesursachengruppe „Krankheiten des Kreislaufsystems“. Aber auch im Verhältnis zu allen Sterbefällen wird die Bedeutung der Herzkrankheiten deutlich. Knapp jeder dritte Todesfall (30,4%) war auf eine Herzkrankheit zurückzuführen. Von den 36 978 Menschen, die im Jahr 2003 einer Herz-

krankheit zum Opfer fielen, erlagen 9 696 einem akuten und rezidivierenden Herzmuskelinfarkt. Die sich daraus ergebende Sterbeziffer stieg gegenüber dem Vorjahr von 77 auf 78 je 100 000 Einwohner. Trotz einer spürbaren Annäherung gegenüber 2002 war nach wie vor die männliche Bevölkerung mit 5 329 Fällen in stärkerem Ausmaß von akutem und rezidivierendem Herzmuskelinfarkt als Todesursache betroffen als die weibliche Bevölkerung mit 4 367 Fällen. Die rohe Sterbeziffer lag in der männlichen Bevölkerung bei 87,8, bei der weiblichen bei 68,9.

Während sich beim akuten und rezidivierenden Myokardinfarkt die Zahl der Todesfälle erhöhte, nahmen die Todesfälle, die durch chronische ischämische Herzkrankheiten bedingt waren, wieder etwas ab. 2003 betrug die rohe Sterbeziffer 101 je 100 000 Einwohner

Herz-  
krankheiten

**Sterblichkeit an akutem und rezidivierendem Herzinfarkt in Bayern 2001 bis 2003**

Tab. 5

Altersgruppe in Jahren	Geschlecht	Gestorbene					
		Anzahl			auf 100 000 Einwohner gleichen Alters und Geschlechts		
		2001	2002	2003	2001	2002	2003
15 bis unter 20 .....	männlich	-	-	-	-	-	-
	weiblich	-	-	-	-	-	-
20 bis unter 25 .....	männlich	-	-	-	-	-	-
	weiblich	-	1	-	-	0,3	-
25 bis unter 30 .....	männlich	3	2	3	0,8	0,5	0,8
	weiblich	-	2	-	-	0,6	-
30 bis unter 35 .....	männlich	9	10	11	1,7	2,0	2,4
	weiblich	2	-	1	0,4	-	0,2
35 bis unter 40 .....	männlich	44	36	34	7,8	6,4	6,0
	weiblich	12	5	8	2,3	0,9	1,5
40 bis unter 45 .....	männlich	80	85	84	16,2	16,6	15,9
	weiblich	15	13	11	3,2	2,7	2,2
45 bis unter 50 .....	männlich	143	135	156	34,4	31,6	35,3
	weiblich	25	26	29	6,1	6,2	6,8
50 bis unter 55 .....	männlich	246	228	216	63,8	58,1	54,6
	weiblich	30	48	34	7,9	12,3	8,6
55 bis unter 60 .....	männlich	277	312	273	80,7	93,1	80,7
	weiblich	63	71	70	18,6	21,4	20,8
60 bis unter 65 .....	männlich	607	581	557	150,1	143,0	140,4
	weiblich	132	148	129	31,5	35,4	31,7
65 bis unter 70 .....	männlich	690	723	756	245,7	243,6	238,5
	weiblich	235	260	221	74,4	78,6	63,0
70 bis unter 75 .....	männlich	937	916	840	414,2	401,6	370,4
	weiblich	441	402	464	152,5	140,9	165,0
75 oder mehr .....	männlich	2 259	2 321	2 399	806,1	792,5	780,9
	weiblich	3 065	3 227	3 400	496,3	515,2	537,0
<b>Insgesamt</b>	<b>männlich</b>	<b>5 295</b>	<b>5 349</b>	<b>5 329</b>	<b>88,2</b>	<b>88,5</b>	<b>87,8</b>
	<b>weiblich</b>	<b>4 020</b>	<b>4 203</b>	<b>4 367</b>	<b>64,0</b>	<b>66,6</b>	<b>68,9</b>
	<b>insgesamt</b>	<b>9 315</b>	<b>9 552</b>	<b>9 696</b>	<b>75,9</b>	<b>77,3</b>	<b>78,2</b>

nach 104 im Jahr zuvor. Von dieser Todesursache war die weibliche Bevölkerung stärker betroffen als die männliche, die jeweiligen geschlechtsspezifischen Sterbeziffern lagen bei 112 bzw. 90 je 100 000 Einwohner. Gegenüber dem Jahr 2002 (114 bzw. 92) ist die Sterbeziffer sowohl für die weibliche Bevölkerung als auch für die männliche Bevölkerung rückläufig gewesen.

Krankheiten  
des zerebrovas-  
kulären Systems

Die zweitgrößte Todesursachengruppe unter den Krankheiten des Kreislaufsystems bildeten nach den Herzkrankheiten die Krankheiten des zerebrovaskulären Systems. 8,9% aller Gestorbenen in Bayern fielen 2003 in diese Kategorie. Die rohe Sterbeziffer blieb mit 87 je 100 000 Einwohner gegenüber dem Vorjahr konstant. Hirn-gefäßkrankheiten führten deutlich häufiger bei weiblichen Personen zum Tod als bei männlichen. Die Sterbeziffer bei den weiblichen Personen bezogen auf 100 000 weibliche Einwohner stieg gegenüber dem Vorjahr von 107 auf 108 leicht an; bei den männlichen Personen gab es mit jeweils 66 keine Veränderung.

### Krebssterblichkeit

Eine bösartige Neubildung wurde bei 29 780 Gestorbenen als Todesursache festgestellt. Dies bedeutet eine Verringerung um 1,4% gegenüber 2002. Aufgrund der gestiegenen Zahl aller Sterbefälle ist der Anteil der bösartigen Neubildungen an allen Todesursachen

im Vergleich zur Absolutzahl noch deutlicher von 25,2% auf 24,5% zurückgegangen. Im Berichtsjahr starben 240 Personen je 100 000 Einwohner an einem Krebsleiden, nachdem im Jahr zuvor 244 ermittelt wurden. Bereits an der rohen Sterbeziffer gemessen lag die Sterblichkeit an bösartigen Neubildungen im Vergleich zu 1987 mit 262 auf einem niedrigeren Niveau. Eine noch stärker fallende Tendenz ergibt sich, wenn man die Veränderungen im Altersaufbau durch Standardisierung ausschaltet. So weist die auf den Altersaufbau von 1987 standardisierte Sterbeziffer 262 Fälle für 1987 auf und verringerte sich in den Jahren 2002 und 2003 von 220 auf 214.

Die Differenzierung nach Geschlechtern ergibt für die männliche Bevölkerung eine höhere Mortalität als für die weibliche. Die rohe Sterbeziffer belief sich im Jahr 2003 auf 261 bzw. 220, bezogen auf jeweils 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts; dabei hat sich der Abstand bei jeweils rückläufigen Sterblichkeitsziffern gegenüber dem Jahr 1987 vergrößert, als die rohen Sterbeziffern mit jeweils 269 bzw. 255 ermittelt wurden. Die um Veränderungen im Altersaufbau bereinigten Sterbeziffern auf Basis der Standardbevölkerung 1987 machen einen noch größeren Sterblichkeitsrückgang sowohl bei den weiblichen Personen (von 255 auf 202 je 100 000 weibliche Einwohner) als bei den männlichen Personen (von 269 auf 217 je 100 000 männliche Einwohner) deutlich.

Nach  
Geschlecht



Sterblichkeit an ausgewählten bösartigen Neubildungen in Bayern 1980, 1990, 2002 und 2003

Tab. 6

Todesursache (Nr. der ICD-10)	Ge- schlecht	Gestorbene										
		Anzahl				auf 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts						
		1980	1990	2002	2003	1980	1990	2002	2003	standardisiert a.d. Altersaufbau 1987 <sup>1</sup>		
										1987	2002	2003
Bösartige Neubildungen	männlich	2 041	1 452	1 043	952	39,2	26,5	17,2	15,7	28,5	14,8	13,1
des Magens (C16) .....	weiblich	2 055	1 433	937	866	36,1	24,5	14,8	13,7	27,4	13,2	12,3
	insgesamt	4 096	2 885	1 980	1 818	37,6	25,5	16,0	14,7	27,9	14,2	13,0
des Dickdarms (C18) .....	männlich	1 082	1 337	1 454	1 433	20,8	24,4	24,0	23,6	23,8	20,4	19,5
	weiblich	1 443	1 509	1 451	1 447	25,4	25,8	22,9	22,8	28,9	20,6	20,4
	insgesamt	2 525	2 846	2 905	2 880	23,2	25,1	23,4	23,2	26,5	20,9	20,4
des Rektums (C20) .....	männlich	724	652	705	722	13,9	11,9	11,6	11,9	12,2	9,7	9,9
	weiblich	658	541	513	495	11,6	9,3	8,1	7,8	10,6	7,3	7,0
	insgesamt	1 382	1 193	1 218	1 217	12,7	10,5	9,8	9,8	11,3	8,8	8,7
des Pankreas (C25) .....	männlich	629	692	896	923	12,1	12,6	14,8	15,2	14,1	12,6	12,7
	weiblich	587	752	915	959	10,3	12,9	14,4	15,1	13,2	13,4	13,9
	insgesamt	1 216	1 444	1 811	1 882	11,2	12,7	14,6	15,2	13,6	13,2	13,5
der Trachea, Bronchien,	männlich	2 971	3 098	3 319	3 350	57,0	56,5	54,7	55,2	57,1	46,7	45,9
Lunge (C33, C34) .....	weiblich	544	742	1 240	1 190	9,6	12,7	19,6	18,8	13,0	18,7	17,9
	insgesamt	3 515	3 840	4 559	4 540	32,3	33,9	36,8	36,6	34,2	34,0	33,2
der Brustdrüse (C50) .....	männlich	23	22	27	26	0,4	0,4	0,4	0,4	0,1	0,4	0,4
	weiblich	2 050	2 539	2 718	2 596	36,0	43,4	42,9	41,0	43,4	40,1	38,0
	insgesamt	2 073	2 561	2 745	2 622	19,0	22,6	22,1	21,1	22,6	20,0	18,8
der Genitalorgane (C51-C58) .....	weiblich	2 064	1 933	1 824	1 684	36,3	33,1	28,8	26,6	36,1	26,8	24,6
der Prostata (C61) .....	männlich	1 320	1 562	1 721	1 708	25,3	28,5	28,4	28,1	27,6	23,7	23,0
der Harnblase (C67) .....	männlich	501	482	428	440	9,6	8,8	7,1	7,2	8,9	6,0	6,0
der Niere ausgen. Nierenbecken	weiblich	207	248	236	194	3,6	4,2	3,7	3,1	4,0	3,2	2,6
sowie sonstiger u. nicht näher	insgesamt	708	730	664	634	6,5	6,4	5,4	5,1	6,3	4,7	4,4
bezeich. Harnorgane (C64, C68) .....	männlich	460	559	586	607	8,8	10,2	9,7	10,0	10,1	8,3	8,2
des lymphatischen, blutbildenden	weiblich	301	372	416	391	5,3	6,4	6,6	6,2	6,2	6,1	5,7
und verwandten Gewebes	insgesamt	761	931	1 002	998	7,0	8,2	8,1	8,0	8,1	7,3	7,2
(C81-C96) .....	männlich	828	1 020	1 250	1 261	15,9	18,6	20,6	20,8	18,3	17,9	17,5
	weiblich	797	1 074	1 238	1 173	14,0	18,4	19,5	18,5	15,8	18,1	17,2
	insgesamt	1 625	2 094	2 488	2 434	14,9	18,5	20,1	19,6	17,0	18,3	17,6

1 Bevölkerung 1987: Ergebnisse der Volkszählung vom 25. Mai 1987.

Im Hinblick auf die betroffenen Organe gab es bei den bösartigen Neubildungen im längerfristigen Vergleich eine unterschiedliche Entwicklung der Sterblichkeit. Die Zahl der an Magenkrebs Gestorbenen, die im Jahr 1980 unter allen Todesfällen aufgrund bösartiger Neubildungen an erster Stelle stand, hat sich deutlich zurückgebildet. Im Jahr 1980 starben 38 Personen je 100 000 Einwohner, 23 Jahre später waren es mit 15 Personen um mehr als die Hälfte weniger. Bei der weiblichen Bevölkerung stand im Berichtsjahr nach wie vor der Brustkrebs an erster Stelle. Eine deutliche Zunahme des Brustkrebses war in der Dekade von 1980 bis 1990 festzustellen, als sich die Sterbeziffer von 36 auf 43 erhöhte; 2003 wurde dagegen wieder eine etwas niedrigere Sterbeziffer als vor 13 Jahren ermittelt. Bei der männlichen Bevölkerung dominierten unter den bösartigen Neubildungen nach wie vor diejenigen der Luftröhre, der Bronchien und der Lunge. Mit einer Sterbeziffer von 55 lag die Sterblichkeit je 100 000 männliche Einwohner nur unwesentlich unter dem Niveau der Sterbeziffer von 1980 mit 57. Für die weibliche Bevölkerung lag die Sterblichkeit bei dieser Krebsart mit 19 je 100 000 Einwohner weiblichen Geschlechts auch 2003 weit hinter der männlichen Bevölkerung. Ob der Rückgang bei den Frauen gegenüber dem Vorjahr hier eine Tendenzwende bedeutet, werden die nächsten Jahre zeigen.

### Sonstige natürliche Todesursachen

25 % aller Todesfälle im Jahr 2003 hatten eine andere natürliche Todesursache als Kreislaufkrankheiten oder Krebs. Mit einem Anteil von 6,7 % waren die Krankheiten der Atmungsorgane die drittgrößte Todesursachengruppe. Die entsprechende Sterbeziffer hat sich von 60 auf 66 je 100 000 Einwohner gegenüber dem Vorjahr erhöht. Zu dieser Entwicklung hat maßgebend die Zunahme der Sterblichkeit an Grippe und Pneumonie (Lungenentzündung) von 22 auf 26 beigetragen. Auch die auf das Jahr 1987 altersstandardisierte Sterbeziffer der Krankheiten des Atmungssystems erhöhte sich, und zwar von 50 auf 55 je 100 000 Einwohner, so dass die höhere Mortalität durch Krankheiten der Atmungsorgane ganz überwiegend nicht durch Struktureffekte infolge eines veränderten Altersaufbaus bedingt sein kann.

Einer Krankheit des Verdauungssystems erlagen 6 214 Personen, das sind 5,1 % aller Gestorbenen, wobei etwas mehr weibliche Personen betroffen waren als männliche. Die je 100 000 Einwohner errechnete rohe Sterbeziffer blieb mit 50 gegenüber dem Vorjahr konstant, ebenfalls die auf 1987 altersstandardisierte mit 44. Unter den Krankheiten des Verdauungssystems hatten die Krankheiten der Leber das größte Gewicht. Männliche Personen (1 743) fielen einer Leberkrankheit mehr als doppelt so häufig zum Opfer als weibliche

Sterbefälle in Bayern 2003 nach ausgewählten Todesursachen und Geschlecht

Tab. 7

Nr. der ICD-10	Todesursache	Gestorbene						
		männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	
		Anzahl		%	auf 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts			
A00-B99	Bestimmte infektiöse und parasitäre Krankheiten .....	791	992	1 783	1,5	13,0	15,7	14,4
A15-A19	dar. Tuberkulose (ohne Spätfolgen) .....	39	18	57	0,0	0,6	0,3	0,5
B15-B19	Virushepatitis (ohne Spätfolgen) .....	142	145	287	0,2	2,3	2,3	2,3
B20-B24	HIV-Krankheit (Humane Immundefizienz-Viruskrankheit) .....	38	11	49	0,0	0,6	0,2	0,4
C00-D48	Neubildungen .....	16 249	14 535	30 784	25,3	267,7	229,4	248,2
C00-C97	dar. Bösartige Neubildungen .....	15 817	13 963	29 780	24,5	260,6	220,4	240,1
C15-C26	dar. der Verdauungsorgane .....	5 508	4 660	10 168	8,3	90,7	73,6	82,0
C30-C39	der Atmungsorgane u. sonst. intrathorakalen Organe .....	3 578	1 246	4 824	4,0	58,9	19,7	38,9
C43-C44	Melanom u. sonst. bösart. Neubildungen der Haut .....	285	211	496	0,4	4,7	3,3	4,0
C50	der Brustdrüse .....	26	2 596	2 622	2,2	0,4	41,0	21,1
C51-C68	der Harn- und Geschlechtsorgane .....	2 787	2 277	5 064	4,2	45,9	35,9	40,8
C81-C96	des lymphat., blutbildenden u. verwandten Gewebes .....	1 261	1 173	2 434	2,0	20,8	18,5	19,6
D50-D89	Krankheiten des Blutes und der blutbildenden Organe sowie bestimmte Störungen mit Beteiligung des Immunsystems .....	86	159	245	0,2	1,4	2,5	2,0
E00-E90	Endokrine, Ernährungs- und Stoffwechselkrankheiten .....	1 286	2 109	3 395	2,8	21,2	33,3	27,4
E10-E14	dar. Diabetes mellitus .....	1 173	1 975	3 148	2,6	19,3	31,2	25,4
F00-F99	Psychische und Verhaltensstörungen .....	988	1 121	2 109	1,7	16,3	17,7	17,0
F10	dar. Störungen durch Alkohol .....	395	115	510	0,4	6,5	1,8	4,1
G00-G99	Krankheiten des Nervensystems .....	1 616	1 848	3 464	2,8	26,6	29,2	27,9
H60-H95	Krankheiten des Ohres und des Warzenfortsatzes .....	2	1	3	0,0	0,0	0,0	0,0
I00-I99	Krankheiten des Kreislaufsystems .....	23 177	33 143	56 320	46,2	381,8	523,1	454,0
I10-I15	dar. Hypertonie (Hochdruckkrankheit) .....	1 171	2 722	3 893	3,2	19,3	43,0	31,4
I20-I25	ischämische Herzkrankheiten .....	10 882	11 521	22 403	18,4	179,3	181,8	180,6
I21, I22	dar. akuter u. rezidivierender Myokardinfarkt .....	5 329	4 367	9 696	8,0	87,8	68,9	78,2
I25	chronische ischämische Herzkrankheit .....	5 456	7 071	12 527	10,3	89,9	111,6	101,0
I30-I52	sonstige Formen der Herzkrankheit .....	5 325	9 250	14 575	12,0	87,7	146,0	117,5
I60-I69	zerebrovaskuläre Krankheiten .....	3 997	6 841	10 838	8,9	65,9	108,0	87,4
I64	dar. Schlaganfall .....	2 010	3 855	5 865	4,8	33,1	60,8	47,3
I70-I79	Krankheiten der Arterien, Arteriolen u. Kapillaren .....	1 005	1 411	2 416	2,0	16,6	22,3	19,5
J00-J99	Krankheiten des Atmungssystems .....	4 112	4 020	8 132	6,7	67,7	63,5	65,6
J10-J18	dar. Grippe und Pneumonie .....	1 340	1 863	3 203	2,6	22,1	29,4	25,8
J40-J47	chronische Krankheiten der unteren Atemwege .....	2 199	1 481	3 680	3,0	36,2	23,4	29,7
K00-K93	Krankheiten des Verdauungssystems .....	3 080	3 134	6 214	5,1	50,7	49,5	50,1
K70-K77	dar. Krankheiten der Leber .....	1 743	838	2 581	2,1	28,7	13,2	20,8
K80-K87	Krankheiten d. Gallenblase, d. Gallenwege und d. Pankreas .....	213	266	479	0,4	3,5	4,2	3,9
L00-L99	Krankheiten der Haut und der Unterhaut .....	8	28	36	0,0	0,1	0,4	0,3
M00-M99	Krankheiten des Muskel-Skelett-Systems u. d. Bindegewebes .....	131	302	433	0,4	2,2	4,8	3,5
N00-N99	Krankheiten des Urogenitalsystems .....	765	1 057	1 822	1,5	12,6	16,7	14,7
N17-N19	dar. Niereninsuffizienz .....	568	701	1 269	1,0	9,4	11,1	10,2
O00-O99	Schwangerschaft, Geburt und Wochenbett .....	-	11	11	0,0	0,0	5,3 <sup>1</sup>	5,3 <sup>1</sup>
P00-P96	Bestimmte Zustände, die ihren Ursprung in der Perinatalperiode haben .....	115	92	207	0,2	1,9	1,5	1,7
Q00-Q99	Angeborene Fehlbildungen, Deformitäten und Chromosomenanomalien .....	189	119	308	0,3	3,1	1,9	2,5
R00-R99	Symptome und abnorme klinische und Laborbefunde, die anderenorts nicht klassifiziert sind .....	512	910	1 422	1,2	8,4	14,4	11,5
R95	dar. Plötzlicher Kindstod .....	18	17	35	0,0	0,3	0,3	0,3
S00-T98	Verletzungen, Vergiftungen und bestimmte andere Folgen äußerer Ursachen .....	3 388	1 702	5 090	4,2	55,8	26,9	41,0
S00-S09	dar. Verletzungen des Kopfes .....	1 053	415	1 468	1,2	17,3	6,6	11,8
	<b>Sterbefälle insgesamt</b> .....	<b>56 495</b>	<b>65 283</b>	<b>121 778</b>	<b>100,0</b>	<b>930,7</b>	<b>1 030,4</b>	<b>981,7</b>
V01-V99	dar. Transportmittelunfälle .....	964	331	1 295	1,1	15,9	5,2	10,4
W00-W19	Stürze .....	610	638	1 248	1,0	10,0	10,1	10,1
X60-X84	Vorsätzliche Selbstbeschädigung .....	1 345	477	1 822	1,5	22,2	7,5	14,7
X85-Y09	Tätlicher Angriff .....	39	26	65	0,1	0,6	0,4	0,5
Y10-Y34	Ereignis, dessen nähere Umstände unbestimmt sind .....	89	44	133	0,1	1,5	0,7	1,1

<sup>1</sup> Berechnet auf 100 000 Lebendgeborene.

(838). Die Sterbehäufigkeit betrug 29 je 100 000 männliche Einwohner und 13 je 100 000 weibliche Einwohner.

### Tödliche Unfälle und Selbstmord

Bei 5 090 Personen bzw. 4,2% der Gestorbenen wurde im Jahr

2003 ein nichtnatürlicher Tod von den Ärzten bei der Leichenschau bescheinigt. Gegenüber 2002 bedeutete dies absolut gesehen um 150 Personen weniger, der Anteil an allen Gestorbenen sank um 0,2%-Punkte; auf 100 000 Einwohner bezogen fanden 41 Menschen auf diese Weise den Tod. Für den Gesamtrückgang der nicht-

natürlichen Todesfälle war sowohl die geringere Anzahl der Selbstmorde als auch die der durch Unfälle, Mord, Totschlag und sonstige Gewalteinwirkungen ums Leben gekommenen Personen verantwortlich. 1 822 Personen setzten 2003 ihrem Leben vorzeitig ein Ende, 48 weniger als ein Jahr zuvor. 3 056 Menschen fielen einem Unfall zum Opfer, immerhin 49 weniger als 2002. Besonders durch Selbstmord, aber auch durch Unfälle starben mehr Personen männlichen als weiblichen Geschlechts. Selbstmord begingen 1 345

männliche sowie 477 weibliche Personen, so dass die Mortalität für erstere bei 22 und bei letzteren bei 8 je 100 000 Einwohner gleichen Geschlechts lag. Die entsprechenden Sterbefälle und Sterbeziffern bei tödlich Verunglückten betrugen 3 388 bzw. 1 702 und 31 bzw. 18. Männliche Personen zogen sich fast dreimal so häufig bei Transportmittelunfällen tödliche Verletzungen zu wie weibliche Personen, während letztere häufiger durch Sturz zu Tode kamen.

# Die Auswirkungen der Neuordnung des „Meister-BAföG“ zum 1. Januar 2002

Dipl.-Volksw. Kristin-Sylvia Witte

Die Sicherung des Zukunftsstandorts Deutschland und die Herstellung der Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung waren die Ziele, die vordringlich mit dem zum 1. Januar 1996 in Kraft getretenen Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG) verfolgt wurden. Da die Beanspruchung des so genannten Meister-BAföG erheblich hinter den Erwartungen zurückblieb und die statistischen Auswertungen zeigten, dass Frauen, Ausländer, Familienväter und -mütter, Alleinerziehende und Teilnehmer an Teilzeitmaßnahmen noch nicht ausreichend in die berufliche Förderung einbezogen waren, wurde zum 1. Januar 2002 mit dem „Gesetz zur Änderung des AFBG“ die finanzielle Unterstützung von weiterbildungswilligen Fachkräften und Existenzgründern auf eine völlig neue Basis gestellt. Die nun vorliegenden statistischen Ergebnisse für die Jahre 2002 und 2003 machen deutlich, dass die Reform des AFBG erfolgreich war.

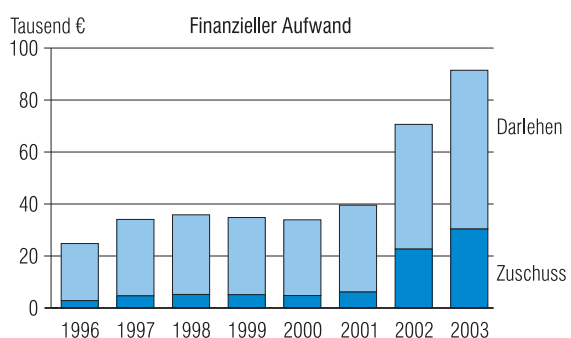
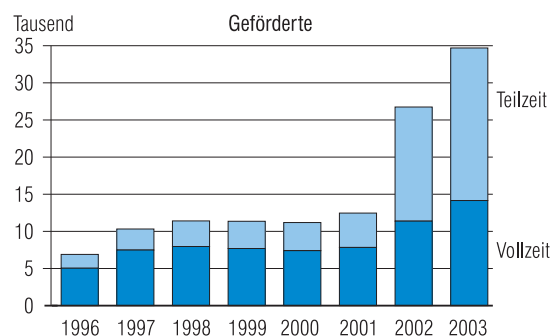
Zum 1. Januar 1996 trat bundesweit das Gesetz zur Förderung der beruflichen Aufstiegsfortbildung (Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz – AFBG) in Kraft. Es war als Ergänzung zum traditionellen BAföG geschaffen worden und sollte gewährleisten, dass nicht nur Schüler und Studierende sondern auch Teilnehmer an beruflichen Fortbildungsmaßnahmen während ihrer Ausbildung finanziell abgesichert sind. Seither können Handwerker und andere Fachkräfte, die sich auf einen Fortbildungsabschluss zum Handwerks- und Industriemeister, Techniker, Betriebswirt, Programmierer oder eine vergleichbare Qualifikation vorbereiten und die über eine nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) oder der Handwerksordnung (HwO) anerkannte, abgeschlossene Erstausbildung oder einen vergleichbaren Berufsabschluss verfügen, das so genannte „Meister-BAföG“ während einer Weiterbildungsmaßnahme und zu einer daran anschließenden Existenzgründung beantragen. Die Leistungen, welche als Zuschuss, z. B. zum Lebensunterhalt, oder als Darlehen gewährt werden, sind in ihrer Höhe individuell unterschiedlich. Sie

**Die Entwicklung der Ausbildungsförderung nach dem AFBG in Bayern seit 1996**

Tab. 1

Jahr	Geförderte			Finanzieller Aufwand		
	insgesamt	Vollzeit	Teilzeit	insgesamt	Zuschuss	Darlehen
	Anzahl			1 000 €		
1996 .....	6 898	5 037	1 861	24 792	2 838	21 954
1997 .....	10 319	7 485	2 834	34 069	4 673	29 396
1998 .....	11 408	7 962	3 446	35 845	5 199	30 646
1999 .....	11 360	7 692	3 668	34 802	5 121	29 681
2000 .....	11 188	7 405	3 783	33 897	4 784	29 113
2001 .....	12 463	7 837	4 626	39 567	6 140	33 427
2002 .....	26 745	11 378	15 367	70 836	22 654	47 982
2003 .....	34 694	14 153	20 541	91 461	30 376	61 085

**Ausbildungsförderung nach dem AFBG in Bayern seit 1996**



hängen unter anderem vom Vermögen und dem Familienstand des Geförderten ab sowie von der Art der Fortbildung in Vollzeit- oder Teilzeitform.

## Die Entwicklung seit 1996 bis 2001

Die Inanspruchnahme des Meister-BAföG war – entgegen allen Erwartungen – in den ersten Jahren nach Einführung des AFBG nur

Inanspruchnahme blieb hinter Erwartungen zurück

sehr zögerlich angelaufen. Während man noch zu Beginn des Jahres 1996 zur Feststellung des Finanzbedarfs für ganz Deutschland von rund 90 000 Empfängern ausging, ermittelte die in diesem Jahr erstmals durchgeführte Bundesstatistik eine tatsächliche Inanspruchnahme von lediglich 29 000 Fällen. Zwar stieg in den beiden darauf folgenden Jahren die Empfängerzahl bundesweit beachtlich auf immerhin 54 000 Personen, danach kam es aber bereits wieder zu einem Absinken der Inanspruchnahme, so dass im Jahr 2000 noch 52 000 Geförderte verblieben. In Bayern folgte die Entwicklung der Leistungen nach dem AFBG im betrachteten Zeitraum in etwa dem bundesweiten Trend. Nach nur rund 7 000 Leistungsbeziehern im Startjahr und einem kräftigen Anstieg um fast 50 % auf gut 10 000 Empfänger im Jahr 1997 lag hier die Gefördertenzahl in den folgenden Jahren bis 2000 bei durchschnittlich rund 11 000 Personen.

Im Jahr 2001 wurden dann erste Konsequenzen aus fünf Jahren Erfahrung mit der neuen Aufstiegsfortbildungsförderung gezogen und mit dem „Gesetz zur Änderung des AFBG“ die Unterstützung von fortbildungswilligen Fachkräften und angehenden Existenzgründern auf eine neue Basis gestellt. Die Novelle brachte im Wesentlichen folgende Verbesserungen:

- Die Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten auf die Gesundheits- und Pflegeberufe.
- Die Ausweitung des Anwendungsbereiches auf staatlich anerkannte Ergänzungsschulen und mediengestützte Lehrgänge.
- Eine Verbesserung der Förderkonditionen durch einen Zuschuss von 35 % zu den Lehrgangs- und Prüfungsgebühren sowie die Einbeziehung der Kosten des Prüfungsstücks bis zu 1 534 Euro.
- Einen stärkeren Anreiz zur Existenzgründung durch einen auf 75 % gesteigerten Darlehensersatz bei Abschluss, einen erhöhten Vermögensfreibetrag auf 35 791 Euro sowie die Verlängerung der Gründungs- und der Einstellungsfrist von zwei Beschäftigten auf sechs Jahre.
- Die Erleichterung der Förderungsvoraussetzungen für ausländische Fachkräfte durch Verkürzung der notwendigen Erwerbs- und Aufenthaltsdauer in Deutschland von fünf auf drei Jahre.
- Die gründliche Vereinfachung des Beantragungs- und Bewilligungsverfahrens.

Obgleich die Reform des AFBG erst Anfang 2002 in Kraft trat, kam es bereits im Jahr 2001 zu einer vermehrten Inanspruchnahme der Leistungen. Dies war vor allem darauf zurückzuführen, dass das neue, günstigere Recht anteilmäßig auch für Fälle galt, deren Maßnahmen vor der Reform bewilligt, jedoch erst nach dem Stichtag 1. Januar 2002 abgeschlossen wurden. Bundesweit stieg 2001 infolgedessen die Zahl der Geförderten um 7,8 % auf 56 000, in Bayern nahm sie sogar um 11,4 % auf rund 12 500 Empfänger zu.

Schon 2001 erste Anzeichen einer Signalwirkung

## Die Auswirkungen der Novelle

### ... auf die Inanspruchnahme insgesamt

Nach dem Inkrafttreten der Novelle zum AFBG setzte dann vor allem in Bayern ein wahrer „Run“ auf die Förderleistungen ein. Die Zahl der Meister-BAföG-Empfänger stieg hier im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr um 114,6 % auf 26 745 Personen und nahm 2003 dann nochmals um 30,0 % auf 34 694 zu. Auch bundesweit kam es zu einer erheblich verstärkten Beanspruchung der Hilfe, allerdings war diese etwas verhaltener als in Bayern. Es ergab sich 2002 ein Anstieg um 56,6 % auf 87 756 Bezieher und 2003 eine weitere Zunahme um 38,8 % auf 121 820 Geförderte. Damit hatte Bayern zuletzt einen Anteil von 28,5 % an allen Leistungsempfängern im Bundesgebiet. Es folgten in weitem Abstand Baden-Württemberg mit 16,3 % und Nordrhein-Westfalen mit 14,7 %. Auch vor der Reform belegte Bayern mit 22,2 % im Jahr 2001 die Spitzenposition unter den Bundesländern, die Distanz zu Nordrhein-Westfalen (19,5 %) und Baden-Württemberg (15,5 %) war aber wesentlich knapper.

Empfängerzahl bundesweit mehr als verdoppelt, in Bayern sogar fast verdreifacht

### ... bei Voll- und Teilzeitförderung

Bei der ursprünglichen Konzeption der Aufstiegsfortbildungsförderung war der Gesetzgeber zunächst davon ausgegangen, dass weiterbildungswillige Arbeitskräfte ihre Qualifizierung überwiegend neben ihrer eigentlichen Berufstätigkeit betreiben. Die statistischen Ergebnisse zum Meister-BAföG zeigten dann aber, dass diese Annahme nicht zutraf. Vielmehr hatte die Mehrzahl der Leistungsempfänger die berufliche Tätigkeit unterbrochen, um an einer Vollzeitmaßnahme von wöchentlich mindestens 25 Unterrichtsstunden teilnehmen zu können. In Bayern war dies auch 2001 noch bei fast zwei Dritteln der 12 463 Geförderten der Fall, während bei einem Drittel die Fortbildung als Teilzeitmodell ablief, bei dem innerhalb von sechs Monaten mindestens 150 Unterrichtsstunden erteilt werden. Nach dem Inkrafttreten der AFBG-Novelle haben sich nun aber besonders Personen, die die Weiterbildungsmaßnahme neben ihrer beruflichen Tätigkeit absolvieren wollten, um eine entsprechende finanzielle Unterstützung beworben. In Bayern nahm die Zahl der Geförderten mit Teilzeitfortbildung zwischen 2001 und 2003 von 4 626 um mehr als das 4,5fache auf 20 541 Fälle zu, während sich der Kreis der Geförderten mit Vollzeitunterricht von 7 837 auf 14 153 verdoppelte. Die unterschiedlichen Steigerungsraten hatten zur Folge, dass der Anteil der letztgenannten Gruppe an allen Geförderten von 62,9 auf 40,8 % abnahm und der Anteil der Unterstützten in Teilzeitfortbildung von 37,1 auf 59,2 % anstieg.

Schon 59 % sind Teilzeitfälle

### ... nach Fortbildungszielen und -stätten

Da bei Einführung der Förderung nach dem AFBG der Eindruck entstanden war, dass durch das neue Gesetz vor allem der Aufstieg



Geförderte nach dem AFBG in Bayern 2001 und 2003 nach persönlichen Merkmalen

Tab. 2

Persönliches Merkmal	2001						2003					
	Geförderte						Geförderte					
	insgesamt		männlich		weiblich		insgesamt		männlich		weiblich	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<b>Insgesamt .....</b>	<b>12 463</b>	<b>100</b>	<b>8 795</b>	<b>100</b>	<b>3 668</b>	<b>100</b>	<b>34 694</b>	<b>100</b>	<b>23 140</b>	<b>100</b>	<b>11 554</b>	<b>100</b>
darunter Teilzeitfälle .....	4 626	37,1	3 305	37,6	1 321	36,0	20 541	59,2	13 531	58,5	7 010	60,7
Mit Fortbildungsziel nach												
Berufsbildungsgesetz .....	3 779	30,3	2 333	26,5	1 446	39,4	14 629	42,2	8 771	37,9	5 857	50,7
Handwerksordnung .....	6 073	48,7	5 082	57,8	991	27,0	12 528	36,1	10 004	43,2	2 524	21,8
vergleichbarem Bundesrecht .....	871	7,0	545	6,2	326	8,9	2 423	7,0	1 510	6,5	913	7,9
Landesrecht .....	1 740	14,0	835	9,5	905	24,7	4 824	13,9	2 775	12,0	2 049	17,7
Gesundheits- u. Pflegeberufe, sonst. Ziele .....	-	-	-	-	-	-	291	0,8	80	0,3	211	1,8
Nach Fortbildungsstätte												
Öffentliche Schulen .....	3 623	29,1	2 284	26,0	1 339	36,5	7 483	21,6	4 586	19,8	2 897	25,1
Private Schulen .....	1 616	13,0	795	9,0	821	22,4	4 490	12,9	2 354	10,2	2 136	18,5
Lehrgang an öffentlichen Instituten .....	5 762	46,2	4 661	53,0	1 101	30,0	15 945	46,0	11 519	49,8	4 426	38,3
privaten Instituten .....	1 110	8,9	760	8,6	350	9,5	4 179	12,0	2 507	10,8	1 672	14,5
Fernlehrgang an öffentlichen Instituten ....	42	0,3	35	0,4	7	0,2	286	0,8	252	1,1	34	0,3
privaten Instituten .....	310	2,5	260	3,0	50	1,4	2 292	6,6	1 906	8,2	386	3,3
Auslandsfall (§ 5 Abs. 2) .....	-	-	-	-	-	-	19	0,1	16	0,1	3	0,0
Nach Staatsangehörigkeit												
Deutscher .....	12 000	96,3	8 450	96,1	3 550	96,8	33 376	96,2	22 193	95,9	11 183	96,8
Ausländer .....	463	3,7	345	3,9	118	3,2	1 318	3,8	947	4,1	371	3,2
davon aus												
EU-Ländern .....	122	1,0	80	0,9	42	1,1	313	0,9	228	1,0	85	0,7
Nicht-EU-Ländern .....	341	2,7	265	3,0	76	2,1	1 005	2,9	719	3,1	286	2,5
Im Alter von ... Jahren												
unter 20 .....	334	2,7	25	0,3	309	8,4	912	2,6	105	0,5	807	7,0
20 bis unter 25 .....	3 774	30,3	2 189	24,9	1 589	43,3	11 778	33,9	6 868	29,7	4 910	42,5
25 bis unter 30 .....	3 900	31,3	3 092	35,2	808	22,0	10 677	30,8	8 015	34,6	2 662	23,0
30 bis unter 35 .....	2 578	20,7	2 114	24,0	464	12,6	5 540	16,0	4 345	18,8	1 195	10,3
35 bis unter 40 .....	1 304	10,5	1 006	11,4	298	8,1	3 563	10,3	2 569	11,1	994	8,6
40 oder älter .....	569	4,6	369	4,2	200	5,5	2 224	6,4	1 238	5,4	986	8,5

Förderung von  
Fortbildungs-  
maßnahmen nach  
dem Berufsbil-  
dungsgesetz ...

zum „Meister“ unterstützt werde, hatten zunächst vor allem Personen, die eine Fortbildung nach der Handwerksordnung anstrebten, eine entsprechende Förderung beantragt. Im Zeitverlauf nahmen dann zwar zunehmend auch die übrigen im Gesetz genannten Berufsgruppen, z. B. aus dem kaufmännischen und industriellen Bereich, die Leistungen nach dem AFBG in Anspruch, die Mehrzahl der Unterstützten waren aber weiterhin Handwerker, so in Bayern im Jahr 2000 noch 54,3 %.

Die Gesetzesnovelle hat hier nun eine grundlegende Verschiebung bewirkt. Aus den statistischen Ergebnissen für Bayern für 2003 geht hervor, dass von den 34 694 AFBG Geförderten allein 14 629 eine Qualifizierung nach dem Berufsbildungsgesetz und 12 528 eine solche nach der Handwerksordnung anstrebten. Weitere 7 247 Personen hatten eine in anderen Rechtsvorschriften geregelte Fortbildungsprüfung zum Ziel, davon 2 423 nach vergleichbarem Bundesrecht und 4 824 nach vergleichbarem Landesrecht. Die neue Unterstützungsmöglichkeit zu einem höherwertigen Gesundheits- und Pflegeberuf nahmen hingegen erst 291 Weiterbildungswillige in Anspruch. Im Vergleich zu 2001 hat sich damit der Gefördertenkreis mit einem Abschlussziel nach dem Berufsbildungsgesetz fast

vervierfacht, die Gruppe der nach vergleichbarem Recht Weiterbildungswilligen nahezu verdreifacht und die Zahl der unterstützten Handwerker verdoppelt. Während somit 2001 noch 48,7 % der Empfänger von Leistungen nach dem AFBG die Meisterprüfung anstrebten, waren es 2003 nur 36,1 %. Demgegenüber erhöhte sich der Anteil der Geförderten mit einer Maßnahme nach dem Berufsbildungsgesetz von 30,3 auf 42,2 %.

Der Nachweis der Geförderten nach Fortbildungsstätten gibt Auskunft über die Trägerschaft der Einrichtungen, in denen die Qualifizierung der einzelnen Berufsgruppen stattfindet. So werden z.B. die Meisterkurse der Handwerkskammern an öffentlichen Instituten durchgeführt, während Techniker oder Fachwirte ihre Ausbildung an öffentlichen Fachschulen erhalten. Mit dem Änderungsgesetz sind nun auch Fortbildungsmaßnahmen in staatlich anerkannte Ergänzungsschulen und durch mediengestützte Lehrgänge förderungsfähig geworden. Dies hat bewirkt, dass sich 2003 gegenüber 2001 der Anteil der Leistungsbezieher die eine öffentliche Einrichtung besuchten, von 75,3 % auf 67,5 % verringert hat, während der Anteil der Geförderten an privaten Fortbildungsstätten von 21,9 % auf 24,9 % zunahm und der Prozentsatz der Teilnehmer an Fern-

... und Fern-  
lehrgänge  
gewinnen an  
Bedeutung

lehrgängen von 2,8% auf 7,4% stieg. Damit absolvierten zuletzt 23 428 Empfänger von „Meister-BAföG“ ihre Fortbildung an einer öffentlichen Schule oder einem öffentlichen Institut, weitere 8 669 waren bei einer privaten Schule oder in Lehrgängen an privaten Instituten eingeschrieben und 2 578 Fortbildungswilligen wollten ihr Berufsziel durch einen Fernlehrgang erreichen.

### ... nach persönlichen Merkmalen

Frauen  
besonders  
begünstigt

Die stärkere Einbindung der Gesundheits- und Pflegeberufe in die Förderung sowie der Ausbau der Familienkomponente für Alleinerziehende und die weitergehende Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten durch das neue AFBG kommt insbesondere den weiblichen Teilnehmern an Maßnahmen der beruflichen Aufstiegsfortbildung zugute. Gegenüber 2001 stieg 2003 in Bayern die Zahl der Männer mit „Meister-BAföG“ um 163% auf 23 140 Fälle, die der Frauen nahm aber um 215% auf 11 554 zu. Während 2000 noch 27,3% und 2001 erst 29,4% der Leistungsbezieher weiblich waren, sind es 2003 schon ein Drittel. Erwartungsgemäß unterscheiden sich die beiden Geschlechter auch weiterhin hinsichtlich ihrer Fortbildungsziele erheblich voneinander. Von den männlichen Antragstellern ließen sich zuletzt 43,2%, von den weiblichen aber nur 21,8% eine Fortbildung nach der Handwerksordnung Zuschüssen, dagegen nehmen 37,9% der Männer jedoch 50,7% der Frauen an einer Maßnahme nach dem Berufsbildungsgesetz teil.

1 300 Aus-  
länder unter  
den Geför-  
derten

Da sich die Förderungsvoraussetzungen nach dem AFBG für ausländische Fachkräfte mit der Novelle vereinfacht haben, ist ihre Zahl im Berichtszeitraum erheblich auf fast das Dreifache gestiegen. Von den insgesamt 1 318 unterstützten Ausländern im Jahr 2003 stammten 313 aus EU-Ländern und 1 005 aus anderen Staaten. 459 (34,8%) Ausländer wurden bei einer Vollzeitfortbildung unterstützt und 1 054 (80,0%) besuchten eine öffentliche Schule oder ein öffentliches Institut.

Jüngere und  
ältere Fortbil-  
dungswillige  
profitieren  
besonders

Die Gegenüberstellung der Altersstruktur der Geförderten vor und nach der Gesetzesreform verdeutlicht, dass die beschlossenen Maßnahmen vermehrt die jüngeren und älteren Jahrgänge begünstigen. So haben sich die Anteile der unter 25-Jährigen an allen Empfängern von Meister-BAföG im betrachteten Zeitraum von 33,0 auf 36,5% und der 35-Jährigen oder Älteren von 15,1 auf 16,7% erhöht, während der Anteil der Gruppe zwischen 25 bis 35 Jahren von 52,0 auf 46,8% abgenommen hat.

### ... auf die Entwicklung des finanziellen Aufwands

Aufwand seit  
2000 von  
33,9 Mill. €  
auf 91,5 Mill. €  
angewachsen

Die Förderung nach dem AFBG wird teils als Zuschuss, der zu 78% vom Bund und zu 22% von den Ländern finanziert wird, und teils als Bankdarlehen geleistet. In Bayern hatte der finanzielle Aufwand

für die Leistungen im Jahr 1996 nur rund 25 Millionen Euro betragen und in den Folgejahren bis 2000 zwischen 34 und 36 Millionen Euro gependelt. Aufgrund der Signalwirkung des Änderungsgesetzes lag er dann aber schon 2001 mit knapp 40 Millionen Euro um fast 17% über dem Vorjahresstand. Die vollen Auswirkungen der Novelle zeigten sich aber in den beiden Folgejahren. Es stiegen 2002 die Ausgaben für das Meister-BAföG allein um 79,0% auf 70,8 Millionen Euro, sie nahmen 2003 dann nochmals um 29,1% auf 91,5 Millionen Euro zu. Hiervon wurden 30,4 Millionen Euro als Zuschuss und 61,1 Millionen Euro als rückzahlbares Darlehen bewilligt. Im Vergleich zu 2001 wuchs damit der Zuschussbedarf auf das Fünffache, während sich der Darlehensbetrag knapp verdoppelt hat. Der Zuschussanteil an der gesamten Fördersumme lag zuletzt bei einem Drittel, er hatte vor der Gesetzesnovelle nur 15,5% ausgemacht.

Der starke Anstieg der als Zuschuss gewährten Leistungen ist vor allem auf die neu eingeführte Bezuschussung von Maßnahmebeiträgen zur Finanzierung von Lehrgangs- und Prüfungsgebühren zurückzuführen. Bis 2002 war hier nur die Förderung über ein Darlehen möglich. Von den 30,4 Millionen Euro, die 2003 als Zuschuss gewährt wurden, waren schon 53,7% als Maßnahmebeitrag gedacht, während 45,9% für den Lebensunterhalt und 0,4% (129 000 Euro) für Kinderbetreuung bestimmt wurden. Auch vom Darlehen sollten 2003 50,7% als Maßnahmebeiträge sowie 48,1% als Unterhaltsbeitrag dienen. Immerhin 722 000 Euro oder 1,2% kamen hier der mit der Novelle eingeführten Förderung von Meisterstücken zugute. Um ein Darlehen für Weiterbildungsmaßnahmen zu erhalten, wird mit der Deutschen Ausgleichsbank ein Vertrag geschlossen, der dem Darlehensnehmer die Entscheidung lässt, in welcher Höhe er das Darlehen abrufen. Angaben über die tatsächlich ausbezahlte Darlehenshöhe liegen der Statistik erstmals seit 2002 vor. Im Jahr 2003 machte der in Bayern tatsächlich beanspruchte Darlehensbetrag 34,3 Millionen Euro aus, das waren 56,1% der beantragten Summe.

Während die Gesamtaufwendungen für die Fortbildungsförderung – wie oben dargestellt – infolge der Gesetzesänderung erheblich angestiegen sind, hat sich der durchschnittliche Förderungsbetrag pro Fall kaum verändert. So wurden vor 2001 für Geförderte mit finanziellem Aufwand im Schnitt rund 3 400 Euro aufgewendet. In den Jahren 2001 und 2002 waren es dann 3 560 Euro bzw. 3 370 Euro und zuletzt 3 517 Euro. Dabei lagen 2002 die Kosten je Vollzeitfall bei 4 527 Euro und 2003 bei 4 664 Euro. Je Teilzeitfall ergab sich 2002 ein Betrag von 1 878 Euro, der sich für 2003 auf 1 837 Euro reduzierte. Besonders kostenintensiv waren wieder die Fortbildungsveranstaltungen an privaten Schulen mit einem durch-

Aufwand pro  
Gefördertem  
blieb nahezu  
unverändert

schnittlichen Förderungsbetrag von 4 213 Euro im Jahr 2003 und die Maßnahmen an öffentlichen Schulen mit 3 871 Euro. Als kostengünstig erwiesen sich erneut die Fernlehrgänge bei öffentlichen und privaten Instituten mit 1 686 bzw. 1 782 Euro je Geförderten.

Haushalts-  
begleitgesetz 2004  
kürzt schrittweise  
Zuschussanteil

Mit dem Haushaltsbegleitgesetz 2004 zum Subventionsabbau vom 29. Dezember 2003 haben sich bereits wieder Änderungen beim AFBG ergeben, die vor allem den Zuschussanteil bei einigen Leis-

tungen betreffen. So wird schrittweise bis 2006 der Zuschuss zum Maßnahmebeitrag von 35,0 % auf 30,6 % gekürzt und der Zuschussanteil zum Unterhaltsbeitrag von 50 % auf 44 % gemindert. Außerdem wird der Darlehenssteuerlass auf die Lehrgangs- und Prüfungsgebühren von 75 % auf 66 % reduziert. Diese finanziellen Einschränkungen dürften erneut einen Rückgang der Inanspruchnahme des Meister-BAföG bewirken und Bund sowie Länder in diesem Bereich wieder finanziell entlasten.

# Versorgungsempfänger des Freistaates Bayern

Dipl.-Stat. Volker Birmann

Die Versorgungsempfängerstatistik ermittelt jährlich Strukturdaten über die Versorgungsberechtigten im Alterssicherungssystem für Beamte, Richter und Soldaten. Die Daten dienen zusammen mit den Personalstandsdaten der aktiven Beamten, Richter und Soldaten als Entscheidungsgrundlage für Maßnahmen auf dem Gebiet des Beamten und Versorgungsrechts. Außerdem werden die Ergebnisse für Berechnungen über die zukünftige Entwicklung der Versorgungsberechtigten und die daraus resultierenden finanziellen Auswirkungen auf die Haushalte der Gebietskörperschaften verwendet. Der gemäß Art. 17 des Gesetzes zur Änderung des Beamtenversorgungsgesetzes und sonstiger dienst- und versorgungsrechtlicher Vorschriften vom 18. Dezember 1989 (BGBl. I S. 2218) von der Bundesregierung den gesetzgebenden Körperschaften zu Beginn jeder Wahlperiode des Deutschen Bundestages vorzulegende Bericht über das beamtenrechtliche Alterssicherungssystem wird auf Grundlage des Datenmaterials der Versorgungsempfängerstatistik erstellt.

## Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlage für die Erhebung der Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes in Bayern ist das Gesetz über die Statistiken der öffentlichen Finanzen und des Personals im öffentlichen Dienst (Finanz- und Personalstatistikgesetz – FPStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 8. März 2000 (BGBl. I S. 206), zuletzt geändert durch Artikel 3 Abs. 20 des Gesetzes vom 21. Dezember 2000 (BGBl. I S. 1857) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG) vom 22. Januar 1987 (BGBl. I S. 462, 565), zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002 (BGBl. I S. 3322).

Die Empfänger von Versorgungsbezügen nach dem Beamten- und Soldatenversorgungsrecht sowie nach beamtenrechtlichen Grundsätzen sind gemäß § 7 des Finanz- und Personalstatistikgesetzes jährlich nach dem Stand vom 1. Januar zu erheben. Die Erhebung erfolgt gegliedert<sup>1</sup> nach Ruhegehaltsempfängern, Witwen/Witwergeldempfängern und Empfängern von Waisengeld nach der für die Bemessung der Versorgungsbezüge maßgebenden Besoldungsgruppe.

## Begriffliche Erläuterungen

In der Versorgungsempfängerstatistik werden Personen nachgewiesen, die nach beamtenrechtlichen Vorschriften oder Grundsätzen versorgt werden. Hierzu zählen ehemalige Beamte, Richter, Soldaten, Angestellte und Arbeiter mit Beamtenversorgung sowie anspruchsberechtigte Hinterbliebene von verstorbenen aktiven Beamten und Ruhegehaltsempfängern. Nicht zu den Versorgungsem-

pfängern zählen ehemalige Angestellte und Arbeiter beim Freistaat, deren Altersversorgung ist im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung geregelt.

Unter Ruhegehaltsempfängern versteht man Ruhestands-, Wartestandsbeamte bzw. -richter, ehemalige Berufssoldaten und Reichsarbeitsdienstführer, Angestellte und Arbeiter mit beamtenrechtlicher Hauptversorgung.

Empfänger von Witwen- /Witwergeld sind hinterbliebene Ehegatten von verstorbenen Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten.

Empfänger von Waisengeld sind hinterbliebene Kinder von verstorbenen Ruhegehaltsempfängern und von Bediensteten, die zum Zeitpunkt ihres Todes Anspruch auf Ruhegehalt oder Ruhelohn hatten, soweit sie Waisengeld in Höhe von 12 % (Halbwaisen), 20 % (Vollwaisen) oder 30 % (Unfallwaisen) des Ruhegehalts/Ruhelohns erhalten.

Bund und Länder erfassen durch die jeweiligen Statistischen Ämter ihre Versorgungsberechtigten. Die Erhebung des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung erstreckt sich gemäß § 2 Abs. 1 FPStatG auf die Versorgungsempfänger des Frei-

Ruhegehaltsempfänger

Witwen- / Witwergeld

Waisengeld

<sup>1</sup> auch nach Geschlecht; in folgender Darstellung aber jeweils Männer und Frauen zusammen.

staates Bayern, der Gemeinden und Gemeindeverbände und kommunale Zweckverbände in Bayern und der Sozialversicherungsträger unter Aufsicht des Freistaats Bayern.

Versorgungsempfängerstatistik des Freistaates Bayern  
seit 1994

Die folgenden Ausführungen zum historischen Verlauf beschränken sich auf die Empfänger von Versorgungsbezügen des Landes Bayern und deren Hinterbliebene<sup>2</sup>, also auf die Beamten des Freistaates selbst; Beamte bei kommunalen Körperschaften und beim mittelbaren Dienst werden nicht betrachtet. Eine Unterscheidung nach dem ehemaligen Dienstverhältnis findet nicht statt.

Versorgungsempfänger und Versorgungsausgaben des Freistaates Bayern seit 1994

Jahr	Versorgungs- empfänger am 1. Jan.	davon Empfänger von			Versorgungs- ausgaben
		Ruhegehalt	Witwen-/ Witwergeld	Waisengeld	
Anzahl					Mill. €
1994 .....	78 496	49 392	25 761	3 343	1 925
1995 .....	79 585	50 415	25 905	3 265	2 045
1996 .....	80 720	51 579	25 958	3 183	2 113
1997 .....	81 790	52 603	26 168	3 019	2 152
1998 .....	82 637	53 331	26 092	3 214	2 221
1999 .....	83 923	54 612	26 208	3 103	2 309
2000 .....	85 939	56 533	26 374	3 032	2 408
2001 .....	88 524	59 004	26 457	3 063	2 533
2002 .....	90 870	61 369	26 468	3 033	2 654
2003 .....	93 022	63 561	26 455	3 006	2 755
2004 .....	94 925	65 504	26 401	3 020	*

Tab. 1

\* Zahl liegt noch nicht vor

nehmen, dass die Versorgungsausgaben seit 1994 von damals 1 925 Millionen Euro bis 2003 auf 2 755 Millionen Euro, also um 43,1 % gestiegen sind.

Grund für den Eintritt des Versorgungsfalles ist oft die „Dienstunfähigkeit“. Im Jahr 2001 waren als Höchststand 1917 Zugänge zum Versorgungssystem darauf zurückzuführen; dies entsprach 41,7 % aller neuen Versorgungsfälle. Seither nahm deren Anteil aber wieder deutlich ab, wie Abbildung 2 belegt. Im Jahr 2003 gingen nur noch 28,7 % der bayerischen Beamten und Richter wegen Dienstunfähigkeit vorzeitig in den Ruhestand. Die Zahl der neuen Pensionäre,

Dienstunfähigkeit

2 Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung veröffentlicht auf der Basis des Bestandes für die Bezügeabrechnung des Monats Januar bei der Bezirksfinanzdirektion München die Daten zu den Versorgungsempfängern des Landes zum 1.1. des Jahres. Veröffentlichungen des Bayerischen Staatsministerium der Finanzen zum Stichtag 1.1. beruhen dagegen auf einem bereinigten Datenbestand der Bezirksfinanzdirektion München vom April des Berichtsjahres. Dadurch können sich geringfügige Differenzen in den jeweils veröffentlichten Daten ergeben.

Zahl der Versorgungsempfänger

Die Zahl der Versorgungsempfänger des Landes Bayern ist seit 1994 von 78 500 stetig auf 94 500 im Jahr 2004 gestiegen (+ 20,4 %). Hierbei handelt es sich um eine starke Zunahme der Ruhegehaltsempfänger selbst. 1994 waren 49 400 versorgungsberechtigt, 2004 sind es 65 100, also 32 % mehr. Bei den Hinterbliebenen zeigt sich eine andere Entwicklung. Witwen- und Witwergeld wird 2004 an 26 400 Personen ausbezahlt. Gegenüber 1994 hat deren Zahl nur um 2,5 % zugenommen. Seit 2002 zeigt sich ein leichter Rückgang bei der Zahl der Empfänger von Witwen-/Witwergeld. Empfänger von Waisengeld gibt es 2004 etwas mehr als 3 000, ihre Zahl hat seit 1994 um 9,7 % abgenommen (siehe hierzu auch Abbildung 1 und Tabelle 1).

Versorgungsausgaben

Entsprechend der Zahl der Versorgungsempfänger sind auch die Ausgaben des Staates für seine Pensionäre und deren Hinterbliebene gestiegen. Aus der Jahresrechnungsstatistik kann man ent-

Versorgungsempfänger des Landes Bayern seit 1994 nach Art der Versorgung

Abb. 1

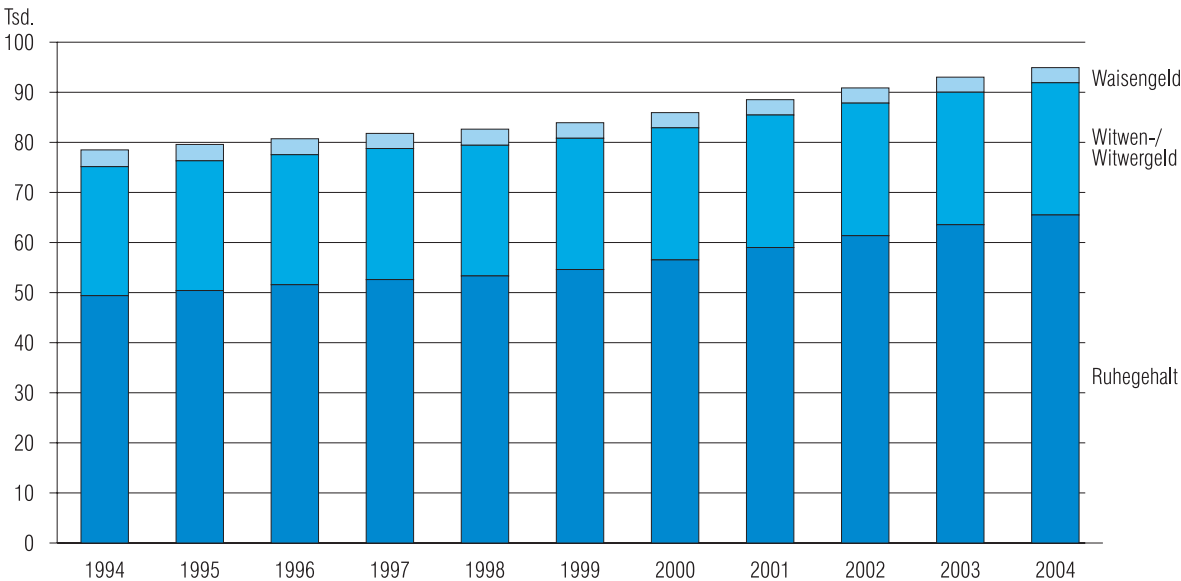
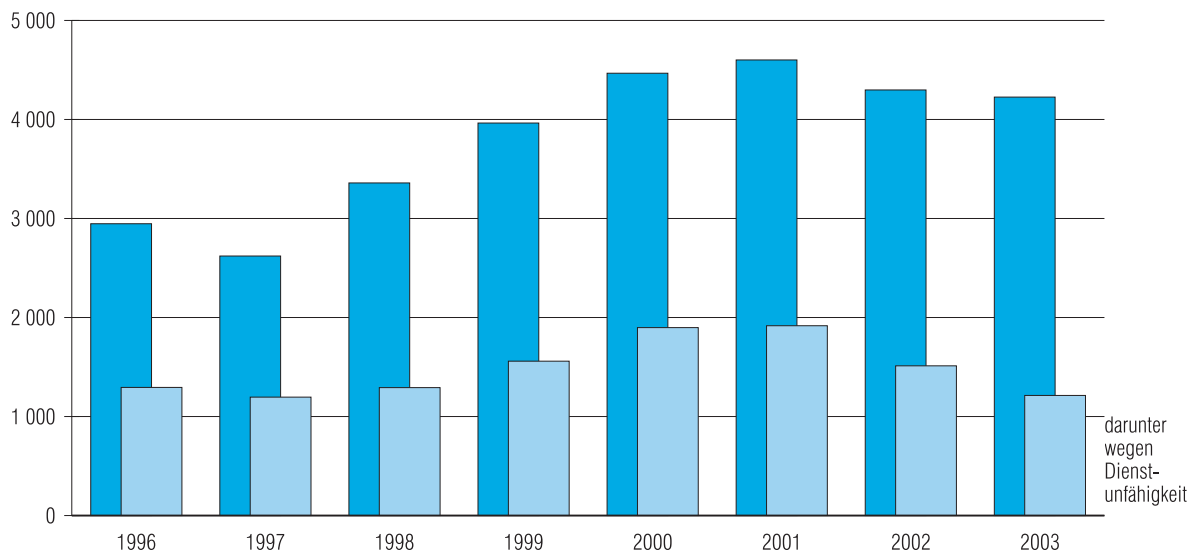




Abb. 2 Eintritte in den Ruhestand von Personal des Landes Bayern seit 1996



die früher beim Freistaat beschäftigt waren, ist bis 2001 auf insgesamt 4 601 Personen gestiegen, seither aber wieder leicht zurückgegangen und zwar auf 4 226 Personen. Dieser Rückgang ist u.a. auf den beschriebenen Rückgang bei der Zahl derer, die wegen Dienstunfähigkeit ausgeschieden sind, zurückzuführen. Außerdem gilt zu bedenken, dass bei vorzeitiger Pensionierung Abschläge in

Kauf genommen werden müssen und dass die Antragsaltersgrenze auf 64 Jahre angehoben wurde.

Konstant rund 60 % der in den letzten Jahren wegen Dienstunfähigkeit ausgeschiedenen Beamten des Landes waren im Schuldienst beschäftigt. Die Zahl der neuen Pensionäre seit 1996 und die vorzeitigen Austritte wegen Dienstunfähigkeit (darunter auch aus dem Schuldienst) sind Tabelle 2 zu entnehmen.

Schuldienst

Eintritte in den Ruhestand von Beschäftigten des Freistaates Bayern seit 1996

Tab. 2

Jahr	Beamte und Richter, die in den Ruhestand eintraten					
	insgesamt	darunter wegen Dienstunfähigkeit				
		insgesamt	%	darunter Schuldienst	%	% von insg. (Sp. 1)
1996 .....	2 947	1 294	43,9	735	56,8	24,9
1997 .....	2 621	1 196	45,6	711	59,4	27,1
1998 .....	3 359	1 292	38,5	701	54,3	20,9
1999 .....	3 964	1 559	39,3	895	57,4	22,6
2000 .....	4 467	1 898	42,5	1 199	63,2	26,8
2001 .....	4 601	1 917	41,7	1 165	60,8	25,3
2002 .....	4 298	1 512	35,2	911	60,3	21,2
2003 .....	4 226	1 213	28,7	734	60,5	17,4

Neben der Dienstunfähigkeit gibt es auch die Möglichkeit, zu tätigkeitsspezifischen besonderen Altersgrenzen bzw. zu Antragsaltersgrenzen (u.a. wegen Schwerbehinderung) vorzeitig aus dem öffentlichen Dienst des Freistaates auszuschneiden. Da sich die Altersgrenzen im Lauf der Jahre aber immer wieder geändert haben, werden diese weiteren vorzeitigen Dienstaustritte hier aber nicht analysiert. Daten zur Altersteilzeit sind der Personalstandstatistik zu entnehmen. Allerdings findet dort eine Unterscheidung nach Altersteilzeitmodell erst seit der Erhebung zum 30.06.2004 statt, deren Daten noch nicht vorliegen.

# Die Staatsverschuldung in Bayern 2003

Dipl.-Volksw. Helmut Zaska

Die Kreditmarktschulden des Freistaats Bayern beliefen sich am 31. Dezember 2003 (einschließlich der Vorkriegsauslandsschulden in Höhe von knapp 0,7 Millionen Euro) auf 20 305,5 Millionen Euro oder 1 638 Euro pro Kopf der Bevölkerung. Zuzüglich der vorübergehenden „internen Kreditaufnahme“ beim Grundstock – Teil Privatisierungserlöse – in Höhe von 216,8 Millionen Euro ergaben sich Kreditmarktschulden von 20 522,3 Millionen Euro, die einer Pro-Kopf-Verschuldung von 1 655 Euro entsprechen. Die fundierte Verschuldung (Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten) lag bei 22 302,9 Millionen Euro. Sie erhöhte sich im Berichtsjahr um 988,9 Millionen Euro. Je Einwohner errechnen sich daraus Staats-schulden in Höhe von durchschnittlich 1 799 Euro. Unter Berücksichtigung der vorübergehenden „internen Kredit-aufnahme“ beim Grundstock – Teil Privatisierungserlöse – ergibt sich eine fundierte Verschuldung von 22 519,7 Millionen Euro oder 1 816 Euro je Einwohner. Der Freistaat nahm Fremdmittel in Höhe von 2 921,7 Millionen Euro auf, leistete Tilgungen in Höhe von 1 840,6 Millionen Euro und gab für Zinszahlungen 1 031,0 Millionen Euro aus.

## Schulden des Staates

Unter dem Begriff „Schulden des Staates“ werden unterschiedliche schuldenstatistische Sachverhalte zusammengefaßt. Die Kreditmarktschulden im engeren Sinne beinhalten die Schulden eines Landes aus seinen emittierten Wertpapieren und aus den am Kreditmarkt aufgenommenen Schuldscheindarlehen.

Die Kreditmarktschulden im weiteren Sinne berücksichtigen zusätzlich die Ausgleichsforderungen, die 1948 im Zuge der Währungsreform Kreditinstituten, Versicherungen und Bausparkassen zur Deckung von Verbindlichkeiten aus der Währungsreform und zur Wiederherstellung eines angemessenen Eigenkapitals zugeteilt worden waren. Diese Unterscheidung hat jedoch in der Länderschuldenstatistik für Zeiträume nach 1994 keine Bedeutung mehr, da Mitte 1995 die letzten Schuldbuchtitel (Ausgleichsforderungen) zurückgekauft worden sind.

Die Kreditmarktschulden und die Schulden eines Landes bei anderen öffentlichen Haushalten (beim Bund, bei den Sondervermögen des Bundes, bei anderen Ländern, bei Gemeinden oder bei Zweckverbänden) ergeben die sogenannte fundierte Verschuldung des Landes. Vielfach wird bei Ländervergleichen nur auf das Kriterium Kreditmarktverschuldung abgestellt. Zur Kreditmarktverschuldung zählt die amtliche Statistik auch die Vorkriegsauslandsschulden eines Landes gemäß dem Londoner Schuldenabkommen von 1953. Einzelne Länder des früheren Bundesgebiets weisen diese jedoch gesondert aus.

Nicht zur Kreditmarktverschuldung zählt die amtliche Statistik die „interne Kreditaufnahme“ des Freistaats Bayern bei seinem Sondervermögen Grundstock – Teil Privatisierungserlöse –, da es sich hierbei um keine Schulden aus Kreditmarktmitteln handelt.

Um die Schulden der Länder untereinander vergleichbar zu machen, ist es üblich, die Verschuldung eines Landes an der Zahl seiner Einwohner zu messen. Dabei werden die zum 31. Dezember eines Jahres erhobenen Schulden auf den Bevölkerungsstand zum 30. Juni desselben Jahres bezogen. Diese Regelung wurde eingeführt, da in der Vergangenheit zum Veröffentlichungszeitpunkt der Schuldenstatistik teilweise erst die Einwohnerzahlen für Mitte des entsprechenden Jahres vorlagen. Sie hat sich bis heute erhalten.

Nur nachrichtlich erfragt die jährliche Schuldenstatistik weitere Schuldenarten, wie innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, den Bestand an kreditähnlichen Rechtsgeschäften (Hypotheken-, Grund- und Rentenschulden, Restkaufgelder, Schulden aus Leasingverträgen) und die Höhe der Haftungssummen aus Bürgschaften, Garantien und sonstigen Gewährleistungen.

Durch den Maastricht-Vertrag hat ein Teil dieser Schuldenarten zusätzliche Bedeutung erhalten. In die Berechnung der Konvergenzkriterien zur Überwachung der Entwicklung der Haushaltsslage und der Höhe des öffentlichen Schuldenstandes<sup>1</sup> in den Mitgliedsländern

<sup>1</sup> Artikel 104c Absatz 2 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft.

der Währungsunion fließen von den Ländern die Kreditmarktschulden<sup>2</sup>, die Kassenverstärkungskredite und die Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften ein, gemindert um die Versorgungsrücklagen (ab 1999) und die in den Kreditmarktschulden der Länder ausgewiesenen Schulden bei der Sozialversicherung. Die Schulden der Länder bei der Sozialversicherung sowie die Länderschulden bei anderen öffentlichen Haushalten werden nicht berücksichtigt, da es sich hierbei nur um Gläubiger- bzw. Schuldnerpositionen innerhalb des öffentlichen Sektors handelt (sog. Konsolidierung). Die Schulden dieser Gläubiger gehen ebenfalls in die Berechnung des Schuldenstandes nach dem Maastricht-Vertrag ein.

Im Maastricht-Vertrag erfolgt die Messung des öffentlichen Schuldenstandes eines Mitgliedslandes an seinem Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen (BIP). Das so errechnete sog. „Schuldenkriterium“ dient neben dem „Defizitkriterium“ der Europäischen Kommission zur Überprüfung der Einhaltung der Haushaltsdisziplin der Mitgliedsländer. Sobald das „Schuldenkriterium“ den Referenzwert 60% (beim „Defizitkriterium“ liegt der Schwellenwert bei 3% des BIP) überschreitet, sieht der Vertrag die Einleitung bestimmter Maßnahmen vor, deren Überprüfung und Änderung derzeit zur Diskussion steht.

### Kreditmarktverschuldung des Freistaats

Zum 31. Dezember 2003 meldete der Freistaat Schulden am Kreditmarkt<sup>3</sup> in Höhe von 20,3 Milliarden Euro. Gegenüber dem Vorjahr haben sich damit die Kreditmarktschulden um knapp 5,9% oder 1,1 Milliarden Euro erhöht.

Ausgehend von den Ende 1989 bestehenden 13,5 Milliarden Euro Kreditmarktschulden im engeren Sinn (also ohne Ausgleichsforderungen) sind die Kreditmarktschulden des Freistaates in den letzten 15 Jahren um 6,8 Milliarden Euro oder um mehr als die Hälfte gestiegen. Ende 1993 hatten sie eine Höhe von 15 534,5 Millionen Euro erreicht. In den beiden folgenden Jahren verringerten sich die Kreditmarktschulden wieder, bis Ende 1994 um 952,0 Millionen Euro auf 14 582,5 Millionen Euro und ein Jahr später um 286,3 Millionen Euro auf 14 296,2 Millionen Euro. In den Jahren 1996 bis 1998 erfolgte dann ein weiterer Anstieg der Kreditmarktverschuldung auf 18 537,4 Millionen Euro. In den nächsten beiden Jahren verzeichnete der Freistaat wieder einen Abbau von Kreditmarktschulden, 1999 ging die Nettoneuverschuldung<sup>4</sup> um 259,1 Millionen Euro und 2000 um weitere 313,8 Millionen Euro auf einen Schuldenstand von 17 964,4 Millionen Euro zurück.

Seither stiegen die Kreditmarktschulden wieder an. Bis Ende 2001 erhöhten sie sich leicht um fast 199,2 Millionen Euro auf 18 163,6 Millionen Euro. Sie lagen damit geringfügig unter dem Schuldenstand von Ende 1999 (knapp 18,3 Milliarden Euro). Im Jahr 2002 kamen weitere 1 018,9 Millionen Euro Schulden hinzu und ließen den Schuldenstand des Freistaats am Kreditmarkt über die bisherige

<sup>2</sup> Falls die Wertpapiersschulden unverzinsliche Schatzanweisungen oder Finanzierungsschätze enthalten, ist noch die Differenz zwischen ihren Nominalwerten und ihren abgezinsten Werten zu berücksichtigen. In der Schuldenstatistik werden diese Wertpapiere nur mit dem abgezinsten Betrag erfaßt. Nach dem Maastricht-Vertrag sind entsprechend dem Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen alle Schulden zum Nominalwert nachzuweisen.

<sup>3</sup> Kreditmarktschulden hier immer einschließlich der Vorkriegsauslandsschulden in Höhe von 689 576,80 Euro. Auf die „Interne Kreditaufnahme“ beim Grundstock – Teil Privatisierungserlöse – wird anschließend eingegangen.

<sup>4</sup> Saldo aus Schuldenaufnahmen, Tilgungen und sonstigen Schuldenu- und -abgängen.

### Schulden des Freistaats Bayern seit 1998

Tab. 1

Art der Schulden	Schuldenstand am 31. Dezember						Schulden- auf- nahmen	Schulden- tilgungen	Verände- rung des Schulden- stands 2002 gegenüber 2003
	1998	1999	2000	2001	2002	2003			
	Millionen €								%
Schulden am Kreditmarkt <sup>1</sup> .....	18 537,4	18 278,3	17 964,4	18 163,6	19 182,6	20 305,5	2 895,5	1 772,5	5,9
dar. Wertpapiersschulden .....	3 146,0	3 400,6	3 286,0	3 032,9	3 729,5	4 339,0	1 200,0	590,5	16,3
bei Kreditinstituten <sup>2</sup> .....	14 961,3	14 447,6	14 120,2	14 274,8	14 006,9	13 898,2	975,7	1 123,1	- 0,8
bei Sozialversicherungsträgern <sup>3</sup> .....	10,2	10,2	-	-	-	-	-	-	-
bei inländ. Versicherungsunternehmen .....	419,8	419,8	558,3	820,9	1 406,1	2 013,4	719,8	58,8	43,2
Schulden bei öffentlichen Haushalten .....	2 533,6	2 448,9	2 338,6	2 265,9	2 131,4	1 997,3	26,2	68,1	- 6,3
<b>Schulden insgesamt</b>	<b>21 070,9</b>	<b>20 727,2</b>	<b>20 303,0</b>	<b>20 429,5</b>	<b>21 314,0</b>	<b>22 302,9</b>	<b>2 921,7<sup>4</sup></b>	<b>1 840,6<sup>4</sup></b>	<b>4,6</b>
Kassenverstärkungskredite .....	-	-	-	-	-	1 092,3	1 092,3	X	-
Bürgschaften <sup>5</sup> .....	3 076,7	3 101,2	3 247,3	3 477,8	3 780,4	3 979,4	X	X	5,3

<sup>1</sup> Schuldenstand einschl. 0,7 Mill. € Vorkriegsauslandsschulden.

<sup>2</sup> Einschl. ausländische Stellen.

<sup>3</sup> Einschl. öffentliche Zusatzversorgungseinrichtungen.

<sup>4</sup> Ohne sonstige Schuldenu- bzw. -abgänge.

<sup>5</sup> Einschl. Garantien und sonstige Gewährleistungen.

<sup>6</sup> Schulden Dritter, für die der Freistaat Bayern den Schuldendienst voll übernommen hat; bei teilweiser Übernahme erfolgte eine Umrechnung auf den entsprechenden (geringeren) Vollverrentungswert; derzeit bestehen nur noch Darlehen aus dem kommunalen Schulhausbau.

ge Höchstgrenze von Ende 1998 (18,5 Milliarden Euro) auf 19 182,6 Millionen Euro ansteigen. Für das vorliegende Jahr 2003 ergab sich eine Nettoneuverschuldung von 1 123,0 Millionen Euro, die die Kreditmarktverschuldung des Freistaats auf 20 305,5 Millionen Euro anwachsen ließ. Dies bedeutet pro Kopf der Bevölkerung Bayerns eine Erhöhung der Kreditmarktverschuldung um 85 Euro von 1 553 Euro auf 1 638 Euro. Damit weist der Freistaat, was Zuwachs und absoluten Stand betrifft, weiterhin eine erheblich geringere Kreditmarktverschuldung pro Einwohner aus als die übrigen Bundesländer. Die Pro-Kopf-Verschuldung der nächst platzierten Bundesländer wuchs um 171 Euro auf 2 617 Euro (Sachsen) bzw. um 200 Euro auf 3 340 Euro (Baden-Württemberg).

### „Interne Kreditaufnahme“ beim Grundstock

Die obigen Zahlen berücksichtigen nicht die seit 1994 erfolgten „internen Kreditaufnahmen“ des Freistaats bei seinem Sondervermögen Grundstock<sup>5</sup> – Teil Privatisierungserlöse. Bei den vom Grundstock – Teil Privatisierungserlöse – bereitgestellten Mitteln handelt es sich um Erlöse, die beim Verkauf von staatlichen Beteiligungen und Betrieben in die Kasse des Freistaats geflossen sind und vorübergehend, bis zu ihrer Wiederverwendung für den Erwerb von Grundstockvermögen (Artikel 81 der Verfassung des Freistaats), im Rahmen der Kassendisposition genutzt werden. Dadurch konnten Kreditaufnahmen am Kreditmarkt zeitlich aufgeschoben und Kreditmarktzinsen eingespart werden. Entsprechend den Reinvestitionsmaßnahmen in das Grundstockvermögen – Teil Privatisierungserlöse – werden diese „Kredite“ durch Fremdmittel ersetzt und die externe Schuldenaufnahme nachgeholt. Bis dahin bleiben sie bei der statistischen Schuldenstandsberechnung unberücksichtigt, da sie dort weder als Fremdmittel noch als innere Darlehen einzuordnen sind.

### „Interne Kreditaufnahme“ und Kreditmarktverschuldung

Durch diese Betrachtungsweise wird aber letztendlich der Schuldenanfall beim Freistaat nach seiner zeitlichen Entstehung nicht vollständig wiedergegeben. Im Jahr der Verwendung der „internen Kredite“ im Haushalt werden die Nettoneuverschuldung und der Schuldenstand in Höhe dieser Zwischenfinanzierungsmittel zu niedrig ausgewiesen. Bei der Tilgung dieser Mittel wird die Verschuldung nachgeholt und die Nettoneuverschuldung fällt entsprechend höher aus, als dies sonst für die Finanzierung des Haushalts des entsprechenden Jahres nötig gewesen wäre.

In Tabelle 2 sind jeweils zum Ende eines Jahres neben den Kreditmarktschulden des Freistaats, wie sie die amtliche Schuldenstatistik ausweist, die „internen Kreditaufnahmen“ und in der Spalte „Insgesamt“ die Summe aus beiden Beträgen dargestellt. Die Spalte

**Kreditmarktschulden und „interne Kreditaufnahme“ beim Grundstock – Teil Privatisierungserlöse – des Freistaats Bayern 1994 bis 2003**

Tab. 2

Jahr	Schulden des Landes am Kreditmarkt <sup>1</sup> am 31. Dezember	„Interne Kreditaufnahme“ beim Grundstock – Teil Privatisierungserlöse	Insgesamt
Millionen €			
1994 <sup>2</sup> .....	14 582,5	1 278,0	15 860,5
1995 .....	14 296,2	2 384,3	16 680,5
1996 .....	16 280,1	1 339,5	17 619,6
1997 .....	17 761,2	1 081,4	18 842,6
1998 .....	18 537,4	734,5	19 271,9
1999 .....	18 278,3	528,0	18 806,3
2000 .....	17 964,4	437,5	18 401,9
2001 .....	18 163,6	809,9	18 973,5
2002 .....	19 182,6	250,2	19 432,8
2003 .....	20 305,5	216,8	20 522,3

<sup>1</sup> Einschl. Altschulden gemäß Londoner Abkommen.

<sup>2</sup> Ohne Ausgleichsforderungen.

„Insgesamt“ zeigt die Kreditmarktverschuldung des Freistaats die sich ergeben hätte, wenn anstelle der Grundstockmittel Kredite vom Kapitalmarkt eingesetzt worden wären.

Der Grundstock – Teil Privatisierungserlöse – stellte erstmals 1994 knapp 1,3 Milliarden Euro zur Verfügung, die er im darauf folgenden Jahr auf 2 384,3 Millionen Euro erhöhte und dann schrittweise bis Ende 2000 auf 437,5 Millionen Euro verminderte. Ende 2001 sind die nicht reinvestierten Erlöse aufgrund von Verkäufen aus dem Grundstockvermögen kurzfristig wieder auf 809,9 Millionen Euro angewachsen und haben sich bis zum Ende des Berichtsjahrs 2003 auf 216,8 Millionen Euro reduziert.

Die Kreditmarktverschuldung des Freistaats einschließlich der „internen Kreditaufnahme“ (Spalte „Insgesamt“, Tabelle 2) lag im Jahr 1994 bei 15 860,5 Millionen Euro und 1995 bei 16 680,5 Millionen Euro. Gegenüber dem Kreditmarktschuldenstand von 1993 (15,5 Milliarden Euro) ergab sich damit für die Jahre 1994 und 1995 eine Zunahme der Verschuldung, die sich auch die nächsten drei Jahre fortsetzte. Bis Ende 1998 stieg die Verschuldung auf 19 271,9 Millionen Euro. In den beiden nächsten Jahren verringerte sie sich auf 18 401,9 Millionen Euro (Ende 2000). Danach nahm sie wieder zu und erreichte Ende 2003 20 522,3 Millionen Euro. Pro Kopf der bayerischen Bevölkerung errechneten sich daraus Schulden von 1 655 Euro. Auch nach dieser Rechnung bleibt der Freistaat weiterhin mit deutlichem Abstand vor Sachsen (2 617 Euro) das Land mit der geringsten Kreditmarktverschuldung je Einwohner.

<sup>5</sup> Sondervermögen gemäß Artikel 81 der Verfassung des Freistaats.

### Verschuldung bei öffentlichen Haushalten seit 1994 rückläufig

Die Schulden des Freistaats bei öffentlichen Haushalten betrugen am 31. Dezember 2003 1 997,3 Millionen Euro und waren damit um 6,3% oder 134,1 Millionen Euro niedriger als im Jahr davor. Der seit 1994 festzustellende jährliche Rückgang der Verschuldung des Freistaats bei öffentlichen Haushalten (Stand Ende 1993: 2 639,9 Millionen Euro) hat sich auch im Berichtszeitraum fortgesetzt.

Die Schulden am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten zusammen beliefen sich am Ende des Berichtszeitraums auf fast 22 302,9 Millionen Euro. Sie erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 4,6% oder 988,9 Millionen Euro. Pro Einwohner ergeben sich daraus 1 799 Euro Schulden. Rechnet man den „internen Kredit“ vom Grundstock – Teil Privatisierungserlöse – zur fundierten Verschuldung des Freistaats hinzu, steigt die Verschuldung auf 22 519,7 Millionen Euro oder 1 816 Euro pro Einwohner (2002: 1 745 Euro). Auch nach dieser Rechnung bleibt Bayern weiterhin mit Abstand das Land mit der niedrigsten fundierten Staatsverschuldung unter allen Bundesländern. Das Land Sachsen, das als einziges der neuen Bundesländer auch bei öffentlichen Kassen verschuldet ist, folgt mit 2 620 Euro pro Einwohner vor Baden-Württemberg mit 3 494 Euro. Die meisten Schulden pro Einwohner unter den

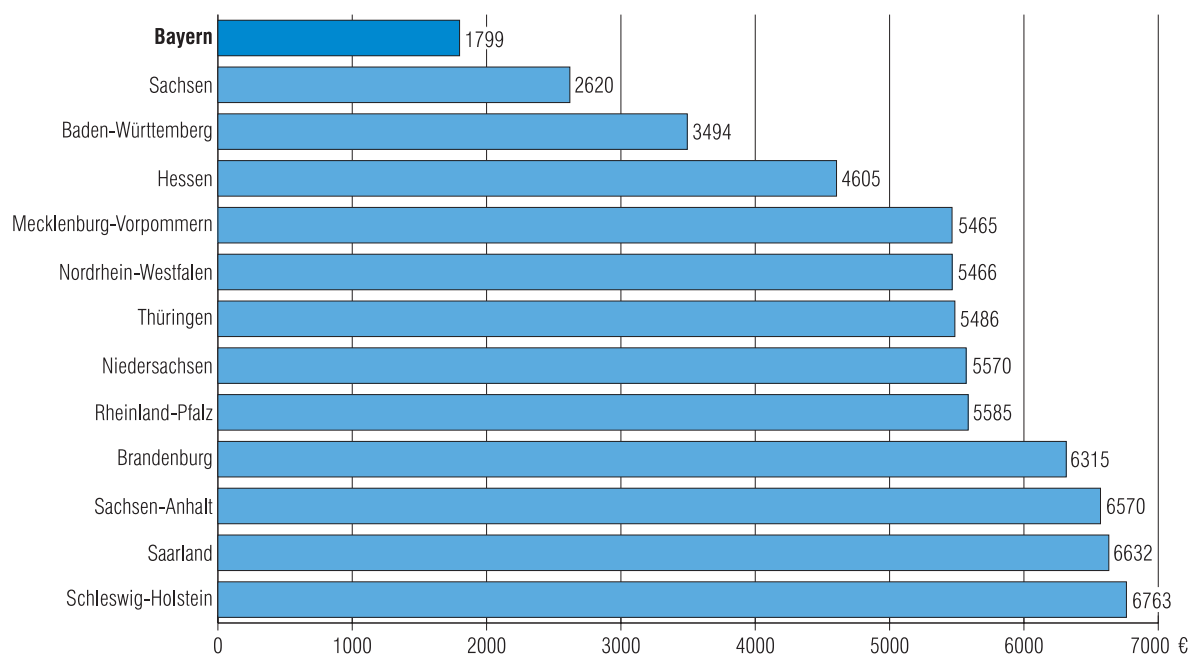
Flächenländern entfallen auf Schleswig-Holstein (6 763 Euro), gefolgt vom Saarland (6 632 Euro) und Sachsen-Anhalt (6 570 Euro).

Die statistisch ausgewiesene fundierte Verschuldung des Freistaats in Höhe von 22 302,9 Millionen Euro bestand zu 91,0% aus Kreditmarktschulden und zu 9,0% aus Schulden bei öffentlichen Haushalten. Letztere setzten sich aus Darlehen des Bundes zusammen, die fast ausschließlich für Zwecke des sozialen Wohnungsbaus bereitgestellt wurden. Von seinen Kreditmarktschulden erhöhte der Freistaat die direkten Darlehen um 3,3% oder 513,5 Millionen Euro auf knapp 15 966,6 Millionen Euro und seine Wertpapierschulden um 16,3% oder 609,5 Millionen Euro auf rund 4 339,0 Millionen Euro. Der Anteil der Wertpapierschulden an den Kreditmarktschulden des Freistaats ist im Berichtsjahr von 19,4% auf 21,4% gestiegen.

Der obige Schuldenstand enthält nicht die vom Freistaat eingegangenen Bürgschaften und Verrentungsschulden, die in der Schuldenstatistik nur nachrichtlich erfaßt werden. Die Bürgschaften einschließlich der Garantien und der sonstigen Gewährleistungen stellen potentielle Zahlungsverpflichtungen dar, die zukünftig zu Haushaltsausgaben führen können. Die Haftungssummen sind seit Ende 1998 um etwas über 900 Millionen Euro auf 3 979,4 Millionen Euro gestiegen, wobei sich für das Berichtsjahr ein Anstieg von rund 200 Millionen Euro ergab. Diese Eventualverbindlichkeiten

### Staatsschulden der Flächenländer Deutschlands (Stand: 31. Dezember 2003)

Schulden des jeweiligen Landes am Kreditmarkt und bei öffentlichen Haushalten je Einwohner\* in Euro



\*Einwohnerstand: 30. Juni 2003.



ging der Freistaat überwiegend für Zwecke der allgemeinen Wirtschaftsförderung ein.

In bestimmten Fällen hat der Freistaat die Tilgung und die Zinszahlungen für Kredite, die bereits vor 1975 von kommunalen Körperschaften begründet wurden, voll oder teilweise übernommen. Diese Schuldverpflichtungen, auch Verrentungsschulden genannt, bestehen derzeit nur noch für Darlehen aus dem kommunalen Schulhausbau und sind in der Zwischenzeit größtenteils getilgt. Im Jahr 2003 reduzierte der Freistaat den noch nicht getilgten Restbetrag von 2,9 Millionen Euro auf 1,1 Millionen Euro. Neben den Tilgungen fielen Zinsen in Höhe von 0,2 Millionen Euro an.

Ende 2003 nahm der Freistaat noch 1 092,3 Millionen Euro als Kassenverstärkungskredite auf. Diese kurzfristigen Darlehen dienten zur Abdeckung von Liquiditätsbedürfnissen zum Jahresende.

Weitere Verbindlichkeiten ist der Freistaat nicht eingegangen. Belastungen, die bei der Berechnung der Konvergenzkriterien nach dem Maastricht-Vertrag zu berücksichtigen sind, wie Schulden aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften und Wertpapierschulden aus unverzinslichen Schatzanweisungen und Finanzierungsschätzen, die nach Maastricht einer Nominalwertkorrektur bedürfen, bestanden nicht.

### Schuldenaufnahmen nehmen wieder zu

Die Schuldenaufnahmen (brutto, also vor Tilgungen) sind seit ihrem Höchststand von 4 856,6 Millionen Euro Ende 1996 bis Ende 2000 auf 1 131,2 Millionen Euro zurückgegangen. Seither nehmen sie wieder zu. Im Berichtszeitraum haben sie sich um rund 16% von 2 514,9 Millionen Euro auf 2 921,7 Millionen Euro erhöht. Davon wurden 1 200,0 Millionen Euro durch die Emission von Wertpapieren, 975,7 Millionen Euro auf dem Kreditmarkt als direkte Darlehen von inländischen Kreditinstituten (Banken, Sparkassen und sonst. Kreditinstituten und ausländischen Stellen) und 719,8 Millionen Euro bei inländischen Versicherungsunternehmen beschafft. Weitere 26,2 Millionen Euro überwies der Bund als zweckgebundene öffentliche Darlehen für den Wohnungsbau. Nur die Aufnahme direkter Darlehen bei inländischen Kreditinstituten hat sich im Vergleich zum Vorjahr verringert.

Die Einteilung der Kredite nach Fristen erfolgt seit 1998 entsprechend den Regelungen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG 1995). Danach werden als „kurzfristig“ Kredite mit einer Laufzeit bis einschließlich einem Jahr bezeichnet, als „mittelfristig“ Kredite über einem Jahr bis unter fünf Jahren, und als „langfristig“ gelten Kredite mit einer Laufzeit von

fünf oder mehr Jahren. Nach dieser Definition setzen sich die neu im Berichtsjahr aufgenommenen Geldmittel (Kredite vom Kreditmarkt und von öffentlichen Haushalten) zu 3,6% aus kurzfristigen, zu 12,3% aus mittelfristigen und zu 84,1% aus langfristigen Mitteln zusammen. Letztere sind im Vergleich zum Vorjahr von 2 339,9 Millionen Euro auf 2 456,4 Millionen Euro gestiegen, die mittelfristigen Kredite haben sich von 175,0 Millionen Euro auf 360,3 Millionen Euro erhöht, und zusätzlich wurden im Berichtsjahr vom Freistaat 105,0 Millionen Euro kurzfristige Kredite nachgefragt.

Im Jahr 2003 tilgte der Freistaat 1 840,6 Millionen Euro Schulden, 295,9 Millionen Euro (19,2%) mehr als im Jahr davor. Von den Rückzahlungen wurden 64,2% oder 1 181,9 Millionen Euro zur Tilgung von direkten Darlehen, 32,1% oder 590,5 Millionen Euro zum Abbau von Wertpapierschulden in Form von Landesobligationen und Landesschatzanweisungen und 68,1 Millionen Euro zur Verminderung der Schulden beim Bund verwendet. Die Schuldentilgungen beim Bund waren um 6,8 Millionen Euro niedriger als im Vorjahr.

Nicht in diesen Zahlen enthalten ist die Verminderung der „internen Verschuldung“ beim Grundstock – Teil Privatisierungserlöse – um 33,4 Millionen Euro auf 216,8 Millionen Euro.

Neben den aufgenommenen Krediten und Schuldentilgungen können sonstige Schuldenu- und Schuldenabgänge, die dem Staat weder Haushaltsmittel zuführen noch entziehen, die Höhe der Netto-neuverschuldung beeinflussen. Im Bereich der Kreditmarkverschuldung hielten sich die sonstigen Schuldenu- und -abgänge mit jeweils 65,0 Millionen Euro die Waage. Bei diesen Posten handelte es sich lediglich um Umbuchungen aufgrund von erfolgten Abtretungen. Die im Laufe des Jahres 2003 von inländischen Banken und Sparkassen und von inländischen Versicherungsunternehmen an inländische Bausparkassen und ausländische Stellen abgetreten Schulscheinforderungen wurden umgebucht. Durch diese Berichtigung der Gläubigerpositionen veränderte sich an der Verschuldungshöhe des Freistaats nichts. Im Bereich der Schulden bei öffentlichen Haushalten ergab sich eine Verschuldungsminderung. Bei den vom Bund für den Wohnungsbau bereitgestellten Mitteln verbuchte der Freistaat fast 92,2 Millionen Euro sonstige Schuldenabgänge. Dieser Betrag setzt sich zusammen aus rund 31,3 Millionen Euro Bundesanteil aus Rückflüssen bei Wohnungsbaudarlehen und aus Umwandlungen von Darlehen für den Wohnungsbau in Zuschüsse in Höhe von 60,9 Millionen Euro. Im Vorjahr konnte der Freistaat so seine Schulden bei öffentlichen Haushalten um 85,7 Millionen Euro nach unten berichtigen.

**Auch der Zinsaufwand steigt wieder**

Für seine aufgenommenen Kredite hatte der Freistaat im Jahr 2003 1 031,0 Millionen Euro Zinsen zu leisten. Nachdem 1996 die Zinsaufwendungen mit 925,0 Millionen Euro den niedrigsten Stand seit 1984 erreicht hatten, stiegen diese bis Ende 1998 auf 1 063,7 Millionen Euro. Danach sind die Aufwendungen für Zinsen wieder gesunken, bis Ende 2002 um 100,6 Millionen Euro auf 963,1 Millionen Euro. Im Jahr 1999 haben sich die Zinszahlungen um 2,3 Millionen Euro, 2000 um 41,5 Millionen Euro, 2001 um 46,5 Mil-

lionen Euro und 2002 um weitere 10,3 Millionen Euro verringert. Im Berichtszeitraum ergab sich ein Anstieg der Zinsausgaben des Freistaats um knapp 7,1 % oder um 67,9 Millionen Euro. Der gesamte Schuldendienst (Tilgungen einschließlich Zinsen) belief sich 2003 auf 2 871,6 Millionen Euro und war damit um 363,8 Millionen Euro höher als im Vorjahr. Gemessen an der fundierten Verschuldung in Höhe von 21 314,0 Millionen Euro zum 31. 12. 2002 betrug 2003 der Schuldendienst 13,5%. Im Vorjahr lag die Quote bei 12,3%.

## Tabellen zum Bayerischen Zahlenspiegel

1 Nach dem Ereignisort.  
2 Nach der Wohngemeinde der Mutter; p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.  
3 Ohne Totgeborene; nach der Wohngemeinde der Verstorbenen;  
p = vorläufige Ergebnisse nach dem Ereignisort.  
4 Ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden.

5 Auswertungen aus der Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit; an Stelle von  
 6 Monatsdurchschnitten errechnete Jahresdurchschnitte.  
 7 Einschließlich Fälle ohne Angabe zur Wirtschaftsgliederung.  
 8 Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2003			2004			
		Monatsdurchschn.		Juli	August	Sept.	Juni	Juli	August	Sept.
Landwirtschaft										
Schlachtungen <sup>1</sup>										
Rinder (ohne Kälber) .....	1 000	93,3	88,1	91,2	81,5	96,4	88,2	78,9	80,2	85,8
Kälber .....	1 000	4,2	3,7	3,1	2,7	3,8	3,3	3,0	3,1	3,4
Schweine .....	1 000	460,1	444,1	448,8	383,5	463,0	446,1	402,9	415,3	420,6
darunter Hausschlachtungen .....	1 000	13,8	12,5	6,6	5,4	7,6	7,3	6,5	6,0	5,7
Schafe .....	1 000	10,2	9,7	7,9	6,5	9,4	8,7	8,4	7,4	8,9
Durchschnittliches Schlachtgewicht <sup>2</sup>										
Rinder (ohne Kälber) .....	kg	341,2	341,1	339,0	335,3	339,2	342,5	339,7	336,0	337,4
Kälber .....	kg	96,7	98,9	99,6	100,3	102,5	103,9	108,4	99,0	101,6
Schweine .....	kg	93,3	93,5	92,2	91,5	92,4	92,5	91,7	91,4	92,5
Schafe .....	kg	19,3	19,3	19,9	19,1	19,3	19,5	19,7	19,5	19,5
Gesamtschlachtgewicht <sup>3</sup>										
Gewerbl. Schlachtungen u. Hausschl. (ohne Geflügel) .....	1 000 t	75,6	72,2	72,8	62,8	76,1	72,1	64,3	65,4	68,4
darunter Rinder (ohne Kälber) .....	1 000 t	32,0	30,1	30,9	27,3	32,7	30,2	26,8	26,9	28,9
Kälber .....	1 000 t	0,4	0,4	0,3	0,3	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
Schweine .....	1 000 t	42,9	41,5	41,4	35,1	42,8	41,3	36,9	37,9	38,4
Schafe .....	1 000 t	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,1	0,2
darunter										
* Gewerbliche Schlachtungen (ohne Geflügel) .....	1 000 t	73,5	70,4	71,7	61,9	74,8	70,9	63,2	64,4	67,4
darunter Rinder (ohne Kälber) .....	1 000 t	31,3	29,5	30,5	27,0	32,1	29,7	26,4	26,6	28,5
* Kälber .....	1 000 t	0,4	0,3	0,3	0,2	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3
* Schweine .....	1 000 t	41,7	40,4	40,8	34,6	42,1	40,6	36,4	37,4	38,4
* Schafe .....	1 000 t	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1
Geflügel										
Eingelegte Bruteier <sup>4</sup> für Legehennenküken .....	1 000	90,9	92,4	17,4	17,3	40,7	67,8	49,4	23,9	104,7
Masthühnerküken .....	1 000	5 150,6	5 163,6	4 909,2	5 324,9	5 249,5	5 865,9	5 951,8	5 060,4	5 095,2
* Konsumeier <sup>5</sup> .....	1 000	73 164	69 002	68 860	62 368	65 958	69 139	69 515	68 525	...
* Geflügelfleisch <sup>6</sup> .....	1 000 kg	6 722,6	7 442,5	8 022,4	6 391,9	7 793,3	7 301,2	7 018,7	6 795,8	8 352,3
Milcherzeugung und Milchverwendung										
Kuhmilcherzeugung .....	1 000 t	627,4	640,3	672,5	653,1	625,6	644,5	651,7	639,9	613,3
darunter Milchanlieferung an Molkereien <sup>7</sup> .....	%	92,0	92,6	93,4	93,4	93,4	92,7	93,3	93,3	93,3
Milchleistung je Kuh und Tag .....	kg	14,9	15,9	15,7	15,2	15,1	16,2	15,8	15,6	15,4
Trinkmilchabsatz der Molkereien <sup>8</sup> .....	1 000 t	68,6	73,2	77,4	70,9	76,9	72,9	71,8	69,1	70,0
darunter Vollmilch .....	1 000 t	36,1	36,9	38,7	35,0	39,3	35,1	35,4	33,1	34,1
Buttererzeugung der Molkereien <sup>8</sup> .....	1 000 t	5,5	5,3	5,3	4,5	4,7	5,4	5,0	4,6	4,5
Käseerzeugung der Molkereien <sup>8, 9</sup> .....	1 000 t	35,8	36,4	38,2	36,4	37,3	38,0	37,6	37,4	37,0
Quarkerzeugung der Molkereien <sup>8, 10</sup> .....	1 000 t	23,3	24,0	25,7	23,0	24,3	25,4	23,8	24,2	24,1
Getreideanlieferungen <sup>8, 11</sup>										
Roggen und Wintermenggetreide .....	1 000 t	12,3	8,8	21,7	14,1	5,5	1,7	9,5	152,3	...
Weizen .....	1 000 t	170,1	127,4	264,8	187,4	107,5	34,2	47,1	625,4	...
Gerste .....	1 000 t	72,6	57,7	301,4	84,9	72,9	11,9	147,5	355,2	...
Hafer und Sommermenggetreide .....	1 000 t	2,9	3,1	15,7	7,7	2,8	0,8	1,3	18,7	...
Vermahlung von Getreide <sup>8, 11</sup>										
Getreide insgesamt .....	1 000 t	83,1	84,2	89,4	80,6	87,9	83,2	63,6	81,4	...
darunter Roggen und -gemenge .....	1 000 t	12,2	12,7	13,5	12,3	12,7	13,2	9,2	11,8	...
Weizen und -gemenge .....	1 000 t	70,9	71,5	76,0	68,3	75,2	70,0	54,4	69,6	...
Vorräte bei den Erzeugern <sup>12,13</sup>										
Roggen und Wintermenggetreide .....	1 000 t	14,9	5,0	.	.	.	3,6	.	.	.
Weizen .....	1 000 t	245,2	226,5	.	.	.	179,2	.	.	.
Gerste .....	1 000 t	252,9	221,0	.	.	.	185,0	.	.	.
Hafer und Sommermenggetreide .....	1 000 t	42,8	36,6	.	.	.	42,7	.	.	.
Kartoffeln .....	1 000 t	.	.	.	.	.	.	.	.	.
Vorräte in zweiter Hand <sup>8, 11</sup>										
Roggen und Wintermenggetreide .....	1 000 t	46,3	32,9	34,3	40,2	35,2	20,4	23,5	169,2	...
Weizen .....	1 000 t	421,5	397,1	366,2	450,1	445,8	173,8	123,6	652,3	...
Gerste .....	1 000 t	397,5	342,3	434,3	478,6	467,1	154,2	233,5	556,1	...
Hafer und Sommermenggetreide .....	1 000 t	13,8	15,7	21,6	25,7	24,4	6,8	5,5	21,8	...
Mais .....	1 000 t	113,9	148,7	50,6	51,5	199,4	89,6	66,3	47,0	...
Gewerbliche Betriebe <sup>14</sup>										
* Betriebseröffnungen .....	1 000	8,7	10,1	10,2	10,1	10,2	11,7	12,1	11,0	12,1
* Betriebsschließungen .....	1 000	6,8	7,4	7,2	6,8	6,9	7,2	7,6	7,0	7,3

1 Gewerbliche Schlachtungen und Hausschlachtungen von Tieren inländischer und ausländischer Herkunft.

2 Von gewerblich geschlachteten Tieren inländischer Herkunft.

3 bzw. Schlachtmenge, einschl. Schlachtfette, jedoch ohne Innereien.

4 In Brütereien mit einem Fassungsvermögen von mindestens 1 000 Eiern ausschließlich des Schlupfraumes.

5 In Betrieben mit einer Haltungskapazität von mindestens 3 000 Legehennen.

6 Aus Geflügelschlachtungen in Geflügelschlachtereien mit einer Schlachtkapazität von mindestens 2 000 Tieren im Monat.

7 In Prozent der Gesamtmilcherzeugung.

8 Nach Angaben des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Forsten.

9 Hart-, Schnitt- und Weichkäse.

10 Sauermilch und Labquark, Rohkasein einschl. Ziger.

11 Anlieferung vom Erzeuger an Handel, Genossenschaften, Mühlen und sonstige Verarbeitungsbetriebe. In den Spalten "Monatsdurchschnitte" sind die Gesamtlieferungen im Jahr angegeben.

12 Nachweis nur für die Monate Juni und Dezember.

13 Bei Monatsdurchschnitt für 2001, 2002, 2003 jeweils der Wert vom Monat Juni.

14 Ohne Reisegewerbe.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2003			2004			
		Monatsdurchschn.		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.
Produzierendes Gewerbe										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden <sup>1</sup>										
* Betriebe <sup>2</sup> .....	Anzahl	7 915	7 934	7 945	7 946	7 931	7 779	7 791	7 790	7 790
* Beschäftigte .....	1 000	1 186	1 181	1 185	1 185	1 186	1 163	1 163	1 168	1 173
* darunter Arbeiter .....	1 000	710	699	704	704	703	685	687	691	692
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>3</sup> .....	1 000	x	147 679	158 207	128 261	153 102	146 986	152 929	135 805	152 003
* Bruttolohnsumme .....	Mill. €	1 725	1 730	1 786	1 670	1 679	1 890	1 753	1 687	1 661
* Bruttogehaltssumme .....	Mill. €	1 979	2 020	1 980	1 891	1 906	2 142	1 982	1 913	1 912
* Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) .....	Mill. €	21 314	21 759	23 000	19 156	23 851	24 750	24 264	21 715	25 423
davon										
* Vorleistungsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	Mill. €	x	5 877	6 160	5 272	6 787	6 861	6 413	6 115	7 188
* Investitionsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	Mill. €	x	10 628	11 221	8 932	11 307	12 225	12 016	10 083	12 231
* Gebrauchsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	Mill. €	x	981	992	710	1 114	975	990	760	1 109
* Verbrauchsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	Mill. €	x	3 640	3 917	3 588	3 946	3 819	3 925	3 847	3 991
* Energie <sup>4</sup> .....	Mill. €	x	633	709	653	696	871	919	909	903
* darunter Auslandsatz .....	Mill. €	9 345	9 632	10 093	8 362	10 452	11 395	10 963	9 406	11 465
Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden (1995 ± 100) <sup>1</sup>										
Verarbeitendes Gewerbe, Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	%	137,1	140,1	150,7	122,1	150,9	154,1	153,4	133,7	158,0
Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden .....	%	98,7	114,3	149,2	127,9	141,9	123,7	122,2	109,7	124,6
Verarbeitendes Gewerbe .....	%	137,4	140,3	150,7	122,1	151,0	154,3	153,6	133,8	158,3
Vorleistungsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	%	x	124,2	132,7	110,5	134,0	143,0	138,2	123,0	142,1
Investitionsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	%	x	169,1	180,8	142,9	182,1	188,2	187,8	158,6	195,2
Gebrauchsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	%	x	127,2	138,4	85,0	149,0	128,7	133,9	86,0	148,8
Verbrauchsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	%	x	115,0	126,6	107,5	122,8	117,5	118,5	113,0	119,6
Energie <sup>4</sup> .....	%	x	140,8	152,9	141,9	142,7	143,5	155,8	150,9	146,6
Index des Auftragseingangs im Verarbeitenden Gewerbe (preisbereinigt) (1995 ± 100) <sup>1</sup>										
Verarbeitendes Gewerbe <sup>5</sup> insgesamt .....	%	140,4	143,7	145,9	124,6	161,7	158,2	150,3	138,1	165,1
Inland .....	%	116,2	118,3	119,6	103,3	129,2	122,8	120,7	113,6	128,4
Ausland .....	%	177,0	182,2	185,7	156,8	211,0	211,7	195,0	175,0	220,5
Vorleistungsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	%	x	132,6	134,5	118,2	158,2	156,0	144,2	138,0	158,5
Investitionsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	%	x	162,6	165,7	135,6	176,2	176,0	166,6	147,6	182,0
Gebrauchsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	%	x	107,6	107,5	83,9	125,7	108,6	108,4	87,5	122,3
Verbrauchsgüterproduzenten <sup>4</sup> .....	%	x	99,1	98,3	113,3	113,8	94,5	105,4	117,4	119,0
Bierabsatz										
Bierabsatz insgesamt .....	1 000 hl	1 873	1 908	2 441	2 241	1 932	2 254	2 231	2 284	2 002
dav. Bier der Steuerklassen bis 10 .....	1 000 hl	98	100	150	146	84	134	148	145	100
11 bis 13 .....	1 000 hl	1 757	1 791	2 279	2 086	1 836	2 105	2 070	2 127	1 890
14 oder darüber .....	1 000 hl	18	17	12	9	12	15	13	12	12

1 Abweichungen gegenüber früher veröffentlichten Zahlen sind auf den Ersatz vorläufiger durch endgültige Ergebnisse zurückzuführen oder ergeben sich durch spätere Korrekturen.  
2 Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

3 Neue Merkmalsabgrenzung ab Januar 2003.  
4 Neue Definition der Hauptgruppen ab Januar 2003.  
5 Ohne Ernährungsgewerbe, Tabakverarbeitung, Mineralölverarbeitung und Recycling.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2003			2004			
		Monatsdurchschn.		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.
<b>Baugewerbe <sup>1</sup></b>										
* Bauhauptgewerbe/Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau <sup>2</sup>										
* Beschäftigte insgesamt <sup>3</sup> .....	Anzahl	151 542	141 481	148 515	148 168	149 028	136 574	136 793	136 662	137 609
darunter Facharbeiter einschl. Poliere und Meister .....	Anzahl	78 090	72 654	78 090	78 055	78 194	70 702	70 619	70 929	71 015
Fachwerker und Werker .....	Anzahl	24 008	21 846	23 681	23 801	23 681	20 774	21 644	21 891	21 792
gewerblich Auszubildende .....	Anzahl	7 797	6 993	6 716	6 361	7 251	6 481	6 279	6 057	6 911
* Geleistete Arbeitsstunden .....	1 000	14 298	13 502	18 489	13 103	17 357	15 649	16 154	13 133	15 816
* dav. für Wohnungsbauten .....	1 000	6 211	5 980	8 378	5 460	7 773	7 323	7 517	5 624	7 168
*   gewerbliche und industrielle Bauten <sup>4</sup> .....	1 000	4 052	3 857	4 974	3 988	4 602	4 043	4 234	3 966	4 231
*   Verkehrs- und öffentliche Bauten .....	1 000	4 035	3 665	5 137	3 655	4 982	4 283	4 403	3 543	4 417
* Löhne (Bruttosumme) .....	Mill. €	244,4	228,9	265,5	252,7	258,5	229,4	230,0	241,1	237,6
* Gehälter (Bruttosumme) .....	Mill. €	89,4	85,0	87,0	83,2	82,4	83,5	81,2	77,9	76,1
* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) .....	Mill. €	1 344,6	1 319,6	1 584,2	1 390,2	1 529,1	1 412,6	1 497,1	1 339,5	1 503,5
* dav. Wohnungsbau .....	Mill. €	478,1	489,8	606,4	502,9	542,8	591,6	626,7	509,3	555,5
*   gewerblicher Bau .....	Mill. €	477,3	454,8	529,3	505,9	518,3	422,9	451,5	479,3	474,0
*   öffentlicher und Straßenbau .....	Mill. €	389,2	375,0	448,6	381,4	468,0	398,1	418,9	350,9	474,1
Messzahlen (2000 ≙ 100)										
* Index des Auftragsengangs im Bauhauptgewerbe insg. ....	%	95,3	82,0	95,8	85,5	86,4	99,5	74,2	71,4	88,0
* davon Wohnungsbau .....	%	84,7	78,5	72,8	77,6	84,7	94,6	74,5	70,2	74,3
gewerblicher und industrieller Bau .....	%	98,3	78,9	95,0	72,7	74,4	91,1	66,9	63,5	81,1
öffentlicher und Verkehrsbau .....	%	100,4	88,1	114,7	105,1	100,3	112,1	81,8	80,6	105,8
darunter Straßenbau .....	%	101,0	98,3	164,9	107,8	102,0	139,3	82,3	81,0	126,5
* Ausbaugewerbe/Bauinstallation u. sonst. Ausbaugewerbe <sup>5, 6</sup>										
* Beschäftigte .....	Anzahl	51 246	47 777	.	.	48 990	44 192	.	.	...
* Geleistete Arbeitsstunden .....	1 000	5 023	4 778	.	.	15 059	13 128	.	.	...
* Löhne (Bruttosumme) .....	Mill. €	78,0	72,4	.	.	223,3	197,0	.	.	...
* Gehälter (Bruttosumme) .....	Mill. €	35,5	33,9	.	.	101,1	91,6	.	.	...
* Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer) .....	Mill. €	390,3	382,4	.	.	1 210,3	973,6	.	.	...
<b>Energieversorgung</b>										
* Betriebe .....	Anzahl	229	221	221	221	221	219	219	219	219
* Beschäftigte .....	Anzahl	30 250	30 109	30 051r	30 001r	30 627	30 269	30 169	30 173	30 571
* Geleistete Arbeitsstunden <sup>7</sup> .....	1000	3 857	3 508	4 140r	3 250r	3 788	3 777	3 981	3 595	3 830
* Brutto Lohn- und -gehaltssumme .....	Mill. Euro	101	104	99	95	91	105	99	95	94
* Stromerzeugung der Kraftwerke der allgemeinen Versorgung .....	Mill. kWh	6 523	6 186	5 221	5 687	6 140	6 481	5 306	5 532	...
* Erdgasgewinnung <sup>8</sup> .....	Mill. m³	0,8	0,3	0,1	0,1	0,1	...	...	...	...
* Erdgasbezug <sup>8</sup> .....	Mill. m³	866,4	860,1	482,2	442,6r	562,3	...	...	...	...
* Gasverbrauch <sup>8</sup> .....	Mill. m³	855,3	865,5	470,1	435,2r	559,6	...	...	...	...
<b>Handwerk (Messzahlen) <sup>9</sup></b>										
* Beschäftigte (Ende des Vierteljahres) (30.09.2003 ≙ 100) .....	%	.	.	.	.	85,9	95,5	.	.	...
* Umsatz <sup>10</sup> (VjD 2003 ≙ 100) (ohne Mehrwertsteuer) .....	%	.	.	.	.	106,2	100,5	.	.	...
<b>Bautätigkeit und Wohnungswesen</b>										
<b>Baugenehmigungen</b>										
* Wohngebäude <sup>11</sup> (nur Neu- und Wiederaufbau) .....	Anzahl	2 502	3 011	2 587	2 136	2 391	1 968	2 072	2 092	2 017
*   darunter mit 1 oder 2 Wohnungen .....	Anzahl	2 322	2 816	2 391	1 954	2 153	1 793	1 866	1 906	1 862
*   Umbauter Raum .....	1 000 m³	2 831	3 411	2 930	2 487	2 880	2 354	2 430	2 446	2 358
*   Veranschlagte reine Baukosten .....	Mill. €	674	803	685	586	690	563	578	589	567
* Wohnfläche <sup>12</sup> .....	1 000 m²	453	540	468	399	468	388	401	408	393
* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau) .....	Anzahl	693	658	864	660	714	791	764	696	635
*   Umbauter Raum .....	1 000 m³	3 750	3 375	3 813	2 999	4 269	3 207	3 321	2 868	3 099
*   Veranschlagte reine Baukosten .....	Mill. €	513	385	378	357	397	348	371	329	367
* Nutzfläche .....	1 000 m²	578	520	580	461	564	489	517	436	495
* Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen) .....	Anzahl	4 439	5 223	4 627	4 053	4 862	3 982	4 139	4 212	3 840
* Wohnräume <sup>13</sup> insgesamt .....	Anzahl	23 933	28 715	24 741	21 030	24 761	21 306	21 723	21 658	19 721
		2002	2003 <sup>14</sup>	2003 <sup>14</sup>			2004 <sup>14</sup>			
		Monatsdurchschn.		Juni	Jul	August	Mai	Juni	Jul	August
<b>Handel und Gastgewerbe</b>										
<b>Außenhandel</b>										
* Einfuhr insgesamt (Generalhandel) <sup>15</sup> .....	Mill. €	6 811,6	7 304,8	6 941,2	7 188,3	6 467,2	7 703,7	7 494,1	8 477,8	7 800,6
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft .....	Mill. €	358,9	381,3	410,3	384,7	386,2	407,8	373,1	407,5	356,3
*   Güter der gewerblichen Wirtschaft .....	Mill. €	6 452,7	6 445,6	6 071,0	6 318,0	5 658,0	6 709,4	6 521,4	7 404,6	6 828,8
*   davon Rohstoffe .....	Mill. €	521,1	596,3	507,6	470,5	538,8	567,2	696,5	580,2	686,5
*   Halbwaren .....	Mill. €	216,6	225,8	211,7	237,2	212,4	259,9	266,7	284,6	364,3
*   Fertigwaren .....	Mill. €	5 715,0	5 623,5	5 351,7	5 610,4	4 906,8	5 882,3	5 558,2	6 539,8	5 778,0
*   davon Vorerzeugnisse .....	Mill. €	503,3	533,2	528,6	541,8	451,2	560,7	615,7	585,2	700,2
*   Enderzeugnisse .....	Mill. €	5 211,7	5 090,3	4 823,1	5 068,6	4 455,6	5 321,7	4 942,4	5 954,6	5 077,8

1 Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 2003 (WZ 2003).

2 Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet.

3 Einschl. unbezahlt mithelfende Familienangehörige.

4 Einschl. landwirtschaftliche Bauten sowie für Unternehmen der Bahn und Post.

5 Ergebnisse der Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 oder mehr Beschäftigten.

6 Beim Ausbaugewerbe ab 1997 nur noch vierteljährliche Veröffentlichungen.

7 Seit Januar 2002 geleistete Stunden der gesamten Belegschaft

8 Umgerechnet auf einen oberen Heizwert = 35 169,12 kJ/m<sup>3</sup>.

9 Ohne handwerkliche Nebenbetriebe, Beschäftigte einschl. tätiger Inhaber; beim Handwerk kein Monatsdurchschnitt, da eine vierteljährliche Erhebung.

10 Die Messzahlen beziehen sich auf ein Vierteljahresergebnis, die Angaben erscheinen unter dem jeweils letzten Quartalsmonat.

11 Einschl. Wohnheime.

12 Ohne Wohnflächen in sonstigen Wohneinheiten.

13 Einschl. Küchen und Räume in sonstigen Wohneinheiten.

14 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

15 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.



Bezeichnung	Einheit	2002	2003 <sup>1</sup>	2003 <sup>1</sup>			2004 <sup>1</sup>			
		Monatsdurchschn.		Juni	Juli	August	Mai	Juni	Juli	August
Noch: Außenhandel, Einfuhr insgesamt										
darunter <sup>2</sup> aus										
* Europa .....	Mill. €	4 668,6	5 261,5	5 036,3	5 391,6	4 555,1	5 123,7	5 243,3	5 753,6	5 320,8
* darunter aus EU-Ländern <sup>3</sup> insgesamt .....	Mill. €	3 941,6	4 467,6	4 321,6	4 526,2	3 860,8	4 298,8	4 327,9	4 886,2	4 468,6
davon aus Belgien .....	Mill. €	149,3	196,2	141,4	242,2	157,8	175,3	188,1	217,2	208,5
Dänemark .....	Mill. €	45,0	53,7	59,6	40,9	50,5	50,9	57,3	45,5	56,8
Estland .....	Mill. €	2,7	3,3	3,8	3,7	2,3	1,7	2,9	2,7	2,2
Finnland .....	Mill. €	35,6	44,0	52,2	43,0	22,8	34,9	43,0	37,7	51,5
Frankreich .....	Mill. €	441,4	487,9	505,9	472,0	468,6	500,7	474,3	599,8	448,8
Griechenland .....	Mill. €	24,0	28,2	24,6	32,7	22,8	24,1	32,3	30,6	24,7
Irland .....	Mill. €	95,8	113,0	83,9	103,0	90,0	99,9	129,9	109,4	129,6
Italien .....	Mill. €	612,1	683,8	650,7	746,7	583,8	681,8	703,8	677,4	604,6
Lettland .....	Mill. €	5,8	6,3	6,0	5,4	6,1	3,9	7,1	5,0	7,6
Litauen .....	Mill. €	4,1	4,8	4,6	4,0	7,3	2,9	4,5	3,7	7,9
Luxemburg .....	Mill. €	10,4	12,6	13,0	17,8	12,2	9,2	12,8	9,2	17,8
Malta .....	Mill. €	8,8	6,6	6,7	6,3	6,3	4,5	4,8	5,4	5,1
Niederlande .....	Mill. €	237,5	348,2	430,4	297,9	321,6	315,2	327,8	437,5	438,1
Österreich .....	Mill. €	641,9	761,3	656,7	794,6	720,9	882,3	862,8	1 036,5	889,7
Polen .....	Mill. €	108,7	125,5	115,5	149,0	108,5	138,0	109,7	113,7	124,8
Portugal .....	Mill. €	91,6	127,4	136,6	133,0	90,1	68,6	78,3	82,8	72,5
Schweden .....	Mill. €	71,5	88,7	105,5	89,7	80,9	81,7	84,0	82,7	92,3
Slowakei .....	Mill. €	55,6	65,7	64,0	68,3	63,5	73,8	67,3	63,3	101,9
Slowenien .....	Mill. €	58,0	54,9	56,4	59,9	43,0	41,1	53,4	51,8	47,0
Spanien .....	Mill. €	114,3	142,4	145,6	158,3	99,0	137,9	138,9	169,8	150,0
Tschechische Republik .....	Mill. €	385,3	415,8	400,3	435,5	357,2	331,8	297,4	311,2	298,4
Ungarn .....	Mill. €	363,9	327,2	318,3	388,7	251,3	234,4	201,5	331,6	229,7
Vereinigtes Königreich .....	Mill. €	377,8	369,6	339,6	366,3	294,1	404,0	441,7	461,1	456,4
Zypern .....	Mill. €	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,3	4,2	0,7	2,8
* Afrika .....	Mill. €	206,4	208,4	173,5	165,3	192,7	204,8	169,4	213,9	214,6
* Amerika .....	Mill. €	754,9	700,0	708,9	648,9	693,4	999,7	780,7	1 085,1	963,4
darunter aus den USA .....	Mill. €	671,9	624,9	639,9	569,3	640,5	916,7	676,4	982,6	845,1
* Asien <sup>4</sup> .....	Mill. €	1 173,5	1 127,4	1 013,6	975,9	1 017,5	1 365,3	1 292,1	1 414,7	1 293,2
darunter aus Japan .....	Mill. €	266,0	214,9	209,8	187,2	184,3	225,5	256,9	250,2	219,8
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete .....	Mill. €	7,1	6,6	8,5	6,3	6,3	8,6	8,6	10,2	7,6
* Ausfuhr insgesamt (Spezialhandel) <sup>5</sup> .....	Mill. €	8 163,5	8 857,2	8 456,7	9 289,2	7 791,7	9 676,3	10 131,8	10 278,9	9 018,4
* darunter Güter der Ernährungswirtschaft .....	Mill. €	371,9	392,8	393,4	411,8	408,8	377,7	407,8	478,2	405,7
* Güter der gewerblichen Wirtschaft .....	Mill. €	7 791,6	8 101,3	7 723,0	8 494,7	7 078,0	8 839,0	9 235,4	9 314,0	8 186,5
* davon Rohstoffe .....	Mill. €	54,8	52,9	66,0	56,0	38,3	55,9	53,5	53,7	43,4
* Halbwaren .....	Mill. €	225,4	266,1	255,7	279,5	244,6	306,5	337,4	331,6	327,6
* Fertigwaren .....	Mill. €	7 511,5	7 782,3	7 401,3	8 159,3	6 795,1	8 476,6	8 844,4	8 928,7	7 815,5
* davon Vorerzeugnisse .....	Mill. €	611,5	609,3	628,5	649,8	577,1	687,6	708,5	681,7	613,2
* Enderzeugnisse .....	Mill. €	6 900,0	7 173,0	6 772,8	7 509,5	6 218,0	7 789,0	8 135,9	8 247,0	7 202,2
darunter <sup>2</sup> nach										
* Europa .....	Mill. €	5 408,9	6 085,1	5 955,9	6 498,3	5 248,0	6 575,4	6 996,5	6 989,4	6 105,3
* darunter in EU-Länder <sup>3</sup> insgesamt .....	Mill. €	4 726,7	5 359,8	5 158,3	5 685,7	4 554,0	5 702,8	6 064,4	6 040,3	5 291,0
davon nach Belgien .....	Mill. €	238,5	277,3	254,1	292,5	225,5	292,5	323,1	304,7	274,5
Dänemark .....	Mill. €	82,7	91,4	86,2	96,2	99,4	114,5	114,1	89,5	107,7
Estland .....	Mill. €	5,9	7,0	7,6	6,3	6,5	13,7	8,6	9,4	11,6
Finnland .....	Mill. €	67,5	71,0	71,8	68,6	68,6	74,8	84,7	106,0	82,4
Frankreich .....	Mill. €	640,2	716,9	708,8	763,5	558,4	772,1	856,4	827,7	638,3
Griechenland .....	Mill. €	60,2	72,9	78,0	79,5	56,0	86,3	81,1	85,6	84,4
Irland .....	Mill. €	41,7	36,5	29,4	30,8	28,3	41,8	39,9	37,2	28,3
Italien .....	Mill. €	699,6	793,5	786,8	836,8	595,7	877,0	939,4	920,3	724,2
Lettland .....	Mill. €	7,2	7,8	10,1	8,2	7,7	10,5	7,8	6,1	8,1
Litauen .....	Mill. €	15,0	15,7	17,8	17,1	16,1	16,5	13,6	13,0	28,0
Luxemburg .....	Mill. €	24,4	26,3	26,1	26,1	22,8	33,0	35,3	30,5	32,8
Malta .....	Mill. €	3,7	4,2	5,2	5,5	2,8	4,2	3,3	2,9	5,7
Niederlande .....	Mill. €	275,1	315,0	301,4	323,4	266,9	326,7	333,7	354,4	304,7
Österreich .....	Mill. €	563,0	680,3	639,2	653,7	640,7	716,2	720,9	846,9	730,1
Polen .....	Mill. €	140,1	159,3	178,0	183,8	154,0	242,3	195,3	178,0	188,6
Portugal .....	Mill. €	66,8	67,1	63,7	71,1	84,4	75,4	70,5	80,1	68,6
Schweden .....	Mill. €	156,1	179,5	165,7	140,2	152,3	216,4	217,3	152,8	204,9
Slowakei .....	Mill. €	49,2	64,3	68,6	77,6	61,1	88,8	68,3	62,5	70,5
Slowenien .....	Mill. €	34,0	36,4	40,2	40,0	32,9	47,7	42,6	36,2	32,2
Spanien .....	Mill. €	336,7	452,5	417,8	507,3	326,2	487,3	555,8	561,1	416,0
Tschechische Republik .....	Mill. €	236,5	251,5	276,2	289,7	235,7	288,2	254,0	255,0	261,1
Ungarn .....	Mill. €	299,3	302,6	327,7	303,5	249,4	164,3	347,0	145,9	266,8
Vereinigtes Königreich .....	Mill. €	679,4	726,4	595,2	860,5	659,4	706,5	745,3	928,9	714,6
Zypern .....	Mill. €	3,9	4,3	2,7	3,8	3,6	6,0	6,5	5,5	7,0
* Afrika .....	Mill. €	153,2	154,6	149,6	168,9	170,1	180,1	194,5	202,1	194,1
* Amerika .....	Mill. €	1 509,7	1 398,5	1 200,1	1 296,8	1 095,4	1 463,9	1 517,9	1 562,1	1 380,3
darunter in die USA .....	Mill. €	1 267,9	1 171,2	995,7	1 041,3	893,0	1 205,1	1 262,8	1 269,5	1 103,1
* Asien <sup>4</sup> .....	Mill. €	1 017,7	1 145,2	1 077,9	1 243,9	1 210,1	1 359,1	1 330,4	1 429,8	1 252,0
darunter nach Japan .....	Mill. €	194,9	197,7	173,4	188,0	131,4	188,0	202,0	240,9	218,0
* Australien, Ozeanien und übrige Gebiete .....	Mill. €	71,7	71,3	71,0	78,8	69,0	96,0	90,6	93,3	85,4

1 Die Monatsergebnisse sind generell vorläufig. Rückwirkend korrigiert werden nur die Jahresergebnisse.

2 Ohne Schiffs- und Luftfahrzeugbedarf, Polargebiete und nicht ermittelte Länder und Gebiete.

3 Seit Mai 2004 (EU 25) einschl. Zypern; auch für historische Werte.

4 Ohne Zypern (vgl. FN 3).

5 Ab 2003 Nachweis einschl. „nicht aufgliederbares Intrahandelsergebnis“.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003 <sup>1</sup>	2003 <sup>1</sup>			2004 <sup>1</sup>			
		Monatsdurchschn.	Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.	
<b>Großhandel (2000 ± 100) <sup>2</sup></b>										
* Index der Großhandelsumsätze nominal .....	%	88,9	89,0	94,7	80,6	97,3	94,2	94,7	89,4	102,7
* Index der Großhandelsumsätze real <sup>3</sup> .....	%	87,9	87,6	93,6	79,5	95,7	91,3	91,2	85,7	99,2
* Index der Beschäftigten im Großhandel .....	%	90,2	86,5	86,4	86,3	86,5	84,7	84,6	84,7	85,1
<b>Einzelhandel (2000 ± 100) <sup>4</sup></b>										
* Index der Einzelhandelsumsätze nominal .....	%	101,5	100,2	98,1	89,4	100,8	94,5	97,8	91,2	98,9
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art <sup>5</sup> .....	%	107,7	109,5	110,5	104,3	105,9	105,1	113,3	102,0	105,5
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren <sup>5</sup> .....	%	104,5	100,4	107,0	103,3	98,6	96,5	106,8	99,6	97,3
Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln <sup>5</sup> .....	%	112,4	116,3	121,9	106,9	112,7	110,7	120,1	110,5	112,9
Sonstiger Facheinzelhandel <sup>5</sup> .....	%	92,9	89,5	86,7	77,2	91,8	83,5	84,8	81,1	90,0
Einzelhandel (nicht in Verkaufsräumen) .....	%	100,5	95,4	82,5	72,5	103,2	86,8	80,0	78,3	97,0
* Index der Einzelhandelsumsätze real <sup>3</sup> .....	%	100,3	99,0	97,2	88,7	99,8	93,0	96,4	89,9	97,6
* Index der Beschäftigten im Einzelhandel .....	%	99,5	97,2	96,5	96,5	97,5	95,2	95,5	96,2	97,0
<b>Kfz-Handel und Tankstellen (2000 ± 100) <sup>6</sup></b>										
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen nominal .....	%	108,2	108,3	125,4	95,7	107,1	114,4	115,8	97,0	106,8
* Index der Umsätze im Kfz-Handel und der Tankstellen real <sup>3</sup> .....	%	106,5	105,4	122,0	92,8	103,8	109,7	110,8	92,8	102,5
* Index der Beschäftigten im Kfz-Handel und der Tankstellen .....	%	101,1	97,9	97,4	97,3	98,8	95,3	95,6	96,4	97,7
<b>Gastgewerbe (2000 ± 100)</b>										
* Index der Gastgewerbeumsätze nominal .....	%	96,8	91,6	102,0	105,1	108,4	95,3	102,8	104,5	108,8
Hotels, Gasthöfe, Pensionen und Hotels garnis .....	%	97,0	91,9	101,1	106,7	117,0	96,4	101,6	106,4	118,6
Sonstiges Beherbergungsgewerbe .....	%	102,9	100,8	141,0	158,0	132,6	119,1	133,1	152,9	120,3
Restaurants, Cafés, Eisdielen und Imbißhallen .....	%	95,8	89,2	100,6	102,5	98,1	92,0	101,1	99,6	96,1
Sonstiges Gaststättengewerbe .....	%	98,1	94,3	101,0	103,0	105,0	97,4	107,7	111,8	114,1
Kantinen und Caterer .....	%	99,7	101,9	106,2	93,8	117,5	100,6	107,6	98,3	121,3
* Index der Gastgewerbeumsätze real <sup>3</sup> .....	%	91,7	85,9	95,3	98,1	101,4	89,0	95,3	96,8	101,0
* Index der Beschäftigten im Gastgewerbe .....	%	97,3	93,3	98,2	97,7	99,1	99,3	99,9	101,2	102,0
<b>Fremdenverkehr <sup>7</sup></b>										
* Gästeankünfte .....	1 000	1 595	1 920r	2 533r	2 557r	2 412r	2 248r	2 692r	2 538r	2 527
* darunter Auslandsgäste .....	1 000	307	376r	611r	552r	488r	470r	686r	602r	538
* Gästeübernachtungen .....	1 000	5 204	6 148r	8 185r	9 830r	7 885r	6 986r	8 240r	9 528r	7 901
* darunter Auslands Gäste .....	1 000	633	791r	1 279r	1 228r	994r	922r	1 406r	1 365r	1 100
<b>Verkehr</b>										
<b>Straßenverkehr</b>										
* Zulassung fabrikneuer Kraftfahrzeuge insgesamt .....	Anzahl	50 879	51 040	57 251	41 227	50 647	63 313	56 028	43 170	55 745
davon Krafträder einschl. Kraftroller .....	Anzahl	3 663	3 762	5 037	3 692	2 293	6 183	4 698	3 281	2 764
*   Personenkraftwagen und sonstige "M1"-Fahrzeuge .....	Anzahl	43 218	43 422	47 444	34 215	44 679	52 533	46 555	36 414	49 018
*   Lastkraftwagen .....	Anzahl	2 543	2 415	3 050	2 295	2 423	2 828	2 991	2 263	2 727
Zugmaschinen .....	Anzahl	843	876	1 071	621	833	1 114	1 111	780	851
übrige Kraftfahrzeuge .....	Anzahl	528	480	598	349	330	596	610	385	299
Schienennah-, gewerblicher Omnibuslinienverkehr <sup>8</sup> .....	1 000	96 633	96 851	.	.	270 429	312 620	.	.	.
davon öffentliche und gemischtwirtschaftliche Unternehmen .....	1 000	84 681	85 364	.	.	241 512	290 343	.	.	.
private Unternehmen .....	1 000	11 952	11 486	.	.	28 917	22 277	.	.	.
* Straßenverkehrsunfälle insgesamt .....	Anzahl	27 407	27 525	30 439	25 886	27 736	26 232	29 395	25 820	...
* davon Unfälle mit Personenschaden .....	Anzahl	5 087	5 019	6 976	5 835	5 512	5 218	6 068	5 454	...
mit nur Sachschaden <sup>9</sup> .....	Anzahl	22 320	22 506	23 463	20 051	22 224	21 014	23 327	20 366	...
* Getötete Personen <sup>10</sup> .....	Anzahl	107	106	141	151	110	115	107	108	...
* Verletzte Personen .....	Anzahl	6 970	6 822	9 086	7 907	7 364	6 824	7 659	7 287	...
<b>Luftverkehr</b>										
Flughafen München										
Fluggäste: Ankunft .....	1 000	951	997	1 020	1 073	1 178	1 135	1 185	1 212	...
Abgang .....	1 000	955	999	1 094	1 108	1 100	1 195	1 239	1 280	...
Flughafen Nürnberg										
Fluggäste: Ankunft .....	1 000	128	132	124	151	149	139	121	149	...
Abgang .....	1 000	131	135	146	155	132	129	141	162	...
<b>Eisenbahnverkehr</b>										
Güterempfang .....	1 000 t	2 068	2 151	2 454	2 161	2 250	2 176	...	...	...
Güterversand .....	1 000 t	1 638	1 671	1 911	1 681	1 681	1 901	...	...	...
<b>Binnenschifffahrt</b>										
* Güterempfang insgesamt .....	1 000 t	507	493	628	457	389	596	646	631	...
davon auf dem Main .....	1 000 t	283	251	304	211	202	289	275	291	...
auf der Donau .....	1 000 t	225	243	323	246	187	307	371	341	...
* Güterversand insgesamt .....	1 000 t	336	319	413	293	269	388	453	434	...
davon auf dem Main .....	1 000 t	202	161	198	140	149	199	237	203	...
auf der Donau .....	1 000 t	134	159	215	152	119	189	216	231	...

1 Die Monatsergebnisse der Bereiche Großhandel, Einzelhandel, Kfz-Handel und Tankstellen, Gastgewerbe und Fremdenverkehr sind generell vorläufig und werden einschließlich der Vorjahresmonate laufend rückwirkend korrigiert.

2 Einschließlich Handelsvermittlung.

3 In Preisen von 2000.

4 Ohne Reparatur von Gebrauchsgütern.

5 In Verkaufsräumen.

6 sowie Instandhaltung und Reparatur von Kfz.

7 Betriebe ab neun Betten einschließlich Campingplätze (Fremdenverkehr).

8 Beförderte Personen - nur Quartalsergebnisse, ab 2004 geänderter Berichtskreis.

9 Soweit durch die Polizei erfasst.

10 Einschl. der innerhalb 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2003			2004				
		Monatsdurchschn. <sup>1</sup>		Jul	August	Sept.	Juni	Jul	August	Sept.	
<b>Geld und Kredit</b>											
<b>Kredite und Einlagen <sup>2, 3</sup></b>											
Kredite an Nichtbanken insgesamt .....	Mill. €	525 609	515 061	.	.	508 161	500 753	.	.	.....	
darunter Kredite an inländische Nichtbanken <sup>4</sup> .....	Mill. €	494 457	487 050	.	.	479 422	473 052	.	.	.....	
davon kurzfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt .....	Mill. €	69 333	61 095	.	.	62 322	56 237	.	.	.....	
an Unternehmen und Privatpersonen .....	Mill. €	64 852	54 844	.	.	58 620	54 632	.	.	.....	
an öffentliche Haushalte .....	Mill. €	4 481	6 251	.	.	3 702	1 605	.	.	.....	
mittelfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>5</sup> .....	Mill. €	40 468	41 933	.	.	39 773	41 116	.	.	.....	
an Unternehmen und Privatpersonen .....	Mill. €	36 673	34 968	.	.	34 752	35 304	.	.	.....	
an öffentliche Haushalte .....	Mill. €	3 795	6 965	.	.	5 021	5 812	.	.	.....	
langfristige Kredite an Nichtbanken insgesamt <sup>6</sup> .....	Mill. €	415 808	412 033	.	.	406 066	403 400	.	.	.....	
an Unternehmen und Privatpersonen .....	Mill. €	361 935	358 149	.	.	355 771	352 400	.	.	.....	
an öffentliche Haushalte .....	Mill. €	53 873	53 884	.	.	50 295	51 000	.	.	.....	
Einlagen von Nichtbanken insgesamt <sup>7</sup> (Monatsende) .....	Mill. €	382 329	389 489	.	.	382 418	387 096	.	.	.....	
davon Sicht- und Termineinlagen <sup>8</sup> .....	Mill. €	279 712	281 179	.	.	277 192	277 405	.	.	.....	
von Unternehmen und Privatpersonen .....	Mill. €	264 362	266 512	.	.	261 967	262 196	.	.	.....	
von öffentlichen Haushalten .....	Mill. €	15 350	14 667	.	.	15 225	15 209	.	.	.....	
Spareinlagen .....	Mill. €	102 617	108 310	.	.	105 226	109 691	.	.	.....	
darunter bei Sparkassen .....	Mill. €	51 096	51 579	.	.	50 333	51 107	.	.	.....	
bei Kreditbanken .....	Mill. €	13 318	17 195	.	.	16 454	18 681	.	.	.....	
<b>Zahlungsschwierigkeiten</b>											
* Insolvenzen insgesamt .....	Anzahl	843	987	1 099	893	1 042	1 069	1 170	1 177	.....	
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	250	252	271	201	259	229	259	219	.....	
* davon Unternehmen .....	Anzahl	391	402	422	363	427	379	411	335	.....	
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	200	195	194	152	205	176	199	158	.....	
* Verbraucher .....	Anzahl	199	280	322	279	295	377	453	486	.....	
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	3	2	2	2	-	-	-	1	.....	
* ehemals selbständig Tätige <sup>9</sup> .....	Anzahl	215	264	305	217	287	255	263	311	.....	
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	30	39	53	33	42	25	36	35	.....	
* sonstige natürliche Personen <sup>10</sup> , Nachlässe .....	Anzahl	38	42	50	34	33	58	43	45	.....	
darunter mangels Masse abgelehnt .....	Anzahl	17	17	22	14	12	28	24	25	.....	
* Voraussichtliche Forderungen insgesamt .....	1 000 €	1421 904	475 510	781 250	505 859	393 930	392 294	449 471	323 927	.....	
davon Unternehmen .....	1 000 €	1317 837	335 921	578 914	329 793	273 204	222 258	298 659	173 341	.....	
Verbraucher .....	1 000 €	27 813	28 997	27 277	31 010	23 879	34 547	43 441	45 915	.....	
ehemals selbständig Tätige <sup>9</sup> .....	1 000 €	61 290	83 627	151 877	73 346	82 485	92 821	96 878	94 288	.....	
sonstige natürliche Personen <sup>10</sup> , Nachlässe .....	1 000 €	14 965	26 965	23 182	71 710	14 362	42 669	10 493	10 383	.....	
<b>Öffentliche Sozialleistungen</b>											
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe											
Empfänger von Arbeitslosengeld .....	1 000	241,6	282,4	262,6	265,4	255,4	...	...	...	.....	
Arbeitslosenhilfe .....	1 000	97,0	129,4	130,8	131,8	133,1	...	...	...	.....	
Ausgaben für Arbeitslosengeld .....	1 000 €	304 827	355 284	320 294	330 876	334 793	330 050	308 299	313 259	.....	
Arbeitslosenhilfe .....	1 000 €	71 378	90 965	91 940	95 207	95 484	115 005	110 578	115 921	.....	
<b>Steuern</b>											
Gemeinschaftsteuern <sup>*</sup> .....											
davon Steuern vom Einkommen <sup>11</sup> .....	Mill. €	2 951,6	2 851,2	2 423,5	2 200,4	3 736,9	4 449,4	2 403,0	2 242,0	4 029,8	
davon Lohnsteuer <sup>11</sup> .....	Mill. €	2 291,0	2 303,8	2 407,3	2 321,5	2 075,4	2 081,9	2 291,8	2 165,1	1 933,1	
veranlagte Einkommensteuer <sup>11, 12</sup> .....	Mill. €	204,0	163,4	- 235,3	- 141,5	1 172,1	1 106,7	- 215,6	- 171,3	1 137,8	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag <sup>11</sup> .....	Mill. €	247,9	195,4	147,4	85,4	68,4	536,0	152,0	116,1	69,3	
Zinsabschlag <sup>11</sup> .....	Mill. €	121,9	101,9	68,9	74,9	50,1	39,5	69,2	66,1	50,2	
Körperschaftsteuer <sup>11, 12</sup> .....	Mill. €	86,9	86,7	35,3	- 139,9	370,9	685,3	105,6	66,1	839,4	
Steuern vom Umsatz <sup>*</sup> .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
davon Umsatzsteuer (Mehrwertsteuer) <sup>11</sup> .....	Mill. €	1 316,6	1 245,8	1 211,5	1 376,4	1 300,5	1 181,6	1 278,9	1 093,7	1 314,9	
Einfuhrumsatzsteuer <sup>*</sup> .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Bundessteuern <sup>*</sup> .....											
darunter Verbrauchsteuern .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
darunter Mineralölsteuer .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.	
Solidaritätszuschlag .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	.	

1 Kredite und Einlagen: Stand Jahresende.

2 Aus Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank Hauptverwaltung München. – Quartalsergebnisse der in Bayern tätigen Kreditinstitute (einschl. Bausparkassen), ohne Landeszentralbank und Postbank.

3 Stand am Jahres- bzw. Monatsende.

4 Ohne Treuhandkredite.

5 Laufzeiten von über 1 Jahr bis 5 Jahre.

6 Laufzeiten über 5 Jahre.

7 Ohne Verbindlichkeiten gegenüber Geldmarktfonds und ohne Einlagen aus Treuhandkrediten.

8 Einschl. Sparbriefe.

9 Nachweis erst ab 2002 möglich.

10 beispielsweise als Gesellschafter, Mithafter.

11 Quelle: Staatsoberkasse München.

12 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

\* Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	2002	2003	2003			2004				
		Monatsdurchschn.		Jul	August	Sept.	Jun	Jul	August	Sept.	
Noch: Steuern											
Landessteuern <sup>1</sup> .....	Mill. €	278,3	286,3	279,4	278,3	278,7	547,3	303,1	285,9	295,6	
darunter Vermögensteuer <sup>1, 2</sup> .....	Mill. €	5,0	2,4	2,1	2,5	2,0	0,7	2,1	0,7	2,6	
Kraftfahrzeugsteuer <sup>1</sup> .....	Mill. €	105,4	102,1	118,7	85,5	89,4	117,0	122,3	94,8	101,4	
Biersteuer <sup>1</sup> .....	Mill. €	14,0	14,2	17,6	17,9	15,3	14,8	16,4	16,1	17,0	
Gemeindesteuern <sup>3, 4, 5</sup> .....	Mill. €	1 303,9	1 301,0	.	.	1 394,5	1 617,2	.	.	...	
darunter Grundsteuer A <sup>3</sup> .....	Mill. €	19,6	19,7	.	.	23,5	20,8	.	.	...	
Grundsteuer B <sup>3</sup> .....	Mill. €	303,3	313,9	.	.	362,9	338,9	.	.	...	
Gewerbesteuer (brutto) <sup>3</sup> .....	Mill. €	976,7	963,0	.	.	1 006,6	1 252,8	.	.	...	
Steuereinnahmen des Bundes <sup>3*</sup> .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	...	
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>6, 7</sup> .....	Mill. €	1 107,1	1 062,6	859,3	762,7	1 409,9	1 797,0	857,9	795,8	1 622,6	
Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>3*</sup> .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	...	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage <sup>6, 8</sup> .....	Mill. €	25,1	33,2	100,5	6,5	0,0	0,0	66,0	2,6	-	
Steuereinnahmen des Landes <sup>3*</sup> .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	...	
darunter Anteil an den Steuern vom Einkommen <sup>6, 7</sup> .....	Mill. €	1 118,8	1 078,2	859,3	891,3	1 409,9	1 797,0	857,9	828,4	1 622,6	
Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>3*</sup> .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	...	
Anteil an der Gewerbesteuerumlage <sup>6, 8, 9</sup> .....	Mill. €	60,1	72,2	224,2	7,6	0,0	0,0	209,4	3,4	-	
Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv <sup>3, 5</sup> .....	Mill. €	2 162,3	2 086,5	.	.	2 111,7	2 328,1	.	.	...	
darunter Anteil an der Lohn- u. veranl. Einkommensteuer <sup>6, 10</sup> .....	Mill. €	336,7	332,0	281,4	295,2	440,8	429,8	266,7	272,6	414,1	
Anteil an den Steuern vom Umsatz <sup>3</sup> .....	Mill. €	.	.	.	.	.	.	.	.	...	
Gewerbesteuer (netto) <sup>3, 11</sup> .....	Mill. €	721,1	645,4	.	.	675,4	1 036,0	.	.	...	
		2000 <sup>15</sup>	2001	2002	2003	2003		2004			
		Durchschnitt <sup>16</sup>				Jul	Oktober	Januar	April	Jul	
Löhne und Gehälter <sup>12</sup>											
Arbeiter im Produzierenden Gewerbe <sup>13</sup>											
* Bruttonomatsverdienste insgesamt .....	€	2 313	2 346	2 387	2 462	2 471	2 480	2 466	2 508	2 512	
* männliche Arbeiter .....	€	2 417	2 449	2 486	2 560	2 567	2 576	2 568	2 605	2 606	
* weibliche Arbeiter .....	€	1 777	1 815	1 849	1 903	1 913	1 915	1 925	1 941	1 954	
* Bruttostundenverdienste insgesamt .....	€	14,08	14,33	14,72	15,14	15,19	15,21	15,30	15,44	15,37	
* männliche Arbeiter .....	€	14,64	14,89	15,26	15,68	15,71	15,73	15,89	15,98	15,88	
* weibliche Arbeiter .....	€	11,08	11,38	11,68	11,98	12,04	12,05	12,09	12,21	12,25	
Bezahlte Wochenarbeitszeit insgesamt .....	Std.	37,8	37,7	37,3	37,4	37,4	37,5	37,1	37,4	37,6	
männliche Arbeiter .....	Std.	38,0	37,9	37,5	37,6	37,6	37,7	37,2	37,5	37,8	
weibliche Arbeiter .....	Std.	36,9	36,5	36,4	36,5	36,6	36,6	36,6	36,6	36,7	
Bruttonomatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe <sup>13</sup> und Handel <sup>14</sup>											
* kaufmännische Angestellte insgesamt .....	€	2 856	2 941	3 085	3 181	3 191	3 197	3 228	3 242	3 249	
männlich .....	€	3 298	3 386	3 547	3 634	3 643	3 651	3 679	3 704	3 711	
weiblich .....	€	2 392	2 469	2 574	2 661	2 671	2 671	2 704	2 706	2 711	
* technische Angestellte insgesamt .....	€	3 681	3 810	3 904	4 020	4 034	4 029	4 036	4 073	4 081	
männlich .....	€	3 771	3 900	3 990	4 106	4 119	4 118	4 123	4 162	4 168	
weiblich .....	€	2 764	2 895	3 002	3 096	3 116	3 081	3 096	3 119	3 138	
* alle Angestellten insgesamt .....	€	3 125	3 225	3 363	3 470	3 482	3 483	3 508	3 529	3 536	
männlich .....	€	3 517	3 623	3 756	3 858	3 869	3 871	3 890	3 921	3 927	
weiblich .....	€	2 423	2 503	2 611	2 699	2 710	2 708	2 739	2 742	2 748	
		1999	2000	2001	2002	2003	2003	2004			
		Durchschnitt <sup>17</sup>					Oktober	August	Sept.	Oktober	
Preise											
* Verbraucherpreisindex (2000 ± 100)											
Gesamtindex .....	%	x	100	102,1	103,7	105,0	105,1	107,6	107,3	107,7	
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke .....	%	x	100	104,1	105,4	105,2	104,7	104,5	104,2	103,9	
Alkoholische Getränke, Tabakwaren .....	%	x	100	101,6	105,0	110,0	110,1	118,9	119,3	119,3	
Bekleidung und Schuhe .....	%	x	100	101,6	103,5	103,6	104,3	103,6	104,1	104,3	
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe .....	%	x	100	102,5	103,4	105,2	105,7	107,4	107,5	108,4	
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt .....	%	x	100	100,9	102,4	103,1	103,2	103,4	103,3	103,2	
Gesundheitspflege .....	%	x	100	101,2	101,4	101,3	101,3	122,4	122,4	122,4	
Verkehr .....	%	x	100	102,6	105,1	107,9	108,1	111,7	111,2	112,4	
Nachrichtenübermittlung .....	%	x	100	94,1	95,7	96,4	97,4	95,3	95,2	95,2	
Freizeit, Unterhaltung und Kultur .....	%	x	100	100,4	101,1	100,8	99,6	101,6	99,8	99,3	
Bildungswesen .....	%	x	100	101,6	104,1	107,5	109,5	110,0	113,8	116,9	
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen .....	%	x	100	102,5	107,9	109,1	108,2	112,8	109,9	109,8	
Andere Waren und Dienstleistungen .....	%	x	100	103,2	105,7	107,7	108,3	108,9	109,6	109,9	

1 Quelle: Meldung der Staatsoberkasse München.

2 Restbeträge.

3 Vj. Kassenstatistik.

4 Quartalsbeträge (jeweils unter dem letzten Quartalsmonat).

5 Einschl. Steueraufkommen der Landkreise.

6 Quelle: Bundesministerium der Finanzen (BMF).

7 März, Juni, September und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

8 April, Juli, Oktober und Dezember: Termin von Vierteljahreszahlungen.

9 Einschl. Erhöhungsbetrag.

10Einschl. Zinsabschlag.

11Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

12 Die Unterschiede zwischen den Durchschnittsverdiensten der männlichen und weiblichen Arbeitnehmer sind hauptsächlich strukturell bedingt.

13 Handwerk nur im Hoch- und Tiefbau enthalten.

14 Einschließlich Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe.

15 Neuer Berichtskreis; 2000 im Produzierenden Gewerbe, 2002 im Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe.

16 Durchschnitt aus 4 Erhebungsmonaten (Januar, April, Juli und Oktober).

17 Durchschnitt aus 12 Monatsindizes.

\* Aktuelle Daten nicht mehr verfügbar.

Bezeichnung	Einheit	1999	2000	2001	2002	2003	2003	2004		
		Durchschnitt <sup>1</sup>					Nov.	Februar	Mai	August
Noch: Preise										
Preisindex für Bauwerke <sup>2</sup> (2000 ± 100)										
* Wohngebäude insgesamt (reine Baukosten) .....	%	98,9	100,0	100,6	100,6	100,5	100,4	100,7	101,8	101,9
davon Rohbauarbeiten .....	%	99,2	100,0	99,4	99,3	98,5	98,4	98,4	100,3	100,1
Ausbauarbeiten .....	%	98,8	100,0	101,6	101,9	102,3	102,2	102,7	103,3	103,6
Schönheitsreparaturen in einer Wohnung .....	%	97,6	100,0	102,5	102,4	101,2	101,2	101,5	101,5	101,1
Gemischt genutzte Gebäude .....	%	99,0	100,0	100,6	100,7	100,4	100,3	100,6	101,8	101,9
Bürogebäude .....	%	98,8	100,0	100,8	101,0	100,9	100,8	101,0	102,3	102,6
Gewerbliche Betriebsgebäude .....	%	98,6	100,0	100,9	101,2	101,4	101,2	101,4	102,7	103,2
Straßenbau .....	%	95,1	100,0	102,5	101,1	99,8	99,5	99,1	98,5	98,5
							2003		2004	
Baulandpreise je m²							3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.	2. Vj.
Baureifes Land .....	€	115,49	138,56	128,89	129,52	194,46	190,36	209,98	225,62	230,69
Rohbauland .....	€	43,54	48,55	33,58	37,61	55,12	69,03	78,45	42,97	56,27
Sonstiges Bauland .....	€	50,58	55,70	59,00	58,43	80,72	60,34	113,50	63,21	90,44

Nachrichtlich: Ergebnisse für Deutschland

Bezeichnung	Einheit	Verbraucherpreise für Deutschland								
		1999	2000	2001	2002	2003	2003	2004		
		Durchschnitt <sup>1</sup>					Oktober	August	Sept.	Oktober
<b>* Verbraucherpreisindex (2000 ± 100)</b>										
Gesamtindex .....	%	x	100,0	102,0	103,4	104,5	104,5	106,7	106,4	106,6
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke .....	%	x	100,0	104,5	105,3	105,2	104,9	104,2	103,6	103,5
Alkoholische Getränke, Tabakwaren .....	%	x	100,0	101,7	105,8	111,4	111,6	119,8	119,9	119,9
Bekleidung und Schuhe .....	%	x	100,0	100,8	101,5	100,7	101,3	99,0	100,1	100,3
Wohnung, Wasser, Strom, Gas und andere Brennstoffe .....	%	x	100,0	102,4	103,4	104,9	105,2	106,8	106,9	107,5
Möbel und Ausrüstungen für den Haushalt .....	%	x	100,0	100,9	101,9	102,2	102,2	102,1	102,0	101,9
Gesundheitspflege .....	%	x	100,0	101,3	101,9	102,4	102,5	123,3	123,3	123,4
Verkehr .....	%	x	100,0	102,5	104,5	106,7	106,7	110,7	110,1	111,2
Nachrichtenübermittlung .....	%	x	100,0	94,1	95,7	96,4	97,4	95,3	95,2	95,2
Freizeit, Unterhaltung und Kultur .....	%	x	100,0	100,6	101,3	100,7	99,4	101,3	99,5	98,9
Bildungswesen .....	%	x	100,0	101,3	104,0	106,2	106,9	109,7	110,6	111,0
Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen .....	%	x	100,0	101,9	105,6	106,5	105,9	109,5	106,7	106,6
Andere Waren und Dienstleistungen .....	%	x	100,0	103,0	105,0	106,8	107,4	108,4	108,5	108,1
<b>Außenhandels-, Erzeuger- und Großhandelspreise in Deutschland</b>										
Index der Einfuhrpreise <sup>3</sup> (2000 ± 100).....	%	90,8	100,0	100,6	98,4	96,2	95,5	98,2	98,3	...
Ausfuhrpreise <sup>4</sup> (2000 ± 100).....	%	97,0	100,0	101,0	100,8	100,6	100,4	101,5	101,5	...
Index der										
Erzeugerpreise gew. Produkte <sup>4</sup> (Inlandsabsatz): (2000 ± 100) ..	%	97,0	100,0	103,0	102,4	104,1	104,2	106,4	106,6	...
Vorleistungsgüterproduzenten .....	%	96,5	100,0	100,8	100,0	100,4	100,0	103,9	104,3	...
Investitionsgüterproduzenten .....	%	99,7	100,0	100,7	101,8	101,9	101,9	102,2	102,3	...
Konsumgüterproduzenten zusammen .....	%	99,1	100,0	103,0	103,7	104,2	104,4	105,3	105,4	...
Gebrauchsgüterproduzenten .....	%	98,9	100,0	102,0	103,4	103,7	103,6	104,3	104,2	...
Verbrauchsgüterproduzenten .....	%	99,2	100,0	103,2	103,7	104,3	104,6	105,4	105,6	...
Energie .....	%	92,1	100,0	109,1	105,1	112,6	113,2	116,8	117,0	...
Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte <sup>4</sup> (1995 ± 100).....	%	89,9	95,4	100,8	94,6	94,9	97,4	94,5p	94,5p	...
pflanzliche Produkte .....	%	87,7	87,6	92,6	89,4	94,7	96,7	85,8	82,9	...
tierische Produkte .....	%	91,2	100,0	105,6	97,6	95,0	97,9	99,6p	101,3p	...
Einkaufspreise landwirtsch. Betriebsmittel <sup>4</sup> (1995 ± 100).....	%	100,8	106,7	109,9	109,7	110,8	110,5	114,3	113,3	...
Waren und Dienstleistungen .....	%	100,2	107,5	111,4	110,8	111,8	111,4	115,6	114,2	...
Neubauten und neue Maschinen .....	%	102,8	103,7	105,0	106,4	107,8	107,8	110,3	110,4	...
Großhandelsverkaufspreise <sup>4</sup> (2000 ± 100).....	%	95,3	100,0	101,6	101,8	102,3	102,5	106,0	106,0	106,8
darunter Großhandel mit										
Nahrungsmitteln, Getränken, Tabakwaren .....	%	98,9	100,0	105,2	106,5	107,3	108,1	108,4	108,3	108,4
festen Brennstoffen, Mineralölerzeugnissen .....	%	77,5	100,0	99,6	99,1	102,9	101,9	114,8	114,5	119,0
Einzelhandel und Kraftfahrzeughandel,										
Tankstellen zusammen (2000 ± 100) .....	%	x	100,0	101,1	101,8	102,0	102,1	102,2	102,1	...
darunter Einzelhandel mit Waren verschiedener Art .....	%	x	100,0	102,7	103,7	104,1	104,0	104,0	103,6	...
Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken,	% x	100,0	103,3	105,1	106,9	106,9	109,2	109,0	...	...
Tabakwaren .....										
Einzelhandel mit Kraftwagen .....	% x	100,0	100,2	101,3	102,2	102,9	103,6	103,3	...	...

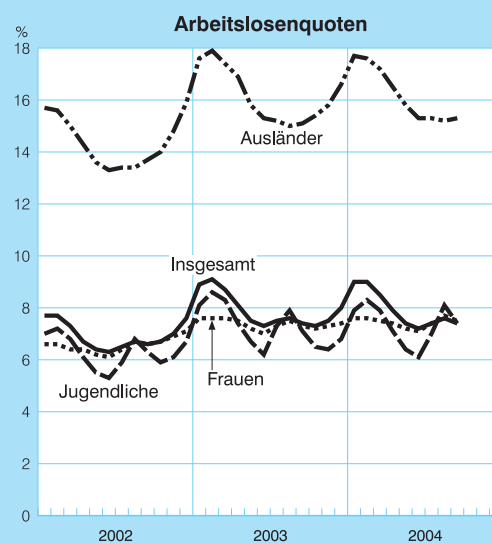
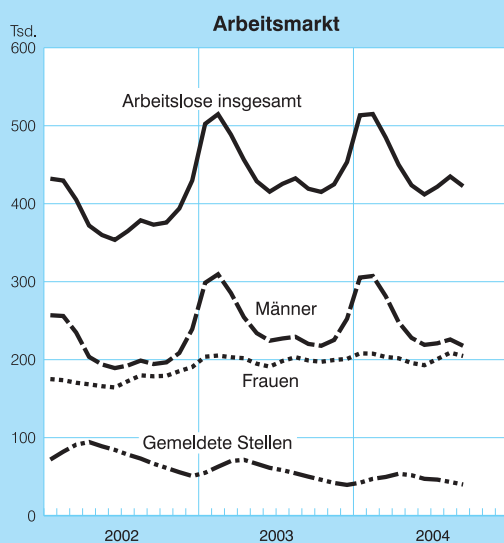
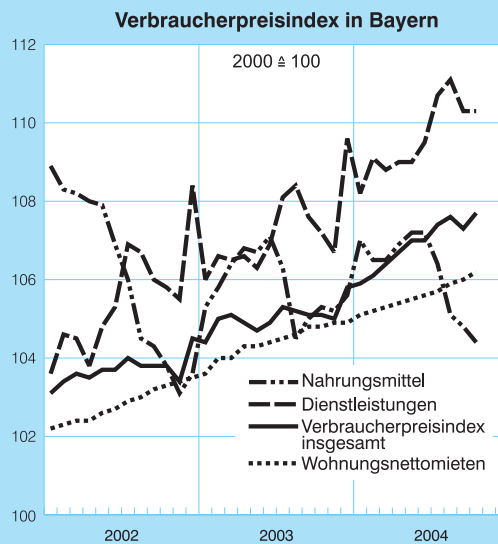
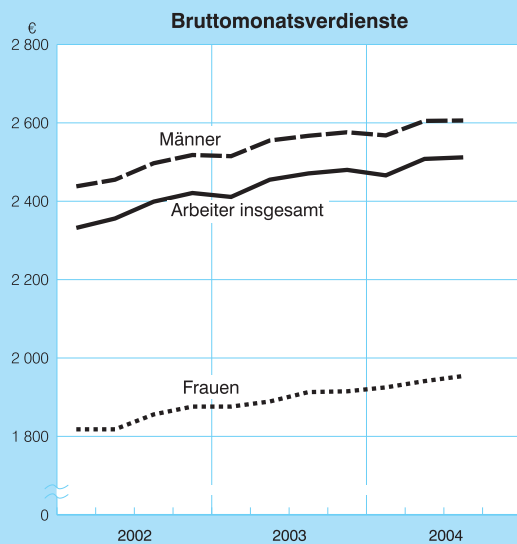
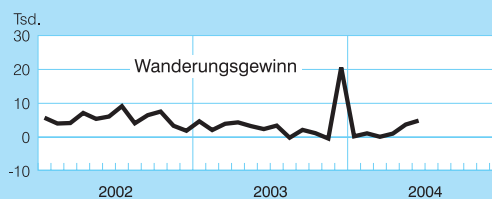
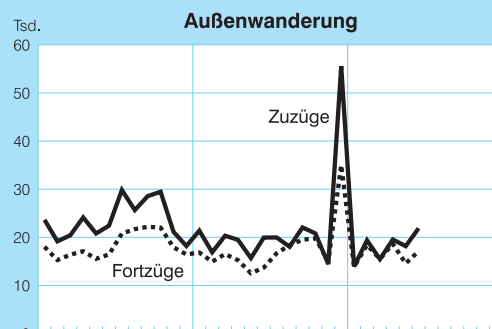
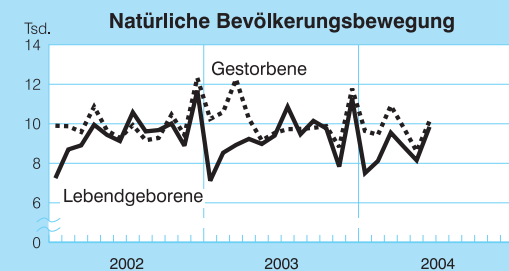
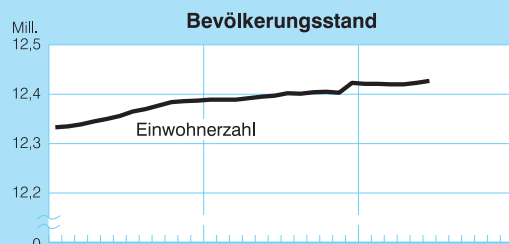
<sup>1</sup> Durchschnitt aus 12 Monatsindizes, ausgenommen: Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte (Vierteljahresdurchschnittsmesszahlen der einzelnen Waren mit den entsprechenden Monats- bzw. Vierteljahresumsätzen im Kalenderjahr 1995), Preisindex für Bauwerke (Durchschnitt aus den 4 Erhebungsmonaten Februar, Mai, August und November) und Baulandpreise (Monatsdurchschnitt für die Jahre aus der Jahresaufbereitung).

<sup>2</sup> Einschl. Mehrwertsteuer.

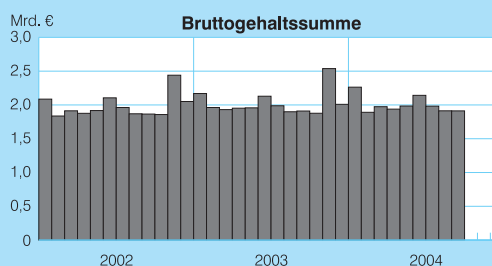
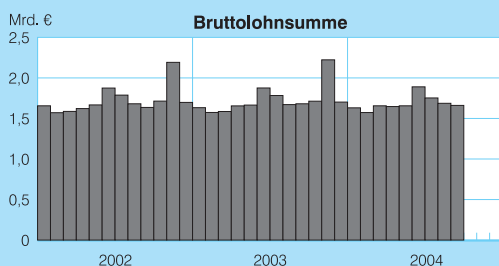
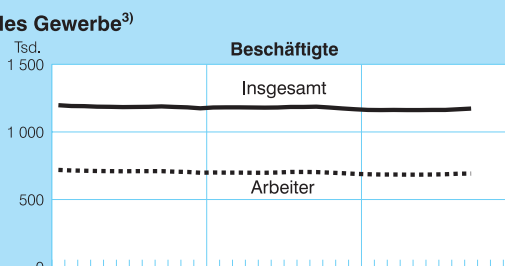
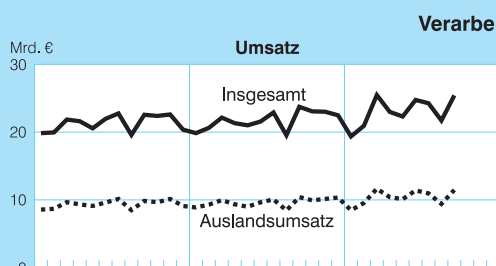
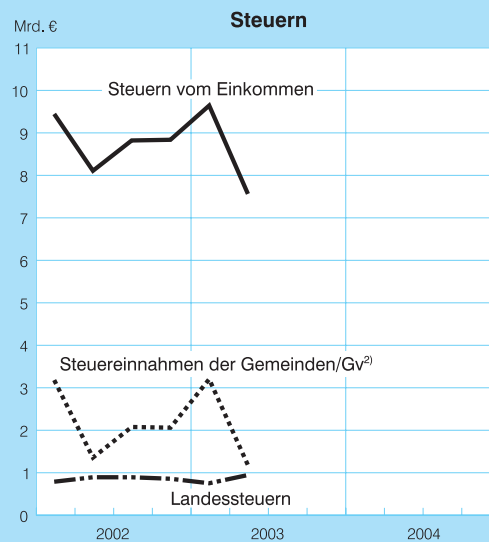
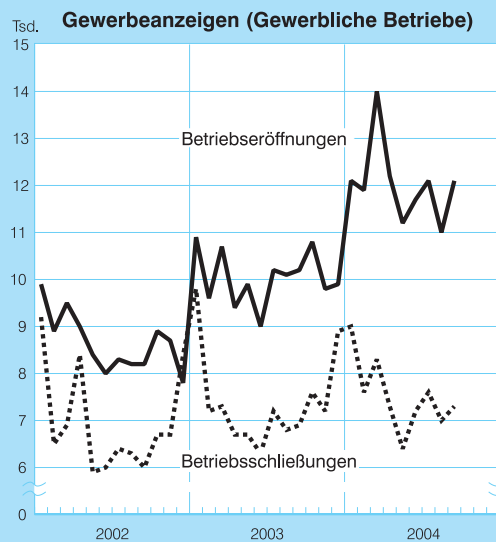
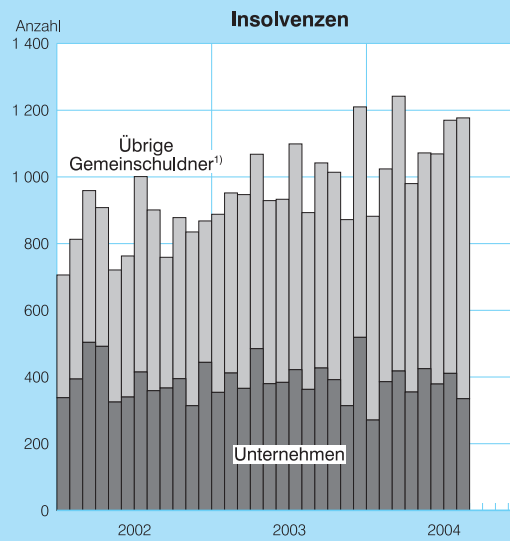
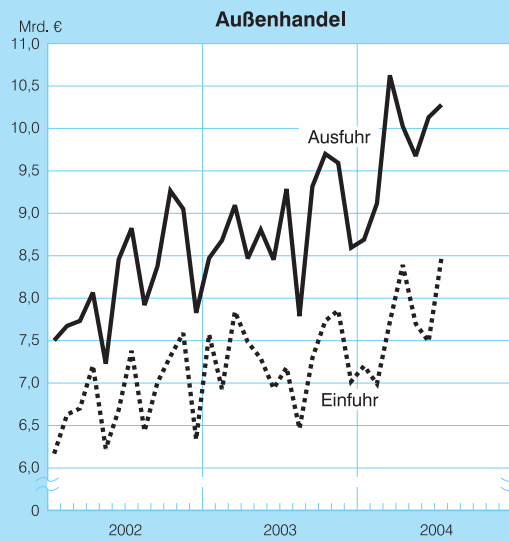
<sup>3</sup> Ohne Zölle, Abschöpfungen, Währungsausgleichsbeträge und Einfuhrumsatzsteuer.

<sup>4</sup> Ohne Mehrwertsteuer.

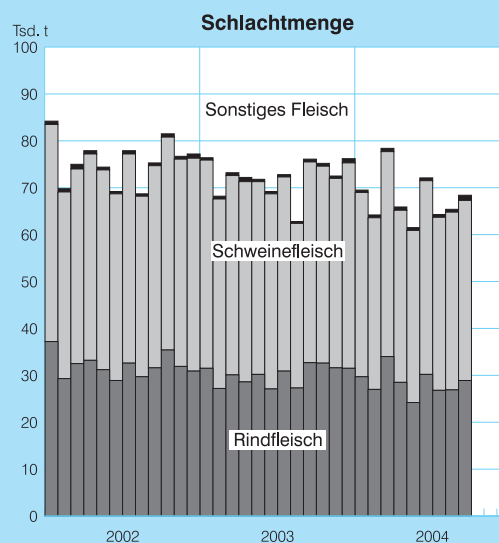
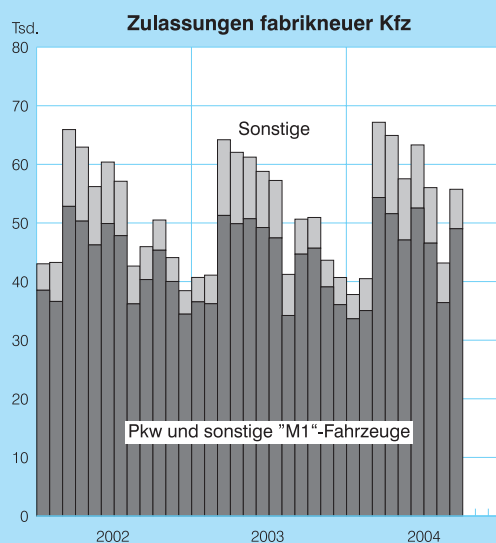
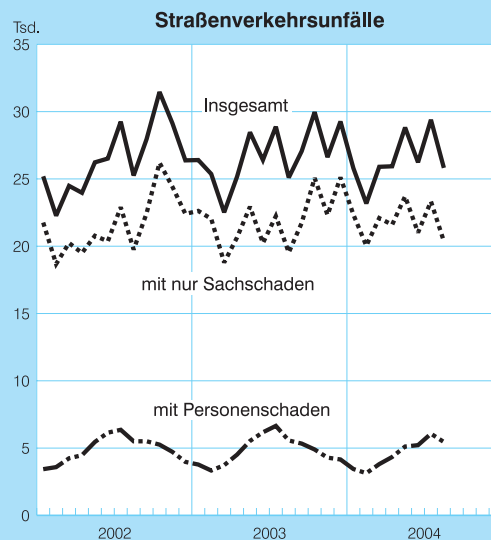
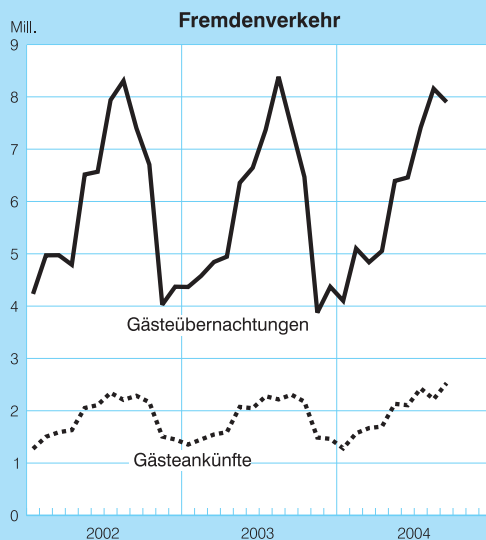
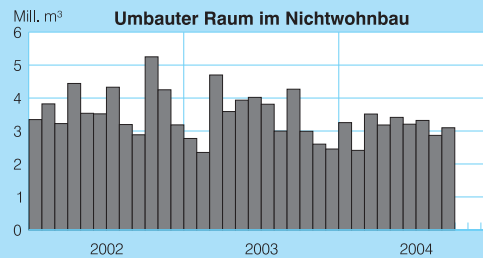
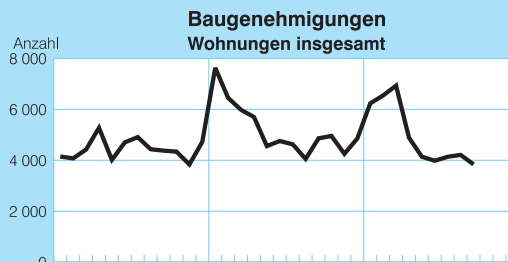
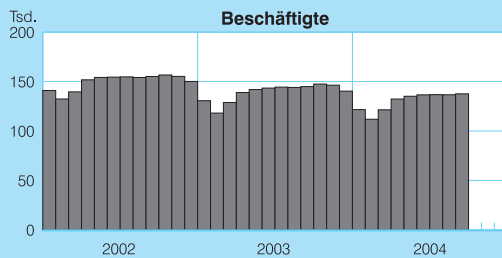
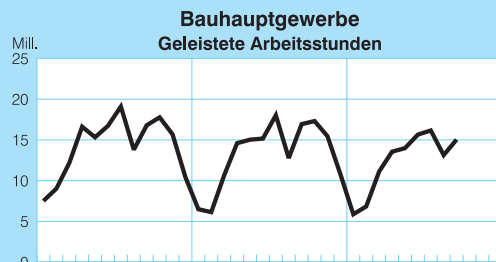
## Graphiken zum Bayerischen Zahlenspiegel







¹) Ab 1999 einschließlich der neu geschaffenen Verbraucherinsolvenz-  
 ²) Steuereinnahmen der Gemeinden/Gv Quartalsbeträge-  
 ³) sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden.



# Oktober 2004

- 34,— € **Verzeichnisse** (sind auch als Datei erhältlich)
- Volksschulen in Bayern – Stand: 01.10.2003 (Schulort)

## Statistische Berichte (sind auch als Datei erhältlich)

### Bildung, Wahlen

- 4,60 € • Volksschulen in Bayern 2003/04 – Vorbericht mit Eckzahlen  
Stand: 01.10.2003 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- 9,20 € • Volksschulen in Bayern 2003/04 – Hauptbericht  
Stand: 01.10.2003 (Regierungsbezirke)
- 7,10 € • Volksschulen zur sonderpädagogischen Förderung  
und Schulen für Kranke in Bayern – Stand: 01.10.2003  
(Regierungsbezirke)
- 9,20 € • Realschulen, Realschulen zur sonderpädagogischen Förderung,  
Abendrealschulen in Bayern 2003/04  
Stand: 01.10.2003 (Kreisfreie Städte und Landkreise)
- 6,70 € • Europawahl in Bayern am 13. Juni 2004  
Repräsentative Wahlstatistik

### Land- und Forstwirtschaft

- 2,50 € • Ernteberichterstattung über Feldfrüchte und Grünland  
in Bayern Anfang August 2004
- 2,50 € • Ernteberichterstattung über Gemüse in Bayern  
im Juni/Juli 2004 (Regierungsbezirke)
- je 2,50 € • Ernteberichterstattung über Obst in Bayern  
im Juni/Juli 2004  
im Juli/August 2004  
(Regierungsbezirke)
- je 2,50 € • Ernteberichterstattung über Hopfen in Bayern  
Anfang Juli 2004 – Anfang August 2004  
Mitte August 2004 (Anbaugebiet)
- 2,50 € • Schlachtungen in Bayern im August 2004  
(Regierungsbezirke)
- 2,50 € • Milcherzeugung und -verwendung in Bayern  
im August 2004 (Regierungsbezirke)
- 2,50 € • Brut und Schlachtungen von Geflügel in Bayern  
im August 2004
- 2,50 € • Struktur der Legehennenhaltung und Eierzeugung in Bayern  
im August 2004 (Regierungsbezirke)

### Gewerbeanzeigen

- 3,50 € • Statistik der Gewerbeanzeigen in Bayern  
im August 2004

### Produzierendes Gewerbe, Handwerk

- 12,90 € • Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung  
von Steinen und Erden in Bayern im August 2004
- 3,30 € • Index der Produktion für das Verarbeitende Gewerbe  
sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden  
in Bayern im August 2004
- 4,20 € • Index des Auftragseingangs für das Verarbeitende Gewerbe  
in Bayern im August 2004
- 6,10 € • Das Baugewerbe in Bayern im August 2004  
(Kreisfreie Städte und Landkreise, Regionen)
- 4,90 € • Das Handwerk in Bayern im 2. Quartal 2004

### Bautätigkeit

- je 6,70 € • Baugenehmigungen in Bayern im Juli 2004  
im August 2004 (Kreisfreie Städte und Landkreise)

### Handel, Tourismus und Gastgewerbe

- 4,60 € • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Einzelhandel  
im August 2004

- 3,30 € • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Großhandel  
im August 2004
- 7,70 € • Ausfuhr und Einfuhr Bayerns im Juli 2004
- 17,70 € • Der Fremdenverkehr in Bayern im August 2004  
(Gemeinden und Regionen)
- 3,— € • Umsatz und Beschäftigte im bayerischen Gastgewerbe  
im August 2004

### Verkehr

- 6,10 € • Die Straßenverkehrsunfälle in Bayern  
im Juli 2004  
(Kreisfreie Städte und Landkreise)
- 4,60 € • Die Binnenschifffahrt in Bayern  
im Juli 2004 (Häfen)

### Öffentliche Sozialleistungen

- 20,50 € • Die Sozialhilfe in Bayern 2003  
Teil 2: Empfänger  
(Kreisfreie Städte und Landkreise)
- 5,90 € • Kinder- und Jugendhilfe in Bayern 2003  
Teil 4: Ausgaben und Einnahmen  
(Kreisfreie Städte und Landkreise)

### Personal

- 20,50 € • Der Personalstand im öffentlichen Dienst in Bayern  
einschließlich Versorgungsempfänger am 30. Juni 2002  
(Kreisfreie Städte und Landkreise)

### Preise und Preisindizes

- 11,— € • Preismesszahlen und Verbraucherpreisindex für Bayern  
im September 2004
- 9,— € • Verbraucherpreisindex für Bayern\* im September 2004
- 5,70 € • Verbraucherpreisindex für Deutschland\* im September 2004
- 10,60 € • Preisindizes für Bauwerke und Messzahlen für Bauleistungspreise  
in Bayern im August 2004
- 4,20 € • Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke in Bayern 2003  
(Kreisfreie Städte und Landkreise)

### Löhne und Gehälter, Arbeitskosten

- 3,70 € • Verdienste und Arbeitszeiten im Handwerk in Bayern  
im Mai 2004

\* Nicht Bestandteil der Informationellen Grundversorgung,  
Datei kostenpflichtig

### Bestellungen:

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung

Vertrieb  
Neuhauser Straße 8  
80331 München

Fax: 089 2119-457

E-Mail: [vertrieb@statistik.bayern.de](mailto:vertrieb@statistik.bayern.de)

Webshop: siehe letzte Umschlagseite

Die regionalen Gliederungen sind in Klammern angegeben.

Statistische Berichte (außer M13013 und M13023) sind im Webshop  
kostenlos als Datei erhältlich.

Auf Anforderung wird das aktuelle Veröffentlichungsverzeichnis  
kostenlos zugesandt (bevorzugt per E-Mail).

# Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2020



- Ergebnisse für kreisfreie Städte und Landkreise in tabellarischer und graphischer Darstellung nach infrastrukturelevanten Altersgruppen.
- Ergänzt um Alterspyramiden zum Vergleich der Einwohnerzahlen 2002 und 2020 nach einzelnen Altersjahren, die Entwicklung der statistischen Maßzahlen "Jugend- und Altenquotient" und einen Vergleich der Einwohnerentwicklung in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland von 2002 bis 2020.
- Nachdrucke von Beiträgen aus "Bayern in Zahlen" dienen der methodischen Erläuterung der Ergebnisse.
- Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern insgesamt.

Die Veröffentlichung gibt es als

## **Beitragsheft mit methodischen Erläuterungen und Eckdaten**

(Ergebnisse auf Kreisebene bis 2020 und für das Land Bayern bis 2050)

- Für ganz Bayern: Heft oder PDF-Datei je 21,50 €\*
- Für einzelne Regierungsbezirke: Heft oder PDF-Datei je 7,90 €

## **Ausführliche tabellarische und grafische Darstellung der Ergebnisse bis 2020**

- Für einzelne Kreise: Heft oder PDF-Datei je 7,70 €
- CD-ROM mit Daten für alle Kreise sowie für das Land Bayern bis 2020: 95,- €\*

## **\*Ihr Vorteil**

Beitragsheft als Heft oder PDF-Datei

**plus** CD-ROM für ganz Bayern: 108,-€

E-Mail: [vertrieb@statistik.bayern.de](mailto:vertrieb@statistik.bayern.de)

Telefon: 089 2119 205

Fax: 089 2119 457

Internet:

**[www.statistik.bayern.de](http://www.statistik.bayern.de)**

**Webshop**



Artikel-Nr.: Z 10001 200411 Preis: 4,80 €